



Joachim Amm

# Die Parteien in Sachsen

2., aktualisierte Auflage

*Joachim Amm*

## **Die Parteien in Sachsen**



**Joachim Amm**

# **Die Parteien in Sachsen**

**2., aktualisierte Auflage**



Diese Publikation stellt keine Meinungsäußerung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Diese Ausgabe ist nicht für den Verkauf bestimmt. Sie wird für Zwecke der politischen Bildung im Freistaat Sachsen kostenlos abgegeben.

In diesem Band wird zur besseren Lesbarkeit auf die – aber stets mitzudenkende – weibliche grammatischen Form meist verzichtet.

Joachim Amm, Die Parteien in Sachsen, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 2., aktualisierte Aufl., Dresden 2019.

Satz/Gestaltung: Arnold & Domnick, Leipzig

Druck: Druckerei Thieme Meißen GmbH

© Sächsische Landeszentrale für politische Bildung 2019

Der Text und diejenigen Graphiken und Tabellen, bei denen die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung als Rechteinhaber angegeben ist, sind unter Angabe der Quelle zur nichtkommerziellen Nachnutzung für Bildungszwecke frei.

Umschlagbild: Sächsisches Parteienlogo-Mosaik (Sindy Röder)

Redaktionsschluss: 5. Juli 2019

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung: Vom doppelten Zweck eines Bandes über die Parteien in Sachsen . . . . .</b>	<b>9</b>
<b>2. Die rechtliche Stellung und die Funktionen der Parteien und des Parteiensystems. . . . .</b>	<b>13</b>
2.1. Die rechtliche Stellung politischer Parteien. . . . .	13
2.2. Die Funktionen politischer Parteien und des Parteiensystems . . . . .	16
2.2.1. Politikformulierung und Repräsentation im Parteienwettbewerb . . . . .	17
2.2.2. Legitimation und Integration. . . . .	18
2.2.3. Steuerung . . . . .	19
2.2.4. Personalstellung und Rekrutierung . . . . .	20
2.3. Die Programmatik der Parteien . . . . .	22
2.3.1. Grundlegende weltanschauliche Positionierungen. . . . .	22
2.3.2. Programmatische Positionen der Parteien in Sachsen . . . . .	28
2.3.3. Vergleich der Landtagswahlprogramme 2019 . . . . .	28
Wirtschaft, Arbeit, Landwirtschaft. . . . .	31
Landeshaushalt, Finanzen . . . . .	33
Schulpolitik . . . . .	34
Demokratie und Innere Sicherheit . . . . .	35
Zuwanderung und Asyl . . . . .	37
Soziales und Familie . . . . .	38
Energie, Verkehr, Umwelt . . . . .	39
2.4. Die Strukturen, Organe, Mitglieder und Finanzen der sächsischen Parteien . . . . .	41
2.4.1. Parteistrukturen, Organe und Mitglieder . . . . .	42
2.4.2. Die Finanzierung der Parteien in Sachsen. . . . .	52
<b>3. Parteien und Gesellschaft in Sachsen: Die Vertrauenskrise und ihre Ursachen . . . . .</b>	<b>61</b>
3.1. Daten zur gesellschaftlichen Verwurzelung der sächsischen Parteien. . . . .	64
3.2. Ursachen der Vertrauenskrise der Parteien und des Umbruchs im sächsischen Parteiensystem. . . . .	75



<b>4. Entwicklungslinien des sächsischen Parteiensystems seit 1990 und Einzelprofile .....</b>	<b>87</b>
4.1. CDU Sachsen .....	95
4.2. DIE LINKE. Sachsen .....	103
4.3. SPD Sachsen.....	110
4.4. AfD Sachsen .....	117
4.5. FDP Sachsen.....	123
4.6. Bündnis 90/Die Grünen Sachsen.....	130
4.7. NPD Sachsen .....	137
4.8. Piratenpartei Sachsen.....	142
4.9. DSU Sachsen .....	145
4.10. Die blaue Partei #TeamPetry .....	148
4.11. Freie Wähler Sachsen .....	151
4.12. BüSo Sachsen .....	155
4.13. Tierschutzpartei Sachsen .....	158
4.14. Die PARTEI Sachsen .....	160
<b>5. Ausblick .....</b>	<b>163</b>
<b>6. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>165</b>
Gesetzliche Grundlagen.....	171

## Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1: Mitgliederzahlen der sächsischen Parlamentsparteien seit 1990 .....	48
Tab. 2: Einnahmen der sächsischen Parteien 2017 .....	55
Tab. 3: Ausgaben der sächsischen Parteien 2017 .....	56
Tab. 4: Finanzen 2016 der weiteren anspruchsberechtigten sächsischen Parteien .....	57
Tab. 5: Vertrauen in politische Parteien 2017, nach Bundesländern .....	62
Tab. 6: Wahlergebnisse zum Sächsischen Landtag, 1990–2014.....	90
Tab. 7: Zugelassene Parteilisten zu den sächsischen Landtagswahlen 1990 bis 2019 .....	93



## Verzeichnis der Grafiken

Grafik A: Politisches Systemmodell nach Easton 1965 (adaptiert) . . . . .	21
Grafik B: Vier-Felder-Tafel „Politisches Koordinatensystem“ . . . . .	23
Grafik C: Zuordnung von Politikpräferenzen im politischen Koordinatensystem . . . . .	24
Grafik D: Parteienzuordnung im politischen Koordinatensystem gemäß deren Bundestagswahlprogrammen 2017 . . . . .	27
Grafik E: Wahlprogramme 2019 der im Landtag mit Fraktionen vertretenen sächsischen Parteien (Titelbilder) . . . . .	30
Grafik F: Parteistruktur des CDU-Landesverbandes Sachsen . . . . .	50
Grafik G: Rekrutierungsfähigkeit von sechs Parteien 2016, nach Bundesländern . . . . .	65
Grafik H: Parteipräferenz (Frage 22 im Sachsen-Monitor 2018) . . . . .	65
Grafik J: Politische Partizipation (Frage 27 im Sachsen-Monitor 2018) . . . . .	67
Grafik K: Vertrauen in Institutionen (Frage 37 im Sachsen-Monitor 2018) . . . . .	68
Grafik L: Kompetenzzuschreibungen sächsischer Parteien 2018, nach Politikfeldern . . . . .	69
Grafik M: Glücksatlas 2018: Lebenszufriedenheit in Deutschland, nach Regionen . . . . .	72
Grafik N: Auszug aus dem „Factsheet Sachsen“, Glücksatlas 2018 . . . . .	72
Grafik O: Bereiche und Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts . . . . .	73
Grafik P: Landtagswahlergebnisse in Sachsen, 1990–2014 . . . . .	91



# 1. Einleitung: Vom doppelten Zweck eines Bandes über die Parteien in Sachsen

Das sächsische Parteiensystem befindet sich im Wandel, weil in der Politik insgesamt – spätestens seit der großen Migrationswelle des Jahres 2015 und des politischen Streits darüber in den Folgejahren – eine Veränderung zu beobachten ist wie seit der Deutschen Einheit 1989/90 nicht mehr. Zur Mitte des Jahres 2019 verfügen die regierenden „Großen Koalitionen“ aus CDU und SPD sowohl in Sachsen als auch im Bund in den Wahlumfragen („Sonntagsfrage“) jeweils über keine absolute Mehrheit mehr: ein in der Vergangenheit zumal im Bund ungekannter Zustand. In Sachsen sieht sich die CDU erstmals seit 1990 in ihrer dominanten Position in Frage gestellt. Zugleich, und teilweise ursächlich dafür, scheint sich die Alternative für Deutschland (AfD) – anders als weitere neue Parteien der vergangenen Jahrzehnte (Republikaner, DVU, Schill-Partei, Piraten) – wohl dauerhaft im Parteiensystem zu etablieren. Nach ihren Parlamentseintritten in Sachsen (2014: 9,7%) und im Bund (2017: 12,6%) konnte die AfD in den Umfragen bislang sogar noch deutlich höhere Werte erzielen.

Sachsen und Deutschland sind jedoch keineswegs allein vom politischen und parteipolitischen Wandel betroffen. Die maßgeblich durch den Krieg in Syrien und die Armut in Afrika ausgelösten Migrationsströme waren bestenfalls der Auslöser, zugleich aber nur eine von mehreren Ursachen für die bei Teilen der Bevölkerung zunehmende politische Unzufriedenheit, welche die liberale Demokratie und die etablierten Parteien in jüngster Zeit unter Druck setzt.

Beinahe weltweit – von der Türkei über die USA bis nach Brasilien sowie in etlichen Staaten Europas – haben populistische Strömungen in den vergangenen Jahren starken Zulauf erhalten und es waren bei Wahlen Kandidaten erfolgreich, die dem lauter gewordenen Ruf nach einem „starken Mann“ gerecht zu werden scheinen, der im unübersichtlichen Zeitalter der Globalisierung für Stabilität und Sicherheit zu sorgen verspricht. Anders ausgedrückt: Es vollzieht sich derzeit offensichtlich vielerorts ein Wandel der politischen Kulturen, also in der Verteilung der Einstellungsmuster zur Demokratie und zum Staat, zur Politik und zu den Parteien, zur politischen Mitwirkung und zum Extremismus.

Was bedeutet dies alles aber für die Parteien in Sachsen? Umfragedaten zeigen, dass die Sachsen hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen jedenfalls im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer keine Sonderrolle einnehmen. Andererseits ist aber festzuhalten,

- dass die in Dresden entstandene PEGIDA-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) bereits seit Oktober 2014 – also schon vor der Migrationswelle von 2015 – für bundesweite Populismus-Schlagzeilen gesorgt hat,
- dass die parlamentarisch neu etablierte Alternative für Deutschland (AfD), die von vielen „Wutbürgern“ als ihre politische Vertretung wahrgenommen wird, bei der Bundestagswahl 2017 einzig in Sachsen drei Direktmandate gewinnen konnte – und zugleich beim sächsischen Landesergebnis sowohl der Bundestagswahl 2017 als auch der Europawahl 2019 jeweils die CDU vom Rang der stärksten Partei verdrängen konnte: ein in Sachsen zuvor seit 1990 ungekannter Zustand.
- dass Sachsen hinsichtlich der Schwäche der beiden einst großen Volksparteien CDU und SPD aktuell ganz vorn im Trend der ostdeutschen Bundesländer liegt: Beide Parteien kamen *zusammen* bei der Europawahl 2019 in Sachsen nur noch auf 31,6 Prozent (ein lediglich in Berlin noch unterbotenes Ergebnis). Während sich Bündnis 90 / Die Grünen vor allem im Westen Deutschlands auf einer plötzlichen Sympathie- und Erfolgswelle befinden, lässt sich dieser Befund im Osten - und speziell in Sachsen - in ähnlicher Weise stattdessen für die AfD festhalten (die ihrerseits aber wiederum im Westen bei der Europawahl relativ stagnierte). Die grüne Erfolgswelle hingegen hat bei den sächsischen Wahlen im Mai 2019 (Europa- und Kommunalwahl) zwar nur relativ begrenzt durchgeschlagen und vor allem in Leipzig und Dresden für überraschende Erfolge gesorgt, aber gleichwohl reichte es auch sachsenweit für Bündnis 90 / Die Grünen, die SPD beim Europawahlergebnis zu überholen (10,3 gegenüber 8,6 Prozent): ein weiteres ungewöhnliches Ergebnis und ein Indiz für den Wandel im Parteiensystem.

Diese Schlaglichter verdeutlichen nicht nur die aktuelle politische Dynamik, sondern widerlegen auch das seit Jahrzehnten immer wieder einmal festgestellte Phänomen der „Politikverdrossenheit“: Seit den Jahren 1989/90 war Sachsen wohl nicht mehr so politisiert wie heute. Allerdings geht mit dieser Politisierung ganz offensichtlich eine zunehmende Politiker- und Parteienverdrossenheit einher. Letztere äußert sich als „Elitenkritik“ und wird oft von der Forderung nach mehr direkter Demokratie begleitet. Mehr direkte Demokratie würde im Fall der Umsetzung zugleich eine – von den Kritikern gewollte – Schwächung der repräsentativen Demokratie bedeuten.

Insgesamt fällt den politischen Parteien zwar nach wie vor eine zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung des Volkes zu (Art. 21 [1] GG), jedoch stellt sich

vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen auch für Sachsen die Frage, wie zeitgemäß die politischen Parteien eigentlich noch sind, insbesondere für die junge Generation.

Angesichts des im Kapitel 3 „Parteien und Gesellschaft in Sachsen“ näher darzustellenden Wandels der politischen Kultur und der dafür verantwortlichen Vielzahl von Ursachen, beschreibt dieser Band das sächsische Parteiensystem in seiner derzeitigen Ausprägung. Der doppelte Zweck des Bandes liegt somit in der Analyse und Diskussion der Rolle der Parteien in der momentanen Umbruchphase und in der beschreibenden Darstellung des Parteiensystems. Die Leitfrage dieses Bandes lautet daher: Wie entwickeln sich das sächsische Parteiensystem und die einzelnen Parteien im Verlauf der politischen Wandlungsdynamik?

Ausgehend von einer Gesamtbetrachtung der Funktionen und rechtlichen Stellung politischer Parteien (Kapitel 2) sowie der Analyse der gesellschaftlichen Begleitumstände (Kapitel 3), werden nicht nur die seit 1990 politisch prägenden Parteien, sondern auch eine Reihe der aktuell aktiven kleineren Parteien knapp porträtiert (Kapitel 4).

Bei dieser Publikation liegt ein Schwerpunkt auf beschreibenden Darstellungen sowie auf der Präsentation von Zahlen- und Bildmaterial, weniger auf vertieften wissenschaftlichen Analysen oder der Überprüfung politikwissenschaftlicher Theorien. Damit wird wesentlich den geänderten Lesegewohnheiten weiter Teile des Zielpublikums Rechnung getragen. Der Band versteht sich insofern vor allem als eine Handreichung mit Übersichts- und Informationscharakter, auch – aber nicht nur – aus Anlass bevorstehender Wahlen. Er soll zugleich die Aktualitätslücke füllen, die dadurch entstanden ist, dass seit dem Jahr 2006 (Demuth/Lempp [Hrsg.]: Parteien in Sachsen) keine Gesamtdarstellung über die sächsischen Parteien mehr vorgelegt wurde, zumal auch der verdienstvolle Band über „Politik in Sachsen“ (Jesse et al. 2014, dort Kap. 8) dieses Themenfeld lediglich als eines unter mehreren aufgreift.

Da das sächsische Parteiensystem – mit Ausnahme der SED-Nachfolgepartei PDS und später Die LINKE – keine sehr relevanten oder gar bruchlosen Kontinuitätslinien zu den Parteien der DDR, des Dritten Reichs, der Weimarer Republik und des Kaiserreichs aufweist, setzt die Darstellung erst ab der Zeit der Neugründung des Freistaates Sachsen nach der Deutschen Einheit an. Eine weitere methodische Einschränkung besteht darin, dass das mit den Parteien eng verbundene Thema „Wahlen in Sachsen“ hier gleichwohl nur randständig Erwähnung findet, weil speziell dazu zeitgleich eine gesonderte Publikation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erscheint. Schließlich sei darauf hingewiesen, dass dieser Band gerade aufgrund der aktuellen Wandlungsdynamik des Parteiensystems eine

absehbar nur sehr begrenzte „Halbwertzeit“ besitzt. Um dieses Problem zu lösen, wird parallel eine Online-Version des Textes veröffentlicht, die sich sehr viel einfacher und zeitnaher aktualisieren lässt als das gedruckte Buch.

## 2. Die rechtliche Stellung und die Funktionen der Parteien und des Parteiensystems

Über die politischen Parteien in Deutschland liegen bereits unzählige Publikationen vor. Darin werden die Strukturen, Funktionen, Wahlergebnisse, Binnensoziologien, Programmatiken etc. untersucht. Die Fülle an Literatur verwundert angesichts der zentralen Rolle der Parteien auf allen Ebenen des deutschen politischen Systems, insbesondere im Bund und in den Ländern, natürlich nicht. Solange bis vor einigen Jahren die Stellung und das Ansehen der Parteien noch intakter waren als heute, wurde bisweilen sogar vom „Parteienstaat Deutschland“ gesprochen, um die Übermacht der Parteien zu kritisieren.

Hier wird nun der Versuch unternommen, die wichtigsten allgemeinen Literaturbefunde über die Parteien kompakt zusammenzufassen, sie auf das sächsische Parteiensystem anzuwenden und – wo nötig und möglich – mit aktuellen sächsischen Daten parteienvergleichend zu unterlegen. Weitere Informationen und ergänzende Daten finden sich bei den Einzelporträts der wichtigsten sächsischen Parteien im Kapitel 4 „Entwicklungslinien des sächsischen Parteiensystems seit 1990 und Einzelprofile“.

### 2.1. Die rechtliche Stellung politischer Parteien

Das Parteiengesetz von 1967 (Gesetz über die politischen Parteien [PartG]) definiert politische Parteien in § 2 (1) als „Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten. Mitglieder einer Partei können nur natürliche Personen sein.“ Anders ausgedrückt: Parteien sind Zusammenschlüsse von Menschen mit ähnlichen politischen Grundorientierungen und Zielen, die diese gemeinsam in staatliche Politik umsetzen möchten.

Wenn eine politische Vereinigung sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat oder es sechs Jahre versäumt hat, den vorgeschriebenen finanziellen Rechenschafts-

bericht einzureichen, verliert sie ihre Rechtsstellung als Partei (PartG § 2 [2]). Die Teilnahme an Kommunal- und Europawahlen wird nicht zwingend vorausgesetzt. Die Beteiligung an Wahlen unterscheidet politische Parteien zugleich strukturell von Verbänden und Interessengruppen. Ein weiteres wesentliches Unterscheidungskriterium bildet die alle Politikbereiche abdeckende thematische Befassungsbreite: Parteien decken – anders als Verbände, Interessengruppen und Bürgerinitiativen – nicht nur ein klar begrenztes Themenfeld ab, sondern haben alle Politikfelder programmatisch zu besetzen, da sie das Personal mindestens für die Parlamente – und ggf. auch für die Regierungen – stellen und sich dort zu allen Politikbereichen positionieren müssen.

Zentral hervorzuheben ist die explizite Erwähnung der Parteien im Grundgesetz (Art. 21 GG), durch welche ihnen bei der politischen Willensbildung in Deutschland eine besondere Rolle zufällt. Die Nennung im Grundgesetz bedeutet für die Parteien Schutz und Verpflichtung zugleich. So wird im Art. 21 GG festgelegt, dass die Parteien – nach innen sowie (hinsichtlich ihrer Ziele und des öffentlichen Auftretens ihrer Mitglieder) auch nach außen – demokratisch zu sein haben, andernfalls vom Bundesverfassungsgericht verboten werden können, und dass sie ihre Finanzen offenlegen müssen. Im seit 1967 vielfach novellierten Parteiengesetz werden die Einzelheiten geregelt, unter anderem hinsichtlich organisatorischer Bestimmungen sowie der Parteienfinanzierung und der finanziellen Rechenschaftspflicht der Parteien.

### **Art. 21 GG [Parteien]**

- (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.
- (3) Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.
- (4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- (5) Das Nähere regeln Bundesgesetze.



## Kriterien für die Gründung und die staatliche Anerkennung von politischen Parteien

„Die Gründung einer Partei ist frei (Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG). [...] Eine Partei ist gegründet, wenn auf einer Veranstaltung die Gründung, das Programm und die Satzung der Partei beschlossen und der Vorstand gewählt wurde. Danach hat der Vorstand die Gründungsunterlagen dem Bundeswahlleiter bekannt zu geben, der sie auf Vollständigkeit prüft und in eine öffentlich zugängliche Unterlagensammlung aufnimmt. Dies bedeutet jedoch nicht die Anerkennung als Partei im Sinne der Definition des PartG (§2). Anerkannt wird eine Partei erst im Rahmen ihrer Zulassung zu einer Wahl und auch nur für die jeweilige Wahl. Solange Parteien noch nicht im Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen sie dem Bundes- bzw. dem zuständigen Landeswahlausschuss ihre Wahlbeteiligung schriftlich anzeigen. Anhand der Unterlagen prüft der jeweilige Ausschuss daraufhin die Parteieneigenschaft und stellt sie fest, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- die Mitglieder einer Partei müssen mehrheitlich Deutsche sein und ihr Sitz muss sich in Deutschland befinden,
- der Vorstand muss aus mindestens drei Personen bestehen,
- der Name muss sich von anderen Parteien unterscheiden,
- ihre Satzung muss bestimmten Mindestanforderungen insbesondere hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie entsprechen und
- das Programm muss politische Ziele erkennen lassen (welche dies sind, ist unerheblich).

[...] Die innere Ordnung der Parteien muss demokratischen Grundsätzen entsprechen (Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG). Damit soll insbesondere ein transparenter und kontrollierbarer Willensbildungsprozess von unten nach oben gewährleistet werden.“

(Oskar Niedermayer, 12.11.2014: *Voraussetzungen, Rechte und Pflichten von Parteien in Deutschland; Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/partei-in-deutschland/197278/voraussetzungen-rechte-und-pflichten>*)

Es wird insgesamt deutlich: Die Parteien bleiben bis auf weiteres zentrale politische Akteure, die per Definition gar nicht unzeitgemäß werden können, solange der Art. 21 des Grundgesetzes nicht mit qualifizierter Mehrheit geändert wird – was aber nicht zu erwarten steht. Deutschland ist und bleibt eine Parteidemokratie. Wichtig festzuhalten ist auch, dass Parteienrecht in Deutschland Bundesrecht ist, das auch auf der Länderebene entsprechende Anwendung findet. Obwohl die Praxis der repräsentativen Demokratie im parlamentarischen Regierungssystem auf der Landesebene genauso funktioniert wie im Bund und die Parteien also auch im politischen System Sachsen eine zentrale Rolle einnehmen, werden sie in der Landesverfassung Sachsen so gut wie nicht erwähnt. Einzig im Art. 92 (1) der Landesverfassung wird auf sie indirekt im Rahmen der Festlegung eingegangen, dass

die Bediensteten des Freistaates „Diener des ganzen Volkes, nicht einer Partei“ zu sein haben. Zudem muss hier mit der Wortwahl „Partei“ nicht zwingend eine *politische* Partei gemeint sein. Auch unterhalb der Verfassungsebene gibt es in Sachsen zwar ein Wahlgesetz, nicht aber ein Parteiengesetz.

## 2.2. Die Funktionen politischer Parteien und des Parteiensystems

Ausgehend und ableitend von der Legaldefinition und von der Aufgabenzuschreibung im Parteiengesetz (§ 1 PartG), lassen sich die Funktionen der Parteien bzw. des gesamten Parteiensystems in vier Hauptkategorien zusammenfassen (vgl. sinngemäß z. B. Niedermayer 2014, Jun 2015, Decker 2018a, Decker 2018b, Schubert 2018), die auf sächsischer Landesebene in gleicher Weise anwendbar und zutreffend sind. Dabei wirken manche Funktionen zusammen und sind somit nicht in jedem Fall trennscharf voneinander abgrenzbar.

### Gesetz über die politischen Parteien [PartG], § 1: Aufgaben der Parteien

#### § 1 Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien

- (1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.
- (2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.
- (3) Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder.
- (4) Die Parteien verwenden ihre Mittel ausschließlich für die ihnen nach dem Grundgesetz und diesem Gesetz obliegenden Aufgaben.



## 2.2.1. Politikformulierung und Repräsentation im Parteienswettbewerb

Parteien bestehen oder werden gegründet, um politisch ähnlich oder gleich gesinnten Bürgerinnen und Bürgern eine organisatorische Plattform dafür zu bieten, als Mitglieder und/oder Wähler ihrem Angebot aus mehr oder weniger geteilten gesellschaftlichen oder weltanschaulichen Großinteressen (z.B. Wohlfahrtsstaat, persönliche Freiheit, Umweltschutz etc.) eine verbesserte Durchsetzungschance in der staatlichen Politik zu verleihen.

Als wichtige Vermittlungsinstanzen der politischen Willensbildung zwischen der Gesellschaft und den staatlichen Institutionen (Parlament, Regierung ...) spiegeln die Parteien in ihrer Gesamtheit – das heißt als Parteiensystem – im Idealfall die vorhandenen sozialen Interessen und Konfliktlinien einer Gesellschaft in ihrer Vielfalt wider: Sie bilden sie ab, mit anderen Worten: sie repräsentieren sie.

Und sie stehen miteinander im Wettbewerb um politische Durchsetzungsmacht: Die Parteien konkurrieren bei Wahlen um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler, um per Parlamentsmehrheit die Chance zur Regierungsbeteiligung und somit zur Durchsetzung ihrer Zielvorstellungen in staatliche Politik zu erlangen. Das ständige Ringen um richtige Antworten auf politische Herausforderungen geschieht unter kritischer Beobachtung der medialen Öffentlichkeit und ist meist durch Streit zwischen den Parteien geprägt. Streit ist ein wichtiger Bestandteil des Parteienswettbewerbs und der demokratischen Funktionslogik und insofern nicht als destruktiv, sondern als im Kern produktiv zu werten.

Intern muss jede Partei zunächst den eigenen spezifischen Mix aus Positionen zu den verschiedenen Politikbereichen für sich klären, formulieren und zu partiointernen „gemeinsamen Nennern“ bündeln (Zielfindungs- und Aggregationsfunktion), da es auch innerhalb ein- und derselben Partei fast immer zu Meinungsverschiedenheiten in Teilbereichen und zur Herausbildung von „Parteiflügeln“ kommt. Ihre Wahl und parlamentarische Vertretung einmal vorausgesetzt, kann eine Partei – nach der Bestimmung der eigenen programmatischen Positionen – ihre Forderungen in die staatliche Politik einbringen. Die im Parlament durch Fraktionen vertretenen Parteien werden versuchen, ihren Themen, Forderungen und Positionen unter anderem durch parlamentarische Anträge und Anfragen, durch Gesetzesinitiativen oder – indirekt – durch mediale Öffentlichkeitserzeugung politisches Gehör zu verschaffen (Artikulationsfunktion). In gewissem Maße sind zugleich auch „Interessengruppen in eigener Sache“, soweit es um Fragen der Parteienfinanzierung und der Diätenbewilligung für die Abgeordneten geht.

Da sich gesellschaftliche Interessen und Konflikte schnell wandeln können, nehmen entweder die bestehenden Parteien neue Themen und Bedürfnisse in der einen oder anderen Weise auf (diese Fähigkeit zur Empfänglichkeit für externe

Anregungen wird als „Responsivität“ bezeichnet<sup>1)</sup>) oder das Parteiensystem differenziert sich: Es bilden sich vermutlich immer dann neue Parteien (z. B. als Neugründung aus einer sozialen Bewegung heraus oder durch Abspaltung von einer bestehenden Partei), wenn sich die bestehenden Parteien als für ein neues Anliegen nicht hinreichend responsiv erweisen. Als prominente Beispiele für die Schließung von zuvor entstandenen „Repräsentationslücken“ (Patzelt) sind u. a. die Wahl der Grünen (1983) und der AfD (2017) in den Deutschen Bundestag zu nennen. Auch der umgekehrte Fall ist denkbar: Parteien, deren Ziele bereits erreicht und erfüllt sind oder die ihre gesellschaftliche Unterstützung und Relevanz verlieren, werden im Zweifel nicht wieder ins Parlament gewählt und müssen sich dann entscheiden, ob sie

- a) ihre Programmatik grundlegend verändern wollen,
- b) vermutlich auf Dauer in einer recht bedeutungslosen außerparlamentarischen Oppositionsrolle verbleiben (so z. B. aktuell die Piratenpartei) oder
- c) sich – wenngleich weniger wahrscheinlich – einfach auflösen (so z. B. die ehemalige Hamburger Schill-Partei im Jahr 2007).

Insgesamt gilt: Gelingende parteiliche Responsivität – sei es auf Einzelparteienebene oder auf Parteiensystemebene – bedeutet zugleich auch gelingende partipolitische Repräsentation gesellschaftlicher Interessen.

### **2.2.2. Legitimation und Integration**

Indem die Parteien bzw. das Parteiensystem die Repräsentationsfunktion erfolgreich erfüllen, tragen sie dazu bei, das staatliche Institutionensystem zu legitimieren, d. h. sie verschaffen vor allem dem Parlament und der Regierung gesellschaftliche Akzeptanz und im Idealfall unhinterfragte „Geltung als rechtmäßiges“.

Zugleich fördern die Parteien aber auch die Integration der Gesellschaft: Die Parteien informieren, erstens, direkt (u. a. durch Veranstaltungen, Flugblätter, Internet, Wahlwerbung ...) oder indirekt (z. B. durch Medienberichte über Politikerauftritte) in ihrer Breite über die verschiedenen Sichtweisen auf gesellschaftliche Probleme und über mögliche Lösungsalternativen (Informations- und Orientierungsfunktion). Zweitens machen verschiedene Parteien jeweils attraktive programmati-

---

<sup>1)</sup> „Responsivität liegt dann vor, wenn eine Partei sich aufgeschlossen gegenüber den Interessen, Werten und Meinungen ihrer Mitglieder oder Wählerschaft zeigt und sie zentral berücksichtigt“ (Jun 2015, S. 9).



sche Angebote für verschiedene gesellschaftliche Gruppen sowie für die politisch unterschiedlich orientierten Bürgerinnen und Bürger. Indem sie deren politische Forderungen in die Politik weiterleiten und zugleich ihre Mitglieder zum aktiven parteipolitischen Engagement zu motivieren versuchen (Motivations- und Partizipationsfunktion), tragen die Parteien also im Erfolgsfall zur Einbindung verschiedenster Teile der Bevölkerung – kollektiv wie individual – bei. Zugleich befördern sie emotional deren Gefühl des Aufgehobenseins. Anders ausgedrückt: Die Parteien integrieren wichtige Teile der Bevölkerung und verhindern so gesellschaftliche Spaltungen, Proteste oder gar extremistische Abwendungen. Insgesamt fördern die Parteien durch ihre Legitimations- und Integrationswirkungen sowohl den gesellschaftlichen Zusammenhalt als auch das Funktionieren und die Stabilität des politischen Systems. Ganz offensichtlich ist es derzeit allerdings in der Praxis um die Legitimations- und Integrationskraft der Parteien – nicht nur in Sachsen – nicht allzu gut bestellt, wie anhand von empirischen Daten zur politischen Bindungskraft der Parteien im Kapitel 3 „Parteien und Gesellschaft in Sachsen“ gezeigt und diskutiert wird.

### **2.2.3. Steuerung**

Die von manchen Autoren auch als „Herrschaftsfunktion“ bezeichnete Aufgabe der politischen Steuerung meint, dass die Parteien über Parlamentsmehrheiten nach Regierungsmacht streben und insofern im Erfolgsfall direkten Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen: In der Regierungsverantwortung tragen sie erheblich zur Steuerung der gesamtpolitischen Entwicklung des Systems bei; sie geben dieser eine Richtung. Auf parlamentarischer Ebene beteiligen sich die Parteien mittels ihrer Fraktionen an der Willensbildung. Sie leisten politische Steuerung im Rahmen der wichtigen Haushaltsgesetzgebung und bringen mit Anträgen und Gesetzesinitiativen viele weitere innovative und politiksteuernde Impulse ein, sei es als Regierungs- oder als Oppositionsfraktionen. Die Fraktionen – also die Gruppen der Abgeordneten einer Partei im Parlament – sind zwar formal eigenständige (und staatlich finanzierte) Organisationen, arbeiten jedoch in der Praxis mit ihrer jeweiligen Parteiorganisation stets eng zusammen, zumal es durch Mehrfachrollen von Politikern in Partefunktionen, als Abgeordnete (und somit als Fraktionsmitglieder) und ggf. zusätzlich in Regierungsämtern de facto immer beträchtliche personelle Überlappungen gibt. Nicht zwingend, aber praktisch in aller Regel, sind Minister zugleich Abgeordnete und also Fraktionsmitglieder ihrer jeweiligen Partei im Parlament.

## 2.2.4. Personalstellung und Rekrutierung

Die Parteien stellen – in Sachsen wie im Bund – das Personal der gewählten Politiker im Parlament. Die Abgeordneten haben sich in aller Regel zunächst durch jahrelange innerparteiliche „Ochsentouren“ politisch bewährt, die meist auf lokaler/kommunaler Ebene (zum Teil auch in befreundeten Vereinen, karitativen Organisationen, politischen Initiativen etc.) beginnen und bei denen sie das politische Handwerk erlernen. Dies versetzt sie dann irgendwann – womöglich als Nachrücker für ausscheidende Abgeordnete derselben regionalen Herkunft, desselben Geschlechts oder innerparteilichen Flügels – in die Lage, vor einer Landtagswahl ihre Partei als Wahlkreis-Direktkandidat vertreten zu dürfen und/oder auf einem aussichtsreichen Partei-Listenplatz aufgestellt zu werden. Selbst im relativ seltenen Fall politischer „Seiteneinsteiger“ (z. B. Experten oder angesehene Personen des öffentlichen Lebens als Nicht-Parteimitglieder, die ein Ministeramt bekleiden sollen) sind es gleichwohl Parteienvertreter oder Parteivorstände, die über solche Nominierungen entscheiden. Nur in ganz seltenen Fällen gelangen „politisch Ungelernte“ relativ kurzfristig in das Amt von Abgeordneten auf Landes- oder Bundesebene. Dies ist vorstellbar, wenn eine plötzlich erfolgreiche Partei einfach zu wenige erfahrene Kandidaten für die von ihr zu bekleidenden Ämter hat, oder wenn revolutionäre Umbrüche (wie die Deutsche Einheit) vorangegangen sind. Decker (2018b) fasst die zentrale Rolle der Parteien bezüglich der politischen Personalstellungs- und Rekrutierungsfunktion treffend zusammen: „Die Parteien besitzen faktisch ein Rekrutierungsmonopol für öffentliche Ämter und Mandate auf der regionalen, nationalen und europäischen Ebene. [...] Dies gilt z. B. auf der nationalen Ebene für alle Verfassungsorgane: Nach 1949 wurde kein einziger parteiunabhängiger Bewerber in den Bundestag gewählt [...].“

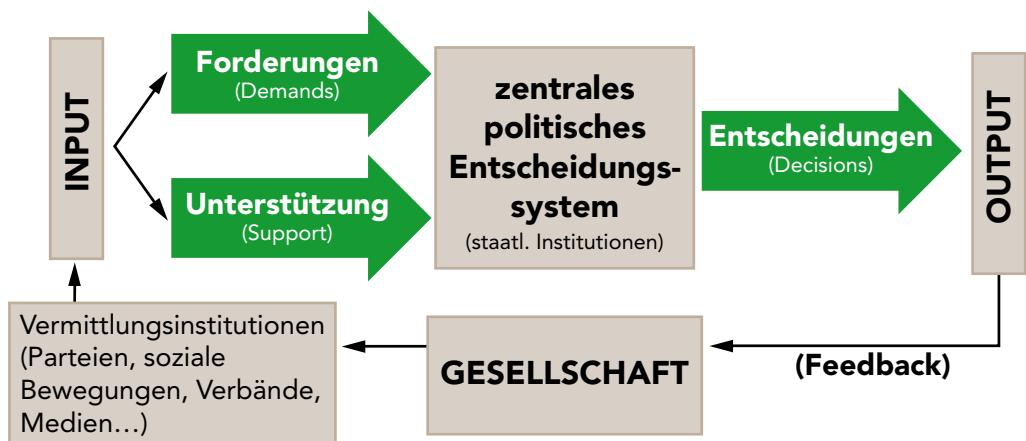
Insgesamt umfasst die Personalrekrutierungsfunktion der Parteien quasi eine „Ausbildung“ nachrückender Politikergenerationen bei gleichzeitiger Vorauswahl politischer Nachwuchstalente. Diese Funktion sollte in ihrer Bedeutung für das politische System nicht unterschätzt werden, da der Politikerberuf zumindest auf der Landes- und Bundesebene nicht nur die ständige öffentliche Beobachtung mit sich bringt, sondern auch wöchentliche Arbeitszeiten von 60–70 Stunden und mehr (vgl. Schubert 2018, S. 114). Geeignetes Personal mit entsprechender Bereitschaft und Kompetenz zu finden, muss erst einmal geleistet werden. Kritisch anzumerken wären höchstens die innerparteilichen Auswahlmechanismen der Personal- und Nachwuchsrekrutierung: Es ist nicht gesichert, dass sich parteiintern immer die Klügsten und Besten durchsetzen. Andererseits kann eine gewisse Robustheit im Politikerberuf nicht schaden, und auch die Fähigkeit zum Netzwerken wird schon längst nicht mehr als ein Makel, sondern eher als eine Tugend angesehen.



Die hier zusammengefassten Partefunktionen verdeutlichen insgesamt die zentrale politische Rolle der Parteien in Sachsen und in Deutschland. Die Liste der Funktionen steht zugleich im Einklang mit Befunden der internationalen Forschung. Der norwegische Politikwissenschaftler Kaare Strøm vertritt beispielsweise einen pragmatischen Ansatz und sieht die wichtigsten Aufgaben von Parteien in den drei miteinander zusammenhängenden Zielen des Werbens um Stimmen, des Strebens nach Regierungämtern und in der politischen Gestaltung (vgl. Strøm 1990). Eine Anschlussfähigkeit des Funktionenkatalogs besteht ferner zum klassischen politischen Systemmodell des amerikanischen Politikwissenschaftlers David Easton von 1965: Parteien ordnen sich darin – neben weiteren sog. „intermediären“ Institutionen wie Interessenverbänden, sozialen Bewegungen und Medien – auf der „Input-Seite“ des Modells (links im Schema) ein. Sie vermitteln neben inhaltlichen Politikvorstellungen und Forderungen („demands“) auch legitimationsstiftende Unterstützung („support“) von der Gesellschaft hin zu den staatlichen Institutionen (vgl. Grafik A).

Bevor auf die derzeitige Lage der sächsischen Parteien vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen eingegangen wird, sind zunächst weitere grundätzliche Strukturelemente der Parteien und des Parteiensystems zu beleuchten.

Grafik A: Politisches Systemmodell nach Easton 1965 (adaptiert)



## 2.3. Die Programmatik der Parteien

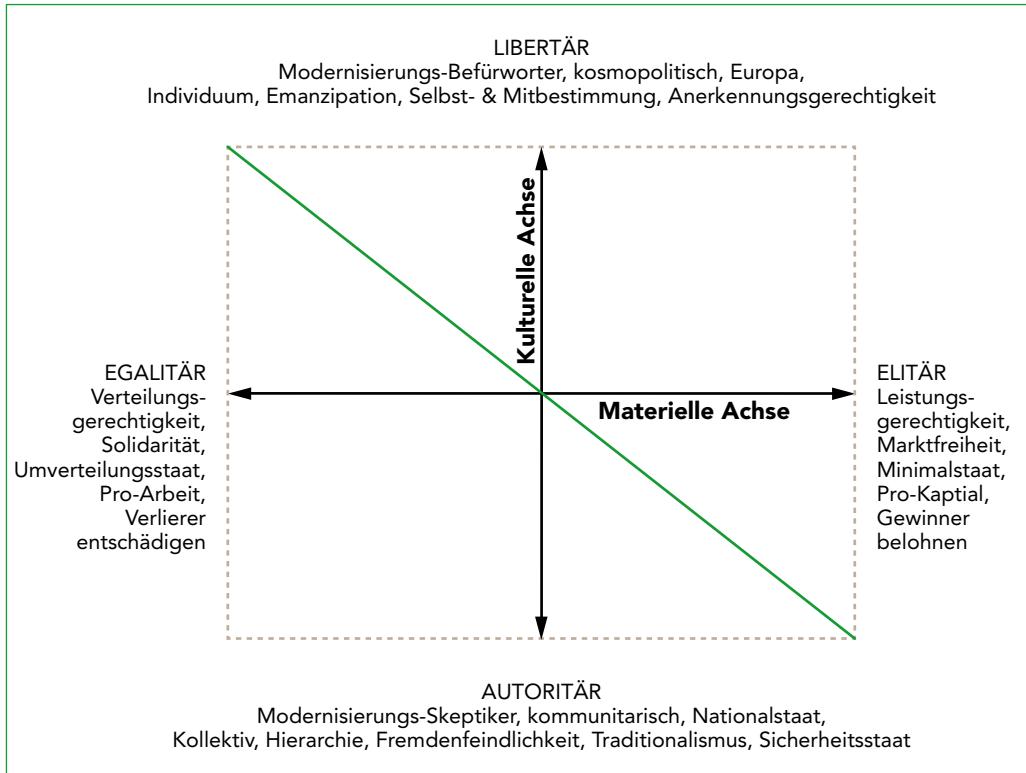
Für ein Verständnis der programmatischen Grundausrichtungen von Parteien ist es hilfreich, sich der Thematik über eine typologische Einordnung der weltanschaulichen Positionierungen zu nähern. Häufig gibt bereits der jeweilige Parteiname den Hinweis auf die weltanschauliche Grundpositionierung, indem er sich einem dieser drei Kriterien zuordnen lässt: a) Verortung im Rahmen einer der drei großen weltanschaulichen Strömungen des 19. Jahrhunderts, also Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus (z. B. FDP – Die Liberalen), b) bei neueren Parteien Beschreibung des Zielhorizonts (z. B. Die Grünen – deutet ökologischen Schwerpunkt an), oder c) Verortung auf der politischen Rechts-Links-Achse (z. B. DIE LINKE). Hinzu kommen noch linksextreme (kommunistische) oder rechtsextreme (faschistische, nationalistische) Parteien, deren Ziele meist in der Abschaffung („Überwindung“) der demokratischen Ordnung liegen, sowie neuerdings rechtspopulistische Parteien, die sich aber aufgrund ihrer Programmatik problemlos auf dem ideologischen Links-Rechts-Spektrum einordnen lassen.

### 2.3.1. Grundlegende weltanschauliche Positionierungen

Was aber bedeutet eigentlich politisch „rechts“ oder „links“, und was und wo ist die „Mitte“? Es bietet sich eine grafisch-beschreibende Darstellung an.

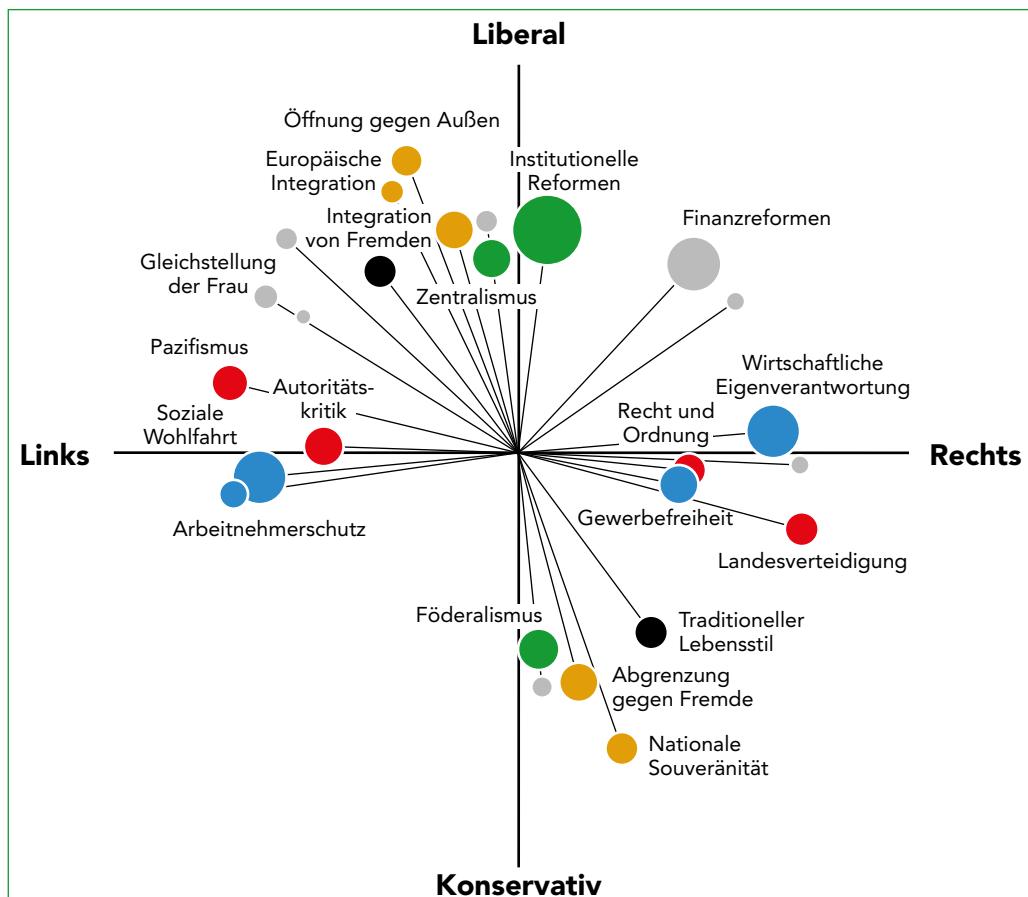
Schon seit den 1990er Jahren werden zweidimensionale Darstellungen diskutiert, auf deren mittiger Horizontal-Achse die „alte“ materielle Verteilungskonfliktlinie „Arbeit gegen Kapital“ abgebildet wird. Am linken Pol steht dabei die Bevorzugung einer „egalitären“, das heißt auf mehr wirtschaftliche Gleichheit gerichteten „linken“ Wirtschaftsordnung. Darin nimmt der Staat eine starke, umverteilende und regulierende Rolle in der Wirtschaft ein, um für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine relative Angleichung von Einkommensunterschieden zu sorgen. Der Staat kann dies unter anderem durch eine entsprechende Steuerpolitik, durch Auflagen für Unternehmen und durch eine nachfrageorientierte staatliche Wirtschaftspolitik erreichen. Am rechten Pol finden sich die wirtschaftsliberalen „rechten“ Vertreter von Marktfreiheit, die eine schwache Rolle des Staates in der Wirtschaft sowie Steuersenkungen anstreben. Sie sind für unternehmerische Freiheit in einer möglichst wenig regulierten Wirtschaftsordnung. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft beschränkt sich im Wesentlichen auf die Garantie des Rechtsstaates, die Bereitstellung von Infrastruktur (Straßen) und auf die Landesverteidigung. Dieses Modell einer schwachen Rolle des Staates in der Wirtschaft und eines bestenfalls schwach ausgeprägten Sozialstaates wird wiederum von der politischen Linken als „Nachtwächterstaat“ verspottet.

**Grafik B: Vier-Felder-Tafel „Politisches Koordinatensystem“ mit „neuer Links-Rechts-Achse“ (diagonal abfallend)<sup>2</sup>**



<https://www.fes.de/index.php?eID=download&t=p&p=2415&token=3de-957d85a959fa542a04d91aacc6bb795bcf656>, verlinkt von Seite: <https://www.fes.de/internationale-politikanalyse/monitor-soziale-demokratie/strategiedebatten-global/strategiedebatten-deutschland-oktober-2017/> (Aufruf Februar 2019).

2 Angesichts der neu gewichteten Bedeutung der beiden Konfliktlinien wäre als Ausblick vorzuschlagen, eine neue „materiell-kulturelle Gesamtkonfliktlinie“ zu konzipieren, die beide Einzel-Konfliktlinien in sich einschließt, indem sie sich vom Extrempunkt des ersten Quadranten links oben zum Extrempunkt des vierten Quadranten rechts unten abfallend diagonal durch die Tafel zieht (vgl. Grafik B). Der Vorteil solch einer „neuen Links-Rechts-Achse“ bestünde darin, den Positionierungsmix aus beiden Konfliktlinien-Dimensionen als eine einzige Maßzahl abbilden zu können, nämlich durch das Lot des spezifischen Positionierungspunktes relativ zur abfallenden Diagonalen. Dabei könnte z. B. ein zur Diagonale rechtsverschiebendes Mehr an autoritärer Einstellung auf der kulturellen Konfliktlinie (d. h. Eintrag unten in der Tafel) ausgeglichen werden durch ein zur Diagonale linksverschiebendes Mehr an regulierungsfreundlichen Einstellungen auf der materiell-ökonomischen Konfliktlinie (d. h. Eintrag links in der Tafel).

**Grafik C: Zuordnung von Politikpräferenzen im politischen Koordinatensystem**


Internet: <https://www.zur-zeit.ch/bilder/linksrechts.jpg> (Quelle: Zur Zeit. Die Zeitschrift zur politischen Bildung. Bern 2001), verlinkt von Seite: [https://www.zur-zeit.ch/seiten/politik\\_mat\\_9.php](https://www.zur-zeit.ch/seiten/politik_mat_9.php) (Aufruf Februar 2019).

Die Zuordnung „links“ und „rechts“ ergibt sich historisch aus der Sitzordnung der Parteien in der Französischen Nationalversammlung aus der Zeit nach der Französischen Revolution von 1789: Diese Zuordnung hat sich bis heute im Sprachgebrauch gehalten.

Die ebenfalls mittig angesetzte Vertikal-Achse beschreibt die kulturelle/gesellschaftspolitische Konfliktlinie, die derzeit immer mehr an Bedeutung gewinnt: Oben stehen liberale bzw. „libertäre“ (das heißt individuelle persönliche Freiheitsrechte betonende), tolerante, weltoffene, modernisierungsfreundliche und global orientierte Wertvorstellungen. Am unteren Pol finden sich konservative, modernisierungsskeptische, autoritäre, sicherheitsbetonende und nationalistische Wertvorstellungen. Anhänger solcher Wertvorstellungen schöpfen zudem ihre Identität

und Würde oft in sehr starkem Maße aus dem Stolz auf nationale oder regionale Heimatbezüge.

Insgesamt entsteht also eine Vier-Felder-Tafel: Der linke obere Quadrant beschreibt z. B. „links-liberal“, der rechte untere „rechts-konservativ“ (vgl. Grafik B). In diese Tafel lassen sich dann weitere Positionierungen zu weltanschaulich relevanten Themen eintragen, wie es bereits um die Jahrtausendwende die Schweizer Sozialforscher Michael Hermann und Heiri Leutert (†) getan haben (vgl. Grafik C). Die Tafel ist auch im Rahmen der SINUS-Milieustudien vielfach verwendet worden, um ideologische Positionierungen von Bevölkerungsteilgruppen nach Häufungen (Clustern) grafisch darzustellen.

Schließlich lassen sich auch politische Parteien hinsichtlich ihrer vor allem in den Wahlprogrammen festgehaltenen Ziele in der Vier-Felder-Tafel positionieren. Solche qualitativ-inhaltsanalytischen Verfahren zur Untersuchung von Wahlprogrammen, die auch den „Wahl-O-Maten“ der Bundeszentrale für politische Bildung zugrunde liegen, sind natürlich stets methodisch ebenso zu hinterfragen wie das Koordinatensystem selbst. So ist unter anderem zu bedenken,

- dass Wahlprogramme notwendigerweise nur Momentaufnahmen darstellen, da sich die Ziele der Parteien im Zeitverlauf verändern können. Andererseits wären die langfristiger angelegten Grundsatzprogramme aufgrund ihrer größeren Vagheit in manchen Inhalten und Formulierungen für die Analyse weniger gut geeignet;
- dass die Methodik zur Bildung sinnvoll vergleichbarer Maßeinheiten bei qualitativen Inhaltsanalysen (z. B. kumulative Indizes) immer einen Rest an diskutablen Entscheidungen seitens der beteiligten Wissenschaftler beinhaltet und insofern für getroffene Verortungen kaum Exaktheit reklamieren kann;
- dass die Tafel als Analyseinstrument zur Bewertung der Landesverbände von Parteien dadurch beeinträchtigt sein kann, dass in deren Landtagswahlprogrammen zu einem großen Anteil regionale bzw. landespolitische Themen eine Rolle spielen könnten, die sich einer „ideologischen“ Verortung weitgehend entziehen;
- dass die beiden Konfliktlinien-Dimensionen der Tafel nur bedingt geeignet sind, weitere wichtige gesellschaftliche Konflikte in sich abzubilden, z. B. jenen zwischen Ökonomie und Ökologie.

Auch die Vier-Felder-Tafel selbst unterliegt außerdem einem Wandel ihrer zwei Dimensionen: Zum einen hat die gesellschaftlich-kulturelle Konfliktlinie in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung zugenommen, weil sich auf ihr die aktuel-

len Populismus-Debatten und Identitätskonflikte abbilden lassen. Gleichzeitig hat aber die „alte“ wirtschaftliche Links-Rechts-Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital nicht – wie teilweise behauptet wird – an Bedeutung verloren: Verteilungspolitische Ungerechtigkeiten und soziale Probleme bestehen weiterhin, nur haben sich die dahinter liegenden Ursachen teilweise verschoben:

Einerseits hat hierzulande der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft (auch Tertiärisierung genannt), die Automatisierung und die Globalisierung der Wirtschaft zwar für ein relatives Schrumpfen des industriellen Sektors und der Rolle der Gewerkschaften gesorgt, und die Digitalisierung hat die gesellschaftliche Individualisierung ein zusätzliches Stück vorangetrieben.

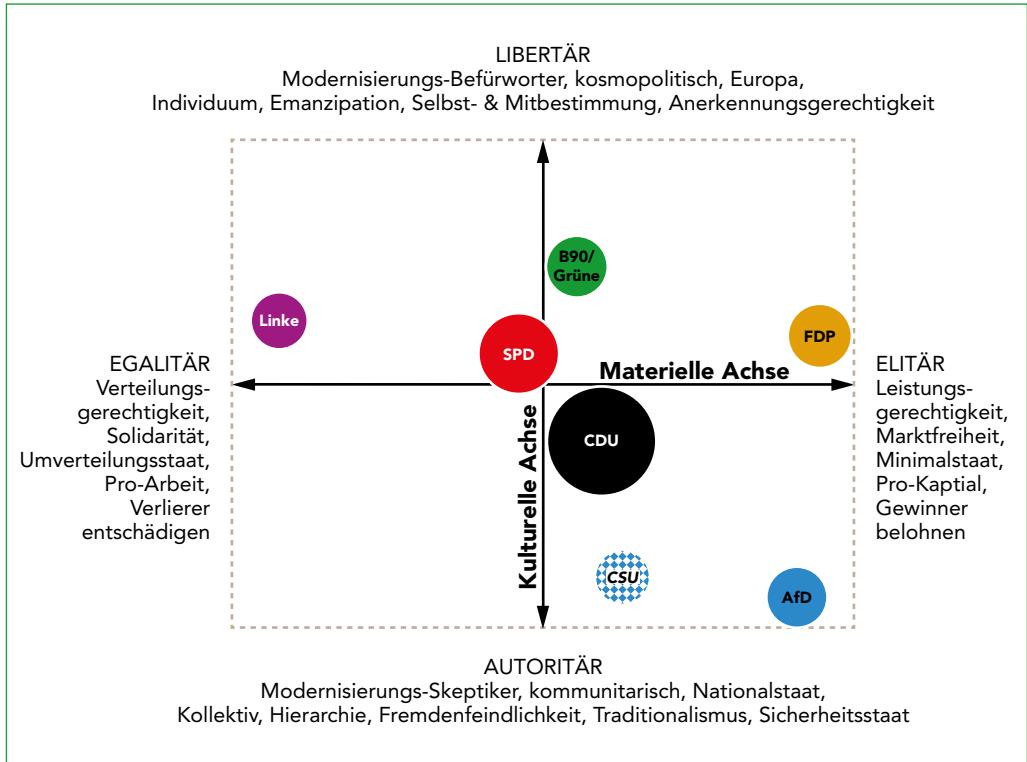
Andererseits führen aber die Wirkungen der international weiterhin fast völlig unregulierten „Finanzindustrie“ dazu, dass sich die Verteilungsgerechtigkeiten zwischen Arm und Reich nun auf globaler Ebene sogar noch weiter verschärfen und nicht zuletzt mitverantwortlich sind für weltweit zunehmende Migrationsströme. Allerdings ließe sich diese Problematik – wenn überhaupt – nur auf globaler politischer Ebene lösen und dürfte daher in den Landtagswahlprogrammen der Parteien vermutlich keine zentrale Rolle spielen.

Unter Berücksichtigung aller möglichen Vorbehalte und mit großer interpretativer Vorsicht soll hier für die Parteien auf Bundesebene ein Einordnungsvorschlag in die Vier-Felder-Tafel vorgestellt werden, den eine Studie der Berliner Arbeitseinheit Internationale Politikanalyse (IPA) der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung für die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 ergeben hat (vgl. Grafik D).

Nahe dem Zentrum der Grafik D finden sich die SPD und die CDU als die Parteien der Mitte, die zu allen Polen ungefähr gleich weite Abstände halten. Mit anderen Worten: Sie vertreten gemäßigte statt radikale ideologische Positionen. Genauso den großen Volksparteien als Mitgliederparteien erscheint es wichtig, durch politisch ausgewogene und moderate Programmangebote für Wähler aus allen weltanschaulichen Lagern attraktiv und wählbar zu sein (sog. „Catch-All-Parties“). Hingegen brauchen eindeutig nur auf eine bestimmte gesellschaftliche Teilgruppe abzielende Klientel-Parteien auf diesen Aspekt ebenso wenig Rücksicht zu nehmen wie reine Wähler-, Kader- oder Honoratioren-Parteien, die sich quasi nur als Wahlvereine ohne organisatorischen Unterbau verstehen. Parteien letzteren Typs sind jedoch in Sachsen derzeit nicht aktiv.

Die Volksparteien der Mitte stoßen derzeit jedoch zunehmend auf das Problem, sich nicht mehr ausreichend ideologisch-programmatisch voneinander abzugrenzen, so dass sie im Parteidienstwettbewerb um Wählerstimmen gelegentlich Schwierigkeiten haben aufzuzeigen, worin zwischen ihnen eigentlich noch inhaltliche Unterschiede bestehen. So merken die Autoren der dieser Vier-Felder-Zuordnung

Grafik D: Parteienzuordnung im politischen Koordinatensystem gemäß deren Bundestagswahlprogrammen 2017



<https://www.fes.de/index.php?elID=dumpFile&t=p&p=2416&token=0d7a093e8b39f025f639cfab-5572c945a3fb555c>,  
(verlinkt von Seite: <https://www.fes.de/internationale-politikanalyse/monitor-soziale-demokratie/strategiedebatten-global/strategiedebatten-deutschland-oktober-2017/>) (Aufruf Februar 2019).

zugrunde liegenden Studie an, dass sich die CDU und die SPD programmatisch so nahe seien „wie nie zuvor in ihrer Geschichte“<sup>3</sup>.

3 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse (Hrsg.), 2017: Strategiedebatten der deutschen Parteien Oktober 2017. Internet: <https://www.fes.de/internationale-politikanalyse/monitor-soziale-demokratie/strategiedebatten-global/strategiedebatten-deutschland-oktober-2017/>.



### 2.3.2. Programmatische Positionen der Parteien in Sachsen

Zur Darstellung der programmatischen Standpunkte der Parteien in Sachsen erscheinen allgemeine Verortungen im Links-Rechts-Schema angesichts der konkreten regionalen Bezüge nur bedingt zielführend. Vielmehr bietet sich eine vergleichende Beschreibung wichtiger Parteipositionen an. Im § 1 (3) des Parteiengesetzes heißt es: „Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder“. Hierzu ist zunächst festzustellen, dass zwar die Bundesparteien jeweils über Grundsatzprogramme verfügen, dass aber unter den sächsischen Landesorganisationen der Parteien derzeit offenbar nur die CDU und die Piratenpartei ein eigenes Landes-Grundsatzprogramm besitzen, während manche der anderen sächsischen Parteien lediglich unregelmäßige „Aktionsprogramme“ oder Ähnliches veröffentlichten und ansonsten alle Parteien im Fünfjahrestakt mit Wahlprogrammen im Vorfeld der Landtagswahlen aufwarten. Letztere bieten sich also sinnvoll zum Vergleich an.

### 2.3.3. Vergleich der Landtagswahlprogramme 2019 der mit Fraktionen im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien

Nachfolgend werden die Wahlprogramme 2019 der fünf von 2014 bis 2019 mit Fraktionen im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien verglichen und gegenübergestellt. Die Übersicht ist in sieben Politikfelder untergliedert, die auf sächsischer Landesebene politisch eigenständig gestaltbar sind, das heißt entweder in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen oder vom Land zumindest maßgeblich mitgeprägt werden können. Es handelt sich um die Parteipositionen zu den Themenfeldern „Wirtschaft, Arbeit, Landwirtschaft“, „Landshaushalt, Finanzen“, „Schulpolitik“, „Demokratie und Innere Sicherheit“, „Zuwanderung und Asyl“, „Soziales und Familie“ sowie „Energie, Verkehr, Umwelt“. In der Übersicht werden vor allem solche Programmpunkte verglichen, die zwischen bestimmten oder mehreren Parteien umstritten sind. Darum finden Themen, die von allen Parteien gleichermaßen oder sehr ähnlich vertreten werden, hier keine Erwähnung (zum Beispiel Mittelstandsförderung oder Extremismusbekämpfung). Die Analyse beruht teils auf den endgültigen Fassungen der Landtagswahlprogramme 2019, teils auf deren Entwurfssassungen.

Die vergleichenden Befunde der folgenden Listen sind nicht im Einzelnen zu kommentieren. Auffällig ist jedoch erstens, dass die CDU, die SPD und die AfD ihre Wahlprogramme 2019 jeweils „Regierungsprogramme“ nennen, um schon im Vorfeld der Wahl ihre Zuversicht und ihren Anspruch auf Regierungsbeteiligung demonstrativ zu betonen (vgl. Grafik E).

Zweitens ist die relative programmatische Nähe der Regierungsparteien CDU

und SPD erkennbar. Beide Parteien sind sich in vielen Bereichen grundsätzlich nah – von der Wirtschaftspolitik über die Förderung ländlicher Räume bis hin zur Integrationspolitik. Öffentlicher Streit flammt in den vergangenen Jahren meist nur punktuell auf und konnte dann – meist eher im Sinne der CDU – beigelegt werden (z. B. Verbeamtung von Lehrern, Verzicht auf die Kennzeichnungspflicht für Polizisten). Die Differenzen zwischen beiden Parteien liegen nur manchmal in der „großen Linie“, etwa bei der allein von der SPD geforderten Wiedereinführung der Gemeinschaftsschule, eines nach dem Ende der ersten CDU-SPD-Koalition (2004 – 2009) ausgelaufenen Schulmodells. Die SPD konnte sich zwar bei den Koalitionsverhandlungen 2014 in diesem Punkt nicht erneut – wie 2004 – gegenüber der CDU durchsetzen, will aber auch 2019 wieder an dieser Forderung festhalten. Drittens schließlich sticht die Sonderrolle der AfD hervor, die als einzige der hier analysierten Parteien auch im Wahlprogramme 2019 weiterhin den Klimawandel bestreitet, an der Braunkohle festhalten will, sich in der Gleichstellungspolitik sehr „genderkritisch“ positioniert und auch das „digitale Klassenzimmer“ im Regelfall ablehnt und als „Geldverschwendug“ bezeichnet.

Eine für nach der Wahl 2019 lohnende weiterführende Forschungsaufgabe könnte darin bestehen, einmal systematisch und im Zeitverlauf zu überprüfen, inwie weit – und in welchem koalitionsbedingten „Mischverhältnis“ – sich die Wahlprogramme künftiger Regierungsparteien in den nachfolgenden Koalitionsverträgen und dann vor allem in der praktischen Regierungsarbeit widerspiegeln. Eine solche Untersuchung könnte interessierten Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Sozialwissenschaftlern Aufschluss darüber erbringen, welchen zu erwartenden Nutzwert Wahlprogramme besitzen in punkto Vorhersagbarkeit des tatsächlichen späteren Handelns einer Partei, wenn diese dann an der Regierung beteiligt ist.

Grafik E: Wahlprogramme 2019 der im Landtag mit Fraktionen vertretenen sächsischen Parteien (Titelbilder)<sup>14</sup>



4 Internet-Fundstellen der Wahlprogramme als PDF-Dateien (Aufruf Juli 2019): CDU: <https://www.cdu-sachsen.de/Dateien/regierungsprogramm-2019-2024/1641392>; DIE LINKE: [https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/07/SLTW19-Langwahlprogramm\\_Broschüre-DIN-A4.pdf](https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/07/SLTW19-Langwahlprogramm_Broschüre-DIN-A4.pdf); SPD: Titelseite von der SPD-Landesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt; Bündnis 90/Die Grünen: [https://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/wahlen/2019ltw/Programm/Landtagswahlprogramm\\_Gruene\\_2019\\_web.pdf](https://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/wahlen/2019ltw/Programm/Landtagswahlprogramm_Gruene_2019_web.pdf); Titelseite von der Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen zur Verfügung gestellt; AfD: [https://www.afdsachsen.de/files/afd/landesverband-sachsen/download/LTG2019/RWP\\_190618.pdf](https://www.afdsachsen.de/files/afd/landesverband-sachsen/download/LTG2019/RWP_190618.pdf).



## Wirtschaft, Arbeit, Landwirtschaft

CDU	<p><b>Ländliche Räume:</b> Vernetzung ländlicher Räume und städtischer Ballungsräume durch bessere Straßenanbindung und bessere ÖPNV-Taktung; Investitionen in Breitband; Unterstützung von Schulen bei der Lehrergewinnung; junge Allgemeinmediziner für ländliche Regionen gewinnen; Programm „Vitale Dorfkerne“ ausbauen; Behörden ansiedeln; Netz an Sparkassenfilialen ausbauen</p> <p><b>Braunkohle:</b> intelligenter Energiemix aus Braunkohle und Erdgas, Wind-, Solar- und Wasserkraft; Ausstieg aus der Braunkohle nur, wenn Versorgung sichergestellt ist und die betroffenen Menschen neue Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten; Planungsbeschleunigungsgesetz wg. Entwicklungschancen</p> <p><b>Grundeinkommen:</b> (—)</p> <p><b>Mindestlohn:</b> (—)</p> <p><b>E-Mobilität, autonomes Fahren:</b> Förderung sächsischer Pilotprojekte und Testfelder</p> <p><b>Bildungsfreistellung:</b> Weiterbildungsscheck statt Weiterbildungsfreistellungsge setz</p> <p><b>Ökologische Landwirtschaft:</b> vielfältige, umweltgerechte, regional verankerte Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft erhalten; Nutzung sensorgestützter Verfahren, um Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz so gering wie möglich zu halten</p>
DIE LINKE	<p><b>Ländliche Räume:</b> Medizinische Versorgungszentren (MVZ), um in den Regionen wohnortnahe medizinische Versorgung sicherzustellen; ÖPNV im ländlichen Raum ausbauen; Fallpauschalen erhöhen, damit sich die Niederlassung junger Ärzte lohnt; Breitbandkompetenzzentrum soll zu einer Landesgesellschaft für digitale Infrastruktur weiterentwickelt werden (als Servicestelle für Kommunen beim Breitbandausbau); Bestand an staatlichen Berufsschulzentren (BSZ) bedarfsgerecht erhalten; dichtes Geldautomatennetz im ländlichen Raum sichern</p> <p><b>Braunkohle:</b> genehmigte Braunkohletagebaue sollen auslaufen; keine neuen Tagebaue; Lausitz soll als Tourismusziel, Natur- und Landwirtschaftsregion sowie als Kulturlandschaft weiterentwickelt werden; Staatsvertrag zwischen Sachsen, Brandenburg und dem Bund für Strukturwandel-Strategie</p> <p><b>Grundeinkommen:</b> in der Lausitz Pilotprojekt eines personell, räumlich und zeitlich begrenzten Grundeinkommens (im Rahmen des Strukturwandelprozesses) beginnen</p> <p><b>Mindestlohn:</b> Mindestlohn soll auf mindestens 12 Euro erhöht werden</p> <p><b>E-Mobilität, autonomes Fahren:</b> Förderung von E-Mobilität/alternativen Antriebstechnologien, z.B. Brennstoffzellen, Elektromotoren; Akkuproduktion (Landkreis Bautzen) soll forciert werden</p> <p><b>Bildungsfreistellung:</b> gesetzlich verankerter Anspruch auf Bildungsurlaub</p> <p><b>Ökologische Landwirtschaft:</b> bodengebundene Tierhaltung; Ökolandbau; an regionalen Wirtschaftskreisläufen und Produktqualität orientierte Landwirtschaft; Sachsen soll glyphosatfrei werden</p>
SPD	<p><b>Ländliche Räume:</b> ärztliche Versorgung; gute Erfahrungen aus Modellregionen Marienberg und Weißwasser auf ganz Sachsen ausdehnen; Tandempraxen und Zweigpraxen fördern; ÖPNV-Angebote verdichten; Polizeireviere besetzen; Schulstandorte sichern; ländlichen Raum mit attraktiver Infrastruktur ausstatten; weitere Erschließung mit digitaler Infrastruktur; Kulturförderung</p> <p><b>Braunkohle:</b> Kohlekompromiss ist ein für alle Beschäftigten tragbarer Weg; Geld wurde gesichert für Strukturrentwicklung der zwei betroffenen Regionen, um zukunftsfähige Arbeit zu schaffen</p> <p><b>Grundeinkommen:</b> (—)</p> <p><b>Mindestlohn:</b> perspektivische Anhebung auf 12 Euro pro Stunde</p> <p><b>E-Mobilität, autonomes Fahren:</b> Sachsen zum Kernland der Elektromobilität machen; zeitnah soll erstes urbanes Testfeld für autonomes Fahren entstehen</p>

SPD	<p><b>Bildungsfreistellung:</b> gesetzlicher Anspruch auf Bildungsfreistellung (fünf Tage pro Jahr)</p> <p><b>Ökologische Landwirtschaft:</b> Anteil ökologisch produzierender Betriebe weiter erhöhen; Landwirte, die sich über den gesetzlichen Rahmen hinaus für ökologische Ziele engagieren, sollen besondere Fördermittel erhalten; Netzwerke zur regionalen Vermarktung stärken; Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf absolut notwendiges Mindestmaß reduzieren; zügiger Glyphosat-Ausstieg (schrittweise)</p>
AfD	<p><b>Ländliche Räume:</b> Wiederbelebung als zentrales Politikziel: Einrichtung des Ministeriums für den Ländlichen Raum (aus dem bisherigen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt); Mittelstand, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft als Wirtschaftsfaktoren; Schulstandorte erhalten; wohnortnahe medizinische Grundversorgung und Ausbau Telemedizin; flächendeckendes schnelles Internet; ÖPNV verbessern</p> <p><b>Braunkohle:</b> weitere Nutzung einheimischer Braunkohle zur Energiegewinnung, solange es keine konkurrenzfähigen Alternativen gibt, sich diese Energiequelle rentiert und die Menschen in der Region mit dem Abbau der Braunkohle bzw. der Erschließung neuer Tagebaue einverstanden sind</p> <p><b>Grundeinkommen:</b> (—)</p> <p><b>Mindestlohn:</b> Beibehaltung des Mindestlohns</p> <p><b>E-Mobilität, autonomes Fahren:</b> derzeitiger Wechsel zur Elektromobilität ist erzwungen; Elektroauto ist wegen unzureichender Akkumulatoren momentan nicht ökonomisch sinnvoll einsetzbar; Ausnahme: Nischeneinsätze im Stadtverkehr</p> <p><b>Bildungsfreistellung:</b> (—)</p> <p><b>Ökologische Landwirtschaft:</b> sowohl konventionelle als auch ökologische Landwirtschaft haben Märkte; ideologische Zielquote für Ökolandbau ist abzulehnen; kontrollierter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln</p>
Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Ländliche Räume:</b> Förderung der Land- und Forstwirtschaft als wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum; Investitionen in Attraktivität der Regionen, in Kultur, Bildung, Sport, Freizeit (u.a. Förderung von Rad- und naturverträglichem Tourismus); Lücken im Bahnnetz durch Busverbindungen schließen, Förderprogramm für vertaktete Schnellbus-Linien; neu eingeführte Portalpraxen auch in medizinischen Versorgungszentren ermöglichen für bessere Not- und Nachtdienste</p> <p><b>Braunkohle:</b> Kohleausstieg ist Realität; keine neuen Tagebauerweiterungen; keine klimapolitischen „Taschenspielertricks“ zur Offenhaltung von Braunkohletagebauen unter Umgehung der Energiewende; vielfältige Abhängigkeiten von der Braunkohleindustrie strategisch in einer Weise auflösen, die bezahlbare Energieversorgung ebenso sichert wie Arbeitsplätze</p> <p><b>Grundeinkommen:</b> finanziell zu fördernde „Zukunftsplattform soziale Innovation“ umfasst u.a. Modelle der Grundsicherung einschließlich Erprobung von Grundeinkommensmodellen</p> <p><b>Mindestlohn:</b> Angleichung des Mindestlohns so, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können</p> <p><b>E-Mobilität, autonomes Fahren:</b> sächsische Dachorganisation der regionalen Verkehrszweckverbände soll u.a. Elektromobilität begleitend koordinieren</p> <p><b>Bildungsfreistellung:</b> Bildungsfreistellungsgesetz soll Arbeitnehmern innerhalb von zwei Jahren zehn Tage Freistellung zur Weiterentwicklung ermöglichen</p> <p><b>Ökologische Landwirtschaft:</b> verstärkte Bindung eines Teils der landwirtschaftlichen Fördermittelvergabe an ökologische Kriterien; auf Bundesebene Eintreten für Pestizidabgabe zur Senkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und für schnelles europaweites Verbot des Glyphosat-Einsatzes</p>



## Landshaushalt, Finanzen

CDU	<p><b>Landshaushalt, Schulden:</b> Fortsetzung solider und nachhaltiger Finanzpolitik; Tilgung der Staatsschulden; Festhalten an „Schwarzer Null“</p> <p><b>Öffentlicher Dienst, Personal:</b> starker öffentlicher Dienst als Standortvorteil; Sicherung der Nachwuchsgewinnung</p> <p><b>Kommunale Finanzen:</b> auskömmliche Grundlastfinanzierung im Finanzausgleichsgesetz fördert Selbständigkeit kleiner Kommunen</p>
DIE LINKE	<p><b>Landshaushalt, Schulden:</b> Regieren mit solider Haushaltspolitik und stabilen Finanzen</p> <p><b>Öffentlicher Dienst, Personal:</b> verlässliche Personalplanung durch einen mit Gewerkschaften und Interessenvertretungen der Beschäftigten rechtzeitig zu schließenden Demografie-Tarifvertrag</p> <p><b>Kommunale Finanzen:</b> finanzielle Belastung von Kommunen (einschl. Förderbürokratie) abbauen; starke regionale Kooperationen zwischen den Gemeinden</p>
SPD	<p><b>Landshaushalt, Schulden:</b> handlungsfähiger Staat mit genügend Mitteln für Personal und Investitionen kann Hand in Hand mit solider Finanzpolitik gehen; Tilgung der Staatsschulden fortsetzen, ohne Sparen zum Selbstzweck zu erheben</p> <p><b>Öffentlicher Dienst, Personal:</b> verfehlter Stellenabbau im Öffentlichen Dienst wurde seit 2014 beendet; jede frei werdende Stelle wurde wiederbesetzt, zahlreiches zusätzliches Personal in fast allen Bereichen eingestellt</p> <p><b>Kommunale Finanzen:</b> Bejahung des bewährten sächsischen Finanzausgleichs (FAG); Kommunen sollen in weit höherem Maße pauschale Mittel erhalten, über deren Verwendung sie frei entscheiden</p>
AfD	<p><b>Landshaushalt, Schulden:</b> sämtliche Ausgaben – außer jene für Bildung und für Innere Sicherheit – überprüfen zur Vermeidung von Neuverschuldung; Schuldenbremse war einzige positive Vision bisheriger Politik</p> <p><b>Öffentlicher Dienst, Personal:</b> Behörden insbesondere beim Führungspersonal verschlanken, u.a. Verschmelzung von Wissenschafts- und Kultusministerium zum Landesbildungministerium</p> <p><b>Kommunale Finanzen:</b> Verbesserung der Finanzkraft der Landkreise und der ländlichen Kommunen durch Anhebung der Schlüsselzuweisungen für ländliche Kommunen; Landesfinanzausgleich reformieren (Bemessung auch an zu unterhaltender Fläche); Abschaffung der Grundsteuer und Ausgleich durch höhere Zuweisungen an Kommunen</p>
Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Landshaushalt, Schulden:</b> mehr Transparenz im Landshaushalt; Kritik: Großteil der sächsischen Schulden ist in Beteiligungen ausgelagert und damit verschleiert</p> <p><b>Öffentlicher Dienst, Personal:</b> mehr Personal: Entwicklung eines zukunftsweisen-den Konzepts für gesamte sächsische Verwaltung mit verbindlicher mittel- und langfristiger Aufgabenplanung</p> <p><b>Kommunale Finanzen:</b> Reform hin zum bedarfsorientierten kommunalen Finanzausgleich unter Einschluss u.a. eines ökologischen Lastenausgleichs</p>



## Schulpolitik

CDU	<p><b>Schulsystem:</b> gegliedertes Schulsystem soll bestehen bleiben  <b>Lehrkräfte:</b> Verbeamtung von Lehrern und Gleichstellung aller Schularten bei Eingruppierung der Gehälter hat sächsischen Schuldienst im Vergleich zu anderen Bundesländern wieder wettbewerbsfähig gemacht  <b>Digitales Klassenzimmer:</b> bis 2024 alle Schulen mit schnellem Internet ausstatten  <b>Kopfnoten, Nichtversetzung:</b> Noten und Kopfnoten gehören zur Schule; Wiederholen eines Jahrganges soll weiterhin möglich sein</p>
DIE LINKE	<p><b>Schulsystem:</b> Gemeinschaftsschule einführen  <b>Lehrkräfte:</b> Problem der Lehrkräfteausstattung eiligst durch Griff in die Kasse auflösen; Irrweg der Lehrerverbeamtung soll zurückgenommen werden: keine Verlängerung über 2023 hinaus; Wiederbegündung von Pädagogischen Hochschulen zur Lehrerausbildung; Lernen in kleinen Klassen von maximal 20 Schülern in allen Klassenstufen  <b>Digitales Klassenzimmer:</b> flächendeckende Versorgung mit WLAN an allen Schulen, Einsatz von Medienpädagogen  <b>Kopfnoten, Nichtversetzung:</b> Kopfnoten abschaffen</p>
SPD	<p><b>Schulsystem:</b> Gemeinschaftsschulen wieder einführen: sie fördern binnendifferenzierten Unterricht  <b>Lehrkräfte:</b> Schulen brauchen mehr Personal, neben pädagogischen Fachkräften auch Inklusionsassistenten, Förderpädagogen, Schulsozialarbeiter; mit der Lehrerbedarfssplanung deutlich mehr Lehrerstellen als heute festschreiben; es wird Stufenausbildung angestrebt, mit der künftige Lehrkräfte in verschiedenen Schularten unterrichten können  <b>Digitales Klassenzimmer:</b> digitalisierter Unterricht bietet große Chancen für binnendifferenzierten Unterricht und individuelle Förderung  <b>Kopfnoten, Nichtversetzung:</b> (—)</p>
AfD	<p><b>Schulsystem:</b> mehrgliedriges Schulsystem erhalten (Studien belegen Überlegenheit des differenzierten Schulsystems); trotz hohen Umstellungsaufwandes Offenheit gegenüber längerem gemeinsamen Lernen bis Klasse 6; Verschmelzung von Wissenschafts- und Kultusministerium zum Landesbildungministerium  <b>Lehrkräfte:</b> Massenimmigration und Familiennachzug verschärfen Lehrermangel  <b>Digitales Klassenzimmer:</b> E-Learning ist Geldverschwendug und verbessert Leistungen der Schüler nicht; Gebrauch von Mobiltelefonen und Tablets an Schulen ist zu beschränken; moderne digitale Ausstattung lediglich für Informatikunterricht und für Berufsausbildung in technischen Fächern  <b>Kopfnoten, Nichtversetzung:</b> (—)</p>
Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Schulsystem:</b> Gemeinschaftsschulen sollen längeres gemeinsames Lernen überall dort ermöglichen, wo Schule und Schulträger sich dafür entscheiden; an Gymnasien, Oberschulen und Gemeinschaftsschulen sollen gleichberechtigt alle schulischen Abschlüsse einschließlich des Abiturs erworben werden können  <b>Lehrkräfte:</b> mehr Lehrer durch mehr Wertschätzung und faire Vergütung, die angestellte Lehrkräfte nicht schlechter stellt als verbeamtete Kollegen; Lehrkräfte sollen sich direkt an Schulen bewerben und von diesen eingestellt werden können  <b>Digitales Klassenzimmer:</b> Investitionsoffensive 2022 für digitale Technik an allen Schulen; digitale Kompetenzentwicklung der Lehrkräfte in Fachdidaktik der Lehrausbildung verankern  <b>Kopfnoten, Nichtversetzung:</b> gezielte individuelle Förderung kann Nichtversetzung in das nächste Schuljahr (Sitzenbleiben) überflüssig machen</p>

## Demokratie und Innere Sicherheit

CDU	<p><b>Polizei, Personalausstattung:</b> 525 zusätzliche Polizisten werden in den nächsten zwei Jahren eingestellt; bis 2024 diese Zahl noch einmal verdoppeln; Streifen-dienst in den Revieren erhöhen, um Polizeipräsenz vor Ort zu stärken</p> <p><b>Kennzeichnungspflicht für Polizisten:</b> (—)</p> <p><b>Polizistenausbildung, antirassistische Sensibilisierung:</b> weiterhin deutlich gegen Rechtsextremismus Stellung beziehen; staatliche Institutionen im konsequenten Vorgehen gegen radikale und rechtswidrige Taten bestärken</p> <p><b>Videoüberwachung, Gesichtserkennung:</b> Nutzung intelligenter Videoüberwa-chungssysteme, um Straftäter schneller zu identifizieren; Einsatz moderner Gesichtserkennungssysteme zu Fahndungszwecken prüfen</p> <p><b>Offener Strafvollzug:</b> (—)</p> <p><b>Grenzkontrollen:</b> vorübergehende Grenzkontrollen, wenn diese für Sicherheit in Sachsen erforderlich sind; Polizei soll mehr verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen – auch zusammen mit tschechischen und polnischen Polizeibeamten</p> <p><b>Direkte Demokratie:</b> Volkseinwand gegen vom Landtag beschlossene Gesetze einführen</p> <p><b>Landesamt für Verfassungsschutz:</b> Unterstützung des Verfassungsschutzes in jetziger Struktur; personelle Stärkung des Amtes</p> <p><b>Wahlalter:</b> (—)</p>
DIE LINKE	<p><b>Polizei, Personalausstattung:</b> bessere bauliche und technische Infrastruktur sowie mehr Personal erforderlich</p> <p><b>Kennzeichnungspflicht für Polizisten:</b> gesetzlich bestimmte Kennzeichnungs-pflicht an der Dienstkleidung soll eingeführt werden, die aber Datenzugriff Dritter ausschließt</p> <p><b>Polizistenausbildung, antirassistische Sensibilisierung:</b> konzentriert und konti-nuierlich gegen verfassungsfeindliche, rassistische und menschenverachtende Einstellungen innerhalb der Behörden vorgehen; Ausbildung umstrukturieren</p> <p><b>Videoüberwachung, Gesichtserkennung:</b> flächendeckende anlasslose Videoüber-wachung wird ebenso ausgeschlossen wie Einführung von automatisierter Ge-sichtserkennungs- und Trackingsoftware</p> <p><b>Offener Strafvollzug:</b> Strafvollzug modernisieren; in weit größerem Maße als bisher auf Formen des offenen und freien Vollzugs setzen</p> <p><b>Grenzkontrollen:</b> (—)</p> <p><b>Direkte Demokratie:</b> direkte Demokratie stärken: Beteiligungsformen ausbauen und Beteiligungsquoten für Volksbegehren und Volksanträge senken</p> <p><b>Landesamt für Verfassungsschutz:</b> Sächsischer Verfassungsschutz ist hoch pro-blematisch; Öffentlichkeitsarbeit über den Verfassungsschutzbericht und politi-sche Bildungsarbeit im Sinne der Extremismustheorie sollen beendet werden</p> <p><b>Wahlalter:</b> Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre</p>
SPD	<p><b>Polizei, Personalausstattung:</b> nötiger Personalaufwuchs der Polizei wurde auf den Weg gebracht; Einstellungskorridor von 700 Anwärtern beibehalten; Präsenz in der Fläche ist wichtig</p> <p><b>Kennzeichnungspflicht für Polizisten:</b> Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte wird angestrebt</p> <p><b>Polizistenausbildung, antirassistische Sensibilisierung:</b> angesichts der Fälle von klarem Fehlverhalten von einzelnen Polizeibediensteten in den letzten Jahren: mehr Aus- und Fortbildung, v.a. in den Bereichen politische Bildung, Interkulturali-tät und Berufsethik</p> <p><b>Videoüberwachung, Gesichtserkennung:</b> (—)</p> <p><b>Offener Strafvollzug:</b> offener Vollzug wird in Sachsen weniger als im Bundesdurch-schnitt genutzt, erweist sich aber wegen besserer Möglichkeiten der Wiederein-gliederung als besonders wirksam für die Resozialisierung; ist auch kostengüns-tiger als geschlossener Vollzug, daher: Zahl der Haftplätze im offenen Vollzug erhöhen</p>

SPD	<p><b>Grenzkontrollen:</b> Weiterführung grenzüberschreitender Streifen soll Sicherheit an Grenzen verbessern</p> <p><b>Direkte Demokratie:</b> Quorum für Volksantrag auf ein Prozent der Stimmberechtigten senken, Quorum für Volksbegehren auf fünf Prozent senken; Verzahnung parlamentarischer Gesetzgebung und direkter Demokratie: Volksanträge sollen im Landtag gemeinsam mit Antragstellern weiterentwickelt werden können</p> <p><b>Landesamt für Verfassungsschutz:</b> Bekenntnis zum Verfassungsschutz; Kontrolle des Verfassungsschutzes weiter verbessern und Parlamentarische Kontrollkommission in öffentlich tagenden Ausschuss umwandeln</p> <p><b>Wahlalter:</b> Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre</p>
AfD	<p><b>Polizei, Personalausstattung:</b> Personaldecke der Polizei verstärken; verstärkte ortsnahen Präsenz von Polizeidienststellen, v.a. im ländlichen Raum</p> <p><b>Kennzeichnungspflicht für Polizisten:</b> (—)</p> <p><b>Polizistenausbildung, antirassistische Sensibilisierung:</b> (—)</p> <p><b>Videoüberwachung, Gesichtserkennung:</b> polizeiliche Videoüberwachung nicht stigmatisieren, aber nur im Interesse des Bürgers und maßvoll einsetzen</p> <p><b>Offener Strafvollzug:</b> Lockerungen und Urlaube im Strafvollzug nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft möglich</p> <p><b>Grenzkontrollen:</b> deutliche Stärkung der sichtbaren Polizeipräsenz in grenznahen Regionen</p> <p><b>Direkte Demokratie:</b> (Einbeziehung der Bürger, gegebenenfalls über Bürgerentscheide, wird lediglich bezüglich der Frage des Baus von Moscheen gefordert)</p> <p><b>Landesamt für Verfassungsschutz:</b> effizient und unabhängig agierender Verfassungsschutz wird benötigt</p> <p><b>Wahlalter:</b> (—)</p>
Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Polizei, Personalausstattung:</b> mehr Personal; durchdachtes Personalkonzept, das dauerhaft dazu führt, dass in schwierigen Einsatzlagen angemessen reagiert werden kann; wieder mehr Polizeireviere in der Fläche eröffnen</p> <p><b>Kennzeichnungspflicht für Polizisten:</b> Kennzeichnungspflicht für Polizisten im Einsatz einführen</p> <p><b>Polizistenausbildung, antirassistische Sensibilisierung:</b> „Demokratische Bildung“ als Fach in der Polizeiausbildung stärken, um antidemokratischen Tendenzen in der Polizei entgegenzuwirken; interkulturelle Kompetenz zum Thema verpflichtender Weiterbildungen und zur Voraussetzung für Beförderungen machen</p> <p><b>Videoüberwachung, Gesichtserkennung:</b> Ablehnung von Videoüberwachung und Gesichtserkennung im öffentlichen Raum; Sicherheitsbehörden sollen verpflichtet werden, betroffene Personen regelmäßig und von sich aus über gespeicherte Daten zu informieren</p> <p><b>Offener Strafvollzug:</b> Unterbringung im offenen Vollzug bei Erstinhaftierten zur gesetzlichen Regel machen und bei Freiheitsstrafen unter einem Jahr vorschreiben</p> <p><b>Grenzkontrollen:</b> Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu europäischen Nachbarländern wird als Angriff auf die Werte Europas abgelehnt</p> <p><b>Direkte Demokratie:</b> Hürden für Volksanträge und Volksbegehren deutlich senken: für Volksanträge sollen 35.000 Unterstützungsunterschriften ausreichen; Volksentscheide auch gegen vom Landtag verabschiedete Gesetze ermöglichen</p> <p><b>Landesamt für Verfassungsschutz:</b> Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz; Gründung einer neuen Behörde zur Terrorabwehr mit weniger Personal</p> <p><b>Wahlalter:</b> Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre senken</p>



## Zuwanderung und Asyl

<b>CDU</b>	<p><b>Migration und Integration:</b> gesteuerte Migration; dauerhaft im Land bleibeberechtigte Zuwanderer sollen in Sachsen eine von ihnen geschätzte Heimat finden und sich in unsere Gesellschaft und in deren Rahmen- bzw. Leitkultur integrieren</p> <p><b>Abschiebung, Abschiebehaft:</b> Diejenigen, die keine Bleibeberechtigung haben oder schwere Straftaten begehen, müssen das Land wieder verlassen</p>
<b>DIE LINKE</b>	<p><b>Migration und Integration:</b> Migrationsberatungsstellen und Flüchtlingssozialarbeit stärken; Förderung von Projekten für Miteinander und Toleranz in den Kommunen; auf Bundesebene Einsatz für Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes</p> <p><b>Abschiebung, Abschiebehaft:</b> Sachsen soll Einrichtung und den Betrieb von Abschiebehaftanstalten sofort einstellen; Praxis der Abschiebehaft ist prinzipiell abzulehnen</p>
<b>SPD</b>	<p><b>Migration und Integration:</b> „Spurwechsel“ vom Asylverfahren in die Fachkräftezuwanderung rasch ermöglichen; DaZ-Gruppen (Deutsch als Zweitsprache) an allen Schulstandorten einrichten und mit zusätzlichen Ressourcen unterstützen</p> <p><b>Abschiebung, Abschiebehaft:</b> (—)</p>
<b>AfD</b>	<p><b>Migration und Integration:</b> gegen Missbrauch des Asylrechts; Migranten sollen sich integrieren: Verbot religiöser Gesichts- bzw. Vollverschleierung im öffentlichen Raum; geschützte Außengrenzen, denn freie Migration in Verbindung mit Sozialstaat zieht statt Fachkräften v.a. Gering- und Unqualifizierte an; Durchsetzung des Sachleistungsprinzips für Asylbewerber; flächendeckende nächtliche Ausgangskontrollen in Asylunterkünften; Residenzpflicht von Asylbewerbern; Ablehnung von Minaretten und Moscheen in sächsischen Dörfern und Städten; auch ohne sie ist freie Religionsausübung für Muslime in Sachsen gewährleistet; Bekenntnis zur Religionsfreiheit nach Artikel 4 GG</p> <p><b>Abschiebung, Abschiebehaft:</b> Asylverfahren beschleunigen und Abschiebungen konsequent umsetzen, um falsche Zuwanderungsanreize zu beseitigen und hohe Kosten der Prüfungsverfahren zu reduzieren; Zahl der Abschiebehaftplätze in Sachsen von derzeit ca. 45 auf mindestens 350 erhöhen</p>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<p><b>Migration und Integration:</b> aktive Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, v.a. mehr öffentliche Beschäftigung und mehr spezifische Aus- und Weiterbildungskonzepte im Handwerk; schulische „Vorbereitungsklassen“ hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen; Lehrer unterstützen</p> <p><b>Abschiebung, Abschiebehaft:</b> genereller Abschiebestopp in Krisen- und Kriegsgebiete und Winterabschiebestopp; bei bevorstehenden Abschiebungen muss grundsätzlich auf Haft verzichtet werden; „Ankerzentren“ werden abgelehnt, ebenso Massenunterkünfte, in denen Geflüchtete ohne Kontakt nach außen festgehalten werden</p>

## Soziales und Familie

CDU	<p><b>Mieten und sozialer Wohnungsbau:</b> Wohnungsbau ist der beste Mieterschutz und das beste Mittel gegen ausufernde Mietpreise; Bau von Sozialwohnungen soll verstetigt werden, um v. a. in wachsenden Städten eine Antwort auf stark zunehmende Wohnraumnachfrage zu geben und einkommensschwache Mieter zu entlasten</p> <p><b>Frauenanteil in Führungspositionen:</b> Sächsisches Gleichstellungsgesetz mit Augenmaß; Zahl von Frauen in politischen Führungsgremien, Ämtern und Mandaten sowie in Führungspositionen der öffentlichen Verwaltung erhöhen; dafür passgenaue und wirksame Nachwuchs- und Führungskräfteförderprogramme auf den Weg bringen</p> <p><b>Traditionelles Familienbild und geschlechtliche Vielfalt:</b> Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft.</p>
DIE LINKE	<p><b>Mieten und sozialer Wohnungsbau:</b> Mietpreisbremse und Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum; Milieuschutzzsätze, um Luxussanierungen einzudämmen; sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau „neu starten“, kommunale Wohnungsgeellschaften stärken, mindestens 20.000 Wohnungen müssen jährlich entstehen; sachsenweite Privatisierungsbremse gesetzlich verankern</p> <p><b>Frauenanteil in Führungspositionen:</b> verbindliche 50-Prozent-Quote einführen, um Frauenanteil in Spitzenpositionen in Behörden, Verwaltungen und bei anderen öffentlichen Arbeitgebern zu erhöhen</p> <p><b>Traditionelles Familienbild und geschlechtliche Vielfalt:</b> Gesellschaft bietet Platz für unterschiedlichste Lebensentwürfe und Liebesweisen; familiäres Zusammenleben in jeder Form erleichtern; Bedeutung des Geschlechts als gesellschaftlich hierarchisierende Kategorie zurückdrängen</p>
SPD	<p><b>Mieten und sozialer Wohnungsbau:</b> Mietpreis- und Belegungsbindung verlängern; steigende Mieten eindämmen; Sachsen soll perspektivisch über einen stabilen Bestand von 25.000 Sozialwohnungen verfügen; Förderbedingungen für belebensgebundenen Mietwohnraum verbessern</p> <p><b>Frauenanteil in Führungspositionen:</b> Gleichstellung der Geschlechter verlangt, dass Frauen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sichtbar sein müssen; deswegen Schaffung eines Paritätsgesetzes auf Landesebene vorantreiben; Einsatz für eine bessere Frauenquote in Parlamenten und bei Führungspositionen</p> <p><b>Traditionelles Familienbild und geschlechtliche Vielfalt:</b> Ziel der Familienpolitik: für Eltern soll bei der Entscheidung über ihren Kinderwunsch allein der persönliche Wunsch ausschlaggebend sein; das Recht auch von Regenbogenfamilien zur Kindesadoption ist selbstverständlich; für eine Schule, die u.a. auch sexuelle Vielfalt thematisiert</p>
AfD	<p><b>Mieten und sozialer Wohnungsbau:</b> Festhalten am Wohngeld; privater sozialer Wohnungsbau muss durch Anreize für Investoren (u.a. Bürokratieabbau, erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten) unterstützt werden</p> <p><b>Frauenanteil in Führungspositionen:</b> gegen Gender-Quoten: Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei der Auswahl und Ausübung von Berufen sind kein Diskriminierungsbeweis; bei Stellenbesetzungen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden</p> <p><b>Traditionelles Familienbild und geschlechtliche Vielfalt:</b> Versuche sind abzulehnen, das traditionelle Familienbild zu beseitigen; keine Mittel mehr für „Genderwissenschaft“ bereitstellen; Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen; Schule: „Sexualpädagogik der Vielfalt“ stellt unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung der Kinder dar; ideologisches Experiment der Frühsexualisierung ist zu beenden</p>



<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<p><b>Mieten und sozialer Wohnungsbau:</b> dauerhaft bezahlbare Mieten sichern, Milieuschutz gegen Luxussanierungen ist anzustreben; mehr sozialer Wohnungsbau: Wohnungsbauprogramm mit jährlich 5.000 neuen oder sanierten Sozialwohnungen</p> <p><b>Frauenanteil in Führungspositionen:</b> durch verbindliche Zielstellungen und aktive Personalsuche erreichen, dass Frauen auch in leitenden Positionen stärker vertreten sind; die Hälfte der Macht den Frauen geben: Gremien öffentlich-rechtlicher Institutionen und Aufsichtsräte sowie Beiräte der in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmen paritätisch mit Frauen und Männern besetzen; um Parität im Landtag und in den Kommunalparlamenten zu erreichen, ist eine verfassungskonforme Änderung des Wahlrechts anzustreben</p> <p><b>Traditionelles Familienbild und geschlechtliche Vielfalt:</b> Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, egal ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien; schulische Lehrpläne anpassen und Schulaufklärungsprojekte zu sexueller Vielfalt fördern</p>
------------------------------	--

## Energie, Verkehr, Umwelt

<b>CDU</b>	<p><b>Erneuerbare Energien:</b> Kohle- und Gasverstromung sollen auf dem Weg zur vollständig wertschöpfenden Energieversorgung durch Erneuerbare Energien als Brückentechnologien zur Verfügung stehen; im Bund ist darauf hinzuwirken, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien stärker technologieoffen, marktwirtschaftlich orientiert, sozialverträglich erfolgt; Umbau der Energieversorgung muss bei Verbraucherinnen und Verbrauchern auf Akzeptanz stoßen</p> <p><b>Verkehr, ÖPNV:</b> ÖPNV verbessern; Investitionen in neue, innovative und bürgerfreundliche Busse; einfache Ticketstrukturen durch das Sachsenticket schaffen; alle Regionen Sachsen sollen auf leistungsfähigen Schienenanbindungen erreicht werden; bessere grenzüberschreitende Schienenverkehrsverbindungen werden angestrebt; generelles Tempolimit auf sächsischen Autobahnen wird abgelehnt</p> <p><b>Wolf-Bejagung:</b> Bundesumweltministerium soll Entnahmeregelungen und Möglichkeiten der Bestandsregulierung von Wölfen verabschieden, die auch Entschädigungen für den Schutz vor Wolfsangriffen vorsehen</p>
<b>DIE LINKE</b>	<p><b>Erneuerbare Energien:</b> Ausbau erneuerbarer Energieträger zur Strom- und Wärmeerzeugung soll massiv gefördert werden; für Energiewende wird auf Sonne, Wind, Biomasse, Wasser und Erdwärme gesetzt, um den Energieträger Kohle abzulösen; ökologisch sinnvoller Mix aus verschiedenen Energieformen soll erreicht werden; modernes Klimaschutzgesetz für Sachsen soll aufgelegt werden</p> <p><b>Verkehr, ÖPNV:</b> Stärkung des ÖPNV; neues Landesamt für nachhaltige Mobilität (bisher Landesamt für Straßenbau und Verkehr) soll ÖPNV zentral organisieren; einheitlichen sachsenweiten Verkehrs- und Tarifverbund mit dezentraler Verkehrsplanung schaffen; Tarifziele: landesweites Azubi- und Ausbildungsticket und Sozialticket für einkommensschwache Menschen, unentgeltliche Schülerbeförderung; Ausbau des Schienennetzes sowie Modernisierung und Elektrifizierung; Ausweitung von Geschwindigkeitsbegrenzungen innerhalb von Ortschaften soll geprüft werden</p> <p><b>Wolf-Bejagung:</b> Konflikte im Zusammenleben mit geschützten tierischen Rückkehrern müssen aushalten werden („Willkommen Wolf“); wirksamer Schutz von Weidetieren; Weidetierprämie für Schafe, Ziegen und Rinder</p>

SPD	<p><b>Erneuerbare Energien:</b> Nutzung von Sonne, Wind und Wasser zur Energiegewinnung weiter stärken; bis 2050 den Energiebedarf Sachsen's vollständig aus erneuerbaren Quellen decken; Klimaschutz als Staatsziel in die sächsische Verfassung aufnehmen; benötigt wird eine bedarfsgerechte Ausweisung von Vorrang- und Eignungsgebieten u.a. für Wind- und Solarparks; inzwischen zurückgenommener Abstandserlass hat den Windradausbau behindert</p> <p><b>Verkehr, ÖPNV:</b> ÖPNV soll weiter gestärkt werden; mit einem einheitlichen Sachsentarif sollen die Menschen in ganz Sachsen bezahlbar mobil sein; ein kostengünstiges Azubi-Ticket wird ebenso eingeführt wie ein entfernungsunabhängiges Bildungsticket für alle Schüler; zersplitterte sächsische ÖPNV-Landschaft soll überwunden und eine einheitliche Landesverkehrsgesellschaft – die Sächsische Mobilitätsgesellschaft – gegründet werden; Reaktivierung von Bahnstrecken im Rahmen der Möglichkeiten zur besseren Verknüpfung des ländlichen Raums mit den Oberzentren; mehr Güterverkehr auf die Schiene; Geschwindigkeitsbegrenzungen, wo ein besserer Verkehrsstau dies erfordert</p> <p><b>Wolf-Bejagung:</b> Wolfsansiedlung ist gut; einzelne Problemwölfe müssen getötet werden dürfen; beschlossene Wolfsverordnung stellt vernünftige Balance zwischen allen Interessen her</p>
AfD	<p><b>Erneuerbare Energien:</b> Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG); es gibt keinen Nachweis, dass die anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen einen relevanten Einfluss auf die Entwicklung der Durchschnittstemperatur haben, daher entfällt Notwendigkeit für eine gesetzliche Bevorzugung von Energieformen wie Wind und Solar gegenüber der Kohle- und Gasverstromung; Einspeiseprivilegien für Wind-, Solar- und Bioenergie sind abzuschaffen; keine weiteren Windkraftanlagen in Sachsen gegen den Willen der Bürger in den betroffenen Kommunen</p> <p><b>Verkehr, ÖPNV:</b> gut vernetzter ÖPNV mit kostenfreien Schüler-, Auszubildenden- und Seniorentickets; Umsetzung verbundübergreifender Bildungstickets wird fortgeführt; Organisation und Bestellung des regionalen Eisenbahnnahverkehrs bei den fünf kommunalen Zweckverbänden entspricht dem Ansatz, Entscheidungen soweit wie möglich vor Ort zu treffen; massive Investitionen in das sächsische Straßen- und Schienennetz, um erforderlichen Kapazitäten zur Bewältigung des ständig wachsenden europäischen Transitverkehrs zu schaffen; Schienennetz ist so auszubauen, dass die durchschnittliche Transportgeschwindigkeit von Gütern mit derjenigen des Güterverkehrs auf Straßen konkurrenzfähig wird; in die weitere Elektrifizierung und Beschleunigung des sächsischen Schienennetzes investieren</p> <p><b>Wolf-Bejagung:</b> Aufhebung des besonderen Wolfsschutzes, da der Wolf nicht mehr vom Aussterben bedroht ist; Festlegung von Wolfskerngebieten in dünn besiedelten Gebieten; Weidetierverluste durch Wolfsrisse sind vollumfänglich zu erstatten</p>



Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Erneuerbare Energien:</b> erneuerbare Energien müssen massiv vorangebracht werden und sind Basis des künftigen sächsischen Energiemixes: hocheffiziente Gaskraftwerke, möglichst mit Kraft-Wärme-Kopplung, ergänzen die Energie aus Sonne und Wind; Energiewende muss endlich auch zur Klimawende werden; mehr Nutzung von Windenergie mit dem Ziel, ein bis zwei Prozent der Landesfläche als Windenergieläche auszuweisen; Ausbau soll landschafts- und naturverträglich sowie mit gesellschaftlicher Akzeptanz erfolgen (u.a. Siedlungsabstandsflächen)</p> <p><b>Verkehr, ÖPNV:</b> Einführung einer Mobilitätsgarantie: mindestens Stundentakt-Anbindung (Zug, Bus, S-Bahn oder Anruf-Sammeltaxi) für ganz Sachsen von 5 Uhr früh bis Mitternacht; ÖPNV-Finanzreform: Einführung eines sachsenweiten Tickets für alle Menschen in Ausbildung; perspektivisches Ziel: 365-Euro-Jahresticket für alle Sachsen; Reduzierung der Zahl der Zweckverbände von fünf auf drei; dazu sächsische Dachorganisation für verbandsübergreifende landesweite Aufgaben; Verkehrswende, u.a. mehr Investitionen in den Schienenverkehr: Ausbau von Strecken; Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken (z.B. Döbeln - Meißen); landesweiter Stundentakt auf allen Bahnstrecken bis zum Jahr 2025; auf Bundesebene Eintritt für ein generelles Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen; innerstädtisch i.d.R. 30km/h</p> <p><b>Wolf-Bejagung:</b> Bekenntnis zum Schutz des Wolfes; Abschüsse nur als letztes Mittel in besonderen Einzelfällen; trotz Präventionsmaßnahmen durch Wolfsrisse entstandene Schäden werden vollständig ausgeglichen</p>
-----------------------------	---

## 2.4. Die Strukturen, Organe, Mitglieder und Finanzen der sächsischen Parteien

Die Parteien legen auf Landesebene ihre Grundordnung und ihre strukturelle Untergliederung in einer Satzung (z. B. CDU) bzw. einem Statut (z. B. SPD) schriftlich nieder. Darin werden die Parteiorgane – mindestens Landesparteitag und Landesvorstand als höchste beschließende bzw. ausführende Parteiorgane – definiert und ihre Rechten und Pflichten festgelegt. Außerdem werden Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft beschrieben, die organisatorischen Untergliederungsstufen sowie weitere Gremien und Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüsse und Sonderorganisationen auf Landesebene benannt. Entweder im Hauptdokument oder in beigefügten Ergänzungsdokumenten (z. B. Wahlordnung, Verfahrensordnung, Finanz- und Beitragsordnung) werden weitere Fragen – von der Parteifinanzierung (einschließlich Mitgliedsbeiträgen) über den Modus bei Kandidatenaufstellungen für öffentliche Ämter bis hin zu Parteiausschlussverfahren – geregelt.

Oft wird in diesen Dokumenten auf das Parteiengesetz des Bundes sowie auf das Sächsische Wahlgesetz verwiesen, deren Bestimmungen – unter anderem über innerparteiliche Demokratie, finanzielle Rechenschaftspflicht, Verfahren bei Kandidatenaufstellungen – auf die Landesebene zu übertragen seien. Teilweise wird auch auf die Organisationsstatuten der jeweiligen Mutterpartei auf Bundesebene verwiesen, soweit darin enthaltene Bestimmungen auf Landesebene analoge Anwendung finden (etwa betreffs der Wahlordnungen).

Hingegen werden in den Statuten der Landesparteien weder die parteinahen politischen Stiftungen noch – sofern überhaupt vorhanden – die Parlamentsfraktionen erwähnt, da es sich dabei um gänzlich eigenständige juristische Personen handelt. In der Praxis bestehen natürlich auch zu diesen Organisationen enge Verbindungen und personelle Verflechtungen.

#### **2.4.1. Parteistrukturen, Organe und Mitglieder**

Das Parteiengesetz des Bundes und das Sächsische Wahlgesetz geben den Parteien organisationsstrukturelle Mindeststandards vor. So müssen die Parteien und ihre Gebietsverbände (gemäß § 8 und 9 PartG) regelmäßige Mitgliederversammlungen oder – ab der Kreisebene aufwärts – Vertreterversammlungen (d.h. Parteitage) als höchste Beschlussgremien einberufen. Die Gliederungsebenen müssen jeweils über berichts- und rechenschaftspflichtige Vorstände verfügen, die aus mindestens drei Mitgliedern bestehen und mindestens alle zwei Jahre geheim gewählt werden. Der Vorstand auf Landesebene bildet – de facto gemeinsam mit einer Geschäftsstelle – die dauerhaft präsente exekutive Führungsebene einer Partei, wohingegen Parteitage nur punktuell zusammentreten. Der Vorstand führt u.a. die Tagesgeschäfte, bereitet politische Entscheidungen vor und hält Kontakte mit den gewählten politischen Mandatsträgern, wobei manche Wahl- und Parteämter (z.B. Abgeordnetenmandat und Parteivorstandsamt) ohnehin sehr häufig in Personalunion ausgeübt werden. Darüber hinaus schreibt das Parteiengesetz (§ 14) lediglich – von sonstigen Amtsinhabern unabhängig zu besetzende – parteiinterne Schiedsgerichte (meist Parteigericht oder Schiedskommission genannt) vor. Das Sächsische Wahlgesetz bestimmt zudem in §§ 21 bis 28 hinsichtlich der Aufstellung von Parteibewerbern für öffentliche politische Ämter (und somit bezüglich der Personalstellungsfunction der Parteien), dass für die Benennung von Wahlkreisbewerbern Mitgliederversammlungen bzw. allgemeine oder besondere Vertreterversammlungen auf den jeweiligen Gliederungsebenen durchzuführen sind. In der Praxis werden die Direktkandidaten (Wahlkreiskandidaten) einer Partei für Landtags- und Bundestagswahlen auf der Ebene der Kreisverbände bzw. der Wahlkreise gewählt, während über die Landeslisten auf einer besonderen



## Gesetz über die politischen Parteien [PartG], §§ 8, 9, 14: Organe, Parteitag, Schiedsgerichte

### § 8 Organe

(1) Mitgliederversammlung und Vorstand sind notwendige Organe der Partei und der Gebietsverbände. Durch die Satzung kann bestimmt werden, dass in den überörtlichen Verbänden an die Stelle der Mitgliederversammlung eine Vertreterversammlung tritt, deren Mitglieder für höchstens zwei Jahre durch Mitglieder- oder Vertreterversammlungen der nachgeordneten Verbände gewählt werden. Landesparteien ohne Gebietsverbände (§ 7 Abs. 1 Satz 4) können die Mitgliederversammlung durch eine Vertreterversammlung ersetzen, wenn sie mehr als 250 Mitglieder haben. Vertreterversammlungen können auch für Ortsverbände von mehr als 250 Mitgliedern oder mit großer räumlicher Ausdehnung gebildet werden.

(2) Die Satzung kann weitere der Willensbildung des jeweiligen Gebietsverbandes dienende Einrichtungen (Organe) vorsehen. Sie sind in der Satzung ausdrücklich als solche zu bezeichnen.

### § 9 Mitglieder- und Vertreterversammlung (Parteitag, Hauptversammlung)

(1) Die Mitglieder- oder Vertreterversammlung (Parteitag, Hauptversammlung) ist das oberste Organ des jeweiligen Gebietsverbandes. Sie führt bei Gebietsverbänden höherer Stufen die Bezeichnung „Parteitag“, bei Gebietsverbänden der untersten Stufe die Bezeichnung „Hauptversammlung“; die nachfolgenden Bestimmungen über den Parteitag gelten auch für die Hauptversammlung. Die Parteitage treten mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr einmal zusammen.

[...]

### § 14 Parteischiedsgerichte

(1) Zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung sind zumindest bei der Partei und den Gebietsverbänden der jeweils höchsten Stufe Schiedsgerichte zu bilden. Für mehrere Gebietsverbände der Kreisstufe können gemeinsame Schiedsgerichte gebildet werden.

(2) Die Mitglieder der Schiedsgerichte werden für höchstens vier Jahre gewählt. Sie dürfen nicht Mitglied eines Vorstandes der Partei oder eines Gebietsverbandes sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen. Sie sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.



Delegiertenkonferenz auf Landesebene abgestimmt wird. Abgesehen von diesen rechtlichen Vorgaben, sind die Parteien in der Ausgestaltung ihrer parteiinternen Strukturen weitgehend frei<sup>5</sup>. Neben dem Landesparteitag, dem Landesvorstand und den Parteigerichten bzw. Schiedskommissionen werden auf Landesebene oft für die Dauer einer Legislaturperiode ein Parteirat, eine Kontrollkommission sowie Fachausschüsse gebildet. Eine Landesgeschäftsstelle mit einem Landesgeschäftsführer übernimmt administrative und koordinierende Tätigkeiten. Darüber hinaus bilden die Parteien in der Regel eine Vielzahl an thematischen Arbeitsgemeinschaften, Vereinigungen und Sonderorganisationen.

## **Landesparteitag**

Das oberste Parteiorgan auf Landesebene ist der Landesparteitag. Ordentliche Landesparteitage finden bei größeren Parteien meist jährlich statt, müssen jedoch mindestens alle zwei Jahre einberufen werden. Es können oder müssen Außerordentliche Parteitage einberufen werden, wenn besondere Anlässe dies erfordern (z. B. Neuwahl nach Rücktritt des Parteivorsitzenden) oder wenn ein im Statut festgelegtes Quorum von Parteimitgliedern dies verlangt. Die Landesparteitage setzen sich zusammen aus einer im Statut (bzw. in der Satzung) festgelegten Anzahl von Delegierten der Kreisverbände (z. B. CDU: 200) bzw. Unterbezirke (z. B. SPD: 120), aus den stimmberechtigten Mitgliedern des amtierenden Landesparteivorstandes sowie bei manchen Parteien aus Vertretern parteiinterner Vereinigungen und Sonderorganisationen. Zu den Aufgaben des Landesparteitages zählen die Beschlussfassung über die Politik des Landesverbandes, die Wahl der Mitglieder des Landesvorstandes einschließlich der/des Parteivorsitzenden, die Entgegennahme von Berichten des Landesvorstandes und dessen Entlastung sowie die Wahl mindestens eines Teils der Delegierten zum Bundesparteitag. Der Landesparteitag entscheidet auch über Grundsatz- und Wahlprogramme, vor allem aber über die meist zahlreichen Anträge aus allen Gliederungsebenen der Partei zu allen Politikfeldern, die erst in umfangreichen Antragsbüchern und später in eben solchen Beschlussbüchern festgehalten werden. Die innerparteiliche Willensbildung findet durch Mehrheitsbeschluss statt.

---

<sup>5</sup> Zu den rechtlichen Mindestanforderungen an die Parteien vgl. auch die Kästen in Kapitel 2.1.



## Landesvorstand

Die politisch wichtigste Strukturgliederung einer Partei ist der vom Landesparteitag für maximal zwei Jahre gewählte Landesvorstand als höchstes parteiinternes Exekutivorgan. Der Landesvorstand (oder faktisch bei vielen Parteien das aus ihm heraus gebildete Teilgremium des „Geschäftsführenden Landesvorstandes“) vertritt den Landesverband nach außen und gegenüber dem Bundesverband der Partei. Innerhalb des Landesvorstandes kommt wiederum der/dem Landesparteivorsitzenden als „Parteichef“ die größte politische Bedeutung zu. Der Parteivorsitz kann auch durch mehrere Personen wahrgenommen werden, zum Beispiel durch eine „Doppelspitze“. Darüber hinaus werden mehrere Stellvertreter und oft ein Präsidium bzw. „geschäftsführender Landesvorstand“ gewählt, außerdem ein Schatzmeister sowie weitere Mitglieder aus den Untergliederungsebenen als Beisitzer. Einige Parteien wählen auf dem Landesparteitag außerdem zur Unterstützung des Landesvorstands aus dessen Mitte einen vom Parteivorsitzenden vorgeschlagenen und mit besonderer Verantwortung ausgestatteten Generalsekretär. Zu den Aufgaben des Landesvorstands gehören die politische und organisatorische Führung der Landespartei einschließlich der Koordinierung der Tätigkeit der Unterorganisationen, die Vorbereitung der Landesparteitage, die Durchführung der Beschlüsse der Landesparteitage, die Organisation von Wahlkämpfen, die Wahl des Landesgeschäftsführers, die Verabschiedung des Parteihauptsatzplans sowie die Vorbereitung der Listenvorschläge für die Delegiertenkonferenzen (d.h. Aufstellung der Kandidaten für die Landtags-, Bundestags- und Europawahlen).

## Delegiertenkonferenz zum Beschluss über Wahl-Listenvorschläge

Die Delegiertenkonferenzen sind punktuell zusammentretende Parteigremien auf Landesebene, bei denen über die Kandidatenreihenfolge auf der Landes-Parteiliste zu einer Landtags-, Bundestags- oder Europawahl abgestimmt wird. Dabei stellt jeweils der Landesparteivorstand im Benehmen mit den Kreisverbänden bzw. Parteigliederungen auf Wahlkreisebene (und unter Berücksichtigung von deren Nominierungen) einen Listenvorschlag zur Abstimmung. Die Delegiertenkonferenzen, die auch (offiziell) als „Landesvertreterversammlungen“ bzw. als „Wahlkonferenzen“ bezeichnet werden, sind in ihrer Zusammensetzung nicht notwendig völlig identisch mit jener der Landesparteitage (die Delegierten werden von den Kreis- bzw. Wahlkreis-Parteigliederungen bestimmt), werden aber in der Praxis aus Organisationsgründen einem Landesparteitag oft unmittelbar voran- oder nachgestellt.

Die einzeln aufgerufenen Abstimmungen über alle Positionen auf einem Listenvorschlag sind vor allem für diejenigen Parteien bedeutsam, die nicht erwarten können, dass die meisten ihrer Bewerber ohnehin über die Erststimme (d.h. als Direkt-

kandidaten im Wahlkreis) gewählt werden. Bei den Parteilisten setzen sich nämlich „von oben“ so viele Kandidaten als Gewählte durch, wie der Partei nach Feststellung des Zweitstimmen-Wahlergebnisses Sitze zustehen, und zwar nach Abzug der direkt gewählten Wahlkreisbewerber und unter Berücksichtigung von Überhang- und Ausgleichsmandaten. Da normalerweise mehr Parteimitglieder Mandatsträger werden wollen als eine Partei bei der Wahl Mandate gewinnt (und da die Bewerber fast immer von einer bestimmten Region, einer Arbeitsgemeinschaft oder einem „Parteiflügel“ unterstützt werden), kann es bei Listenabstimmungen über „aussichtsreiche Plätze“ zu innerparteilichen Kampfkandidaturen sowie gelegentlich zu überraschenden Abstimmungsergebnissen kommen. Solche Überraschungen versucht der Parteivorstand jedoch meist bereits im Vorfeld zu vermeiden, schon um keine Abstimmungsniederlage für den eigenen Listenvorschlag zu erleiden. Daher wird im Regelfall von vornherein auf den „soziologischen Proporz“ geachtet. So ist es bei manchen Parteien bereits gängige Praxis, dass Listenplätze immer abwechselnd mit einer Frau und einem Mann besetzt werden (u.a. bei den Regierungsparteien SPD und – neuerdings auch – der CDU). Auch bemühen sich die Landesvorstände zur Bewahrung des Partefriedens meist darum, dass weitere Proporze zumindest unter den aussichtsreichen oberen Positionen im Listenvorschlag widergespiegelt werden, vor allem nach regionaler Herkunft, nach Vertretung von innerparteilichen Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften (z.B. Jugendorganisationen) sowie nach Vertretung von programmatisch divergenten „Parteiflügeln“.

### **Parteigliederungen auf Kreis- und Stadt- bzw. Gemeindeebene**

Auf der Kreisebene spiegeln sich bei größeren Parteien die Strukturen der Landespartei. Es werden also ein Kreisparteitag sowie ein Kreisparteivorstand mit einem Vorsitzenden gewählt (die SPD benutzt statt „Kreis“ den Begriff „Unterbezirk“). Die Parteien verfügen oft über 13 Kreisverbände (bzw. Unterbezirke) und orientieren sich dabei geografisch am Verwaltungsaufbau Sachsen mit der Einteilung in zehn Landkreise und drei kreisfreie Städte (Dresden, Leipzig, Chemnitz). Entsendende Organe in die Kreisparteigliederungen sind jeweils die Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände einer Partei (so die Bezeichnung z.B. bei der CDU und der LINKEN; die SPD bezeichnet sie als Ortsvereine) und mithin die kleinsten kommunalen Organisationseinheiten – die „Parteibasis“. Bei der Partei DIE LINKE können als Teilgruppen der Kreis- und Ortsverbände zusätzliche Basisgruppen gebildet werden. In den größeren Städten bestehen meist mehrere städtische Ortsverbände (gegliedert nach Stadtbezirken bzw. Stadtteilen); die CDU bildet teilweise sogar städtische Unterverbände (z.B. Zwickau). Das von den Parteien praktizierte Aufbau- und Entsendungsprinzip „von unten nach oben“ bringt das



graswurzelorientierte Prinzip innerparteilicher Demokratie zum Ausdruck und genügt zugleich den Anforderungen des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes.

## Parteimitglieder

Allerdings sind die Ortsverbände bzw. Ortsvereine mancher Parteien in Sachsen personell nur recht schwach besetzt. Insbesondere in manchen ländlichen Räumen sind selbst einige der sogenannten „Mitgliederparteien“ nur relativ spärlich vertreten. Die CDU – als derzeit mitgliederstärkste Partei in Sachsen – verfügt flächendeckend über etwa 360 Orts- und Stadtverbände. DIE LINKE kommt derzeit auf knapp 150 Orts- und Stadtverbände, während die von Beginn der 1990er Jahre an strukturell schwache SPD knapp 120 Ortsvereine aufweist. Während sich die städtischen Ortsverbände der Parteien oft durchaus regen Mitgliederzuspruches erfreuen, bestehen manche der lokalen Gliederungen in ländlichen Räumen nur aus wenigen Mitgliedern, speziell im östlichen Sachsen. Teilweise versuchen die Parteien, ihren ländlichen Präsenzmangel durch die Bürgerbüro-Sprechstundenangebote ihrer Landtagsabgeordneten – eigentlich ein ganz normaler Teil der Wahlkreisarbeit von Parlamentariern – zu kompensieren, indem einzelne Abgeordnete gleich an mehreren Standorten Bürgerbüros unterhalten (so z. B. im Fall der SPD). Für die weiteren bisher mindestens einmal im Landtag vertretenen Parteien (Bündnis 90/Grüne, FDP, NPD, AfD) stellt sich das Problem insofern sogar in verschärfter Form, weil sie landesweit über noch deutlich weniger Mitglieder als CDU, LINKE und SPD verfügen: Tabelle 1 zeigt, dass die CDU derzeit bei knapp 10.500 Mitgliedern liegt und sich DIE LINKE – unter ihrem ehemaligen Parteinamen PDS (als Nachfolgeorganisation der SED in der DDR) noch bis ins Jahr 2004 mitgliederstärkste Partei in Sachsen – bei circa 8.000 Mitgliedern bewegt. Beide noch relativ mitgliederstarken Parteien verzeichneten also auch 2018 einen weiteren Mitgliederrückgang. Die sächsische SPD sah sich bei einem Stand von etwa 5.000 Mitgliedern im leichten Aufwind, vermutlich begünstigt durch den bundesweiten „Schulz-Effekt“ vor der Bundestagswahl 2017 und das SPD-Mitgliedervotum über die Große Koalition nach der Wahl. Bündnis 90/Die Grünen legten 2018 erneut zu, allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehend. Noch stärkere Zugewinne erzielt derzeit nur die AfD, die mit 2.300 Mitgliedern soeben an Bündnis 90/Grüne und der FDP „vorbeigezogen“ ist. Selbst ohne schon ganz ausgereizte Mitgliederpotenziale ist es der sächsischen AfD im Bundestagswahlkampf 2017 gelungen, durch die Mobilisierung von Anhängern eine beachtliche Wahlkampf-Präsenz „in der Fläche“ zu organisieren.

Die Entwicklung der Parteimitgliederzahlen in Tabelle 1 verdeutlicht insgesamt eine geringe Bindungsfähigkeit der sächsischen Parteien. Der Rekrutierungs-



grad – gemessen als Anteil der Parteimitglieder in Prozent aller potentiell Parteibeitrittsberechtigten – liegt bei 0,8 Prozent und wird im Kapitel 3 im Vergleich mit den entsprechenden Werten der anderen Bundesländern weiter problematisiert.

**Tabelle 1: Mitgliederzahlen der sächsischen Parlamentsparteien seit 1990**

(Die Angaben beziehen sich in der Regel auf den Stichtag 31. Dezember)

	CDU	DIE LINKE (bis 2007 PDS)	SPD	Bündnis 90/Grüne	AfD	FDP	NPD
1990	37.231	75.510	5.525	-	-	25.363	k.A.
1991	32.082	45.425	4.713	462	-	16.753	k.A.
1992	28.156	39.875	4.750	820	-	15.000	k.A.
1993	24.517	34.294	5.027	970	-	7.492	174
1994	22.932	32.825	5.304	1.056	-	6.635	107
1995	21.043	29.910	5.178	1.024	-	5.690	286
1996	19.205	27.401	5.123	963	-	4.664	342
1997	18.303	25.125	5.200	978	-	4.083	966
1998	17.731	24.333	5.358	1.139	-	3.719	1.400
1999	17.767	22.281	5.304	1.052	-	3.261	1.317
2000	16.330	20.871	5.198	914	-	2.851	1.131
2001	16.184	19.696	5.133	876	-	2.782	1.004
2002	15.804	17.572	5.022	879	-	2.746	931
2003	15.407	15.969	4.759	875	-	2.652	921
2004	15.098	15.280	4.453	907	-	2.550	942
2005	14.622	14.595	4.523	959	-	2.565	1.047
2006	13.942	14.066	4.444	953	-	2.576	1.048
2007	13.373	13.280	4.613	963	-	2.518	1.029
2008	13.092	12.682	4.484	993	-	2.518	987
2009	12.964	12.390	4.299	1.117	-	2.749	930
2010	12.531	11.614	4.524	1.178	-	2.701	857
2011	12.238	10.931	4.460	1.289	-	2.524	805
2012	11.973	10.200	4.645	1.308	-	2.381	712
2013	12.046	9.686	4.651	1.368	627	2.200	761
2014	11.892	9.205	4.553	1.373	818	2.112	619
2015	11.295	8.677	4.381	1.385	1.014	1.943	490
2016	10.927	8.310	4.420	1.434	1.529	1.879	440
2017	10.623	8.262	4.819	1.564	1.776	2.075	365
2018	10.444	7.988	4.981	1.913	2.300	2.090	ca. 300

Quellen: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2018 (und div. Jahresausgaben); Demuth/Lempp (Hrsg.) 2006, S.226f; Angaben der Landesverbände der Parteien; Springer 2019, S.1; Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017, S.33–35.



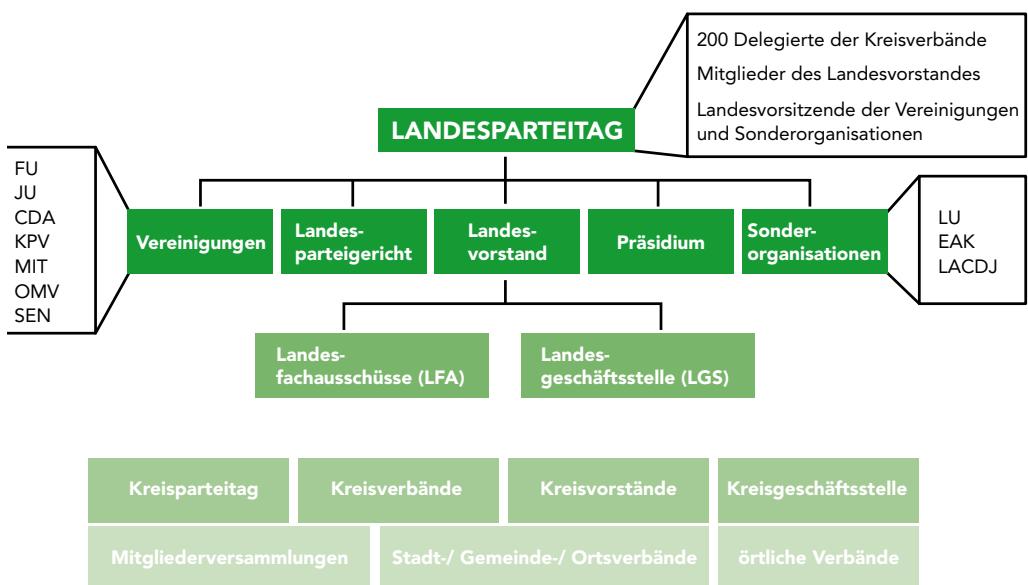
## Weitere formelle Gremien und informelle Parteistrukturen

Ergänzend zur vertikalen Differenzierung durch den regionalen bzw. kommunalen Unterbau der Parteien in den Kreisen, Städten und Gemeinden bestehen auf Landesebene weitere Schichten der horizontalen innerparteilichen Differenzierung: Mit den innerparteilichen „Vereinigungen“ (CDU), „Zusammenschlüssen“ (DIE LINKE) bzw. „Arbeitsgemeinschaften“ (SPD) sowie weiteren Sonderorganisationen bieten die Parteien dauerhafte strukturelle Nischen für „Interessengruppen innerhalb der Partei“. Da die Parteien in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft meist breit aufgefächert sind, erweist es sich als vorteilhaft, für sozial und interessenbezogen Gleichgesinnte innerhalb einer Partei Foren der Eigenorganisation und des sozialen Austausches einzurichten. Natürlich sind die Vereinigungen auch bemüht, ihren spezifischen Interessen innerhalb der Partei Nachdruck zu verleihen. Dazu bilden viele von ihnen quasi Parallelstrukturen zur Mutterpartei, indem sie ebenfalls Vorstände und Landesvorsitzende sowie vielfach auch einen kommunalen Unterbau bis hin zur lokalen Ebene einrichten. Viele dieser parteiinternen Vereinigungen verfügen sowohl über eine eigene Internet-Homepage als auch über ein eigenes Logo. Die derzeit bestehenden Vereinigungen, Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse der sächsischen Parteien sind in deren Profildarstellungen in Kapitel 4 aufgelistet. In der Regel zählen dazu jedoch mindestens eine Jugendorganisation, eine Frauen- bzw. Gleichstellungsorganisation sowie um wirtschaftspolitische Themen gruppierte Organisationen.

Neben diesen formellen Gremien formieren sich informell auch die parteiinternen Flügel zu eigenen Gruppen, die teilweise in Form von sog. „Gesprächskreisen“ halbformelle Züge annehmen können. In nahezu allen Parteien kommt es zu Rechts-Links-Flügelbildungen dergestalt, dass z. B. in der CDU ein eher der katholischen Soziallehre nahestehender arbeitnehmerfreundlicher Flügel auf einen eher wirtschaftsliberalen Flügel oder dass ein sozialliberaler Flügel auf einen konservativen Flügel trifft, der beispielsweise die Möglichkeit künftiger Koalitionen mit der AfD nicht von vornherein ausschließen möchte. Auch in der SPD gibt es eher dezidiert linke Vertreter, während sich ein anderer Flügel betont wirtschaftsnah gibt und parlamentarische Kooperationen mit der Partei DIE LINKE ablehnt. In den anderen Parteien lassen sich jeweils mehr oder weniger ähnliche Flügelkonstellationen finden. Denkbar sind auch Gegensätze zwischen dem Landesvorstand und bestimmten Kreisverbänden einer Partei.

Insgesamt lässt sich die recht komplexe organisatorische Konfiguration eines sächsischen Partei-Landesverbandes am Beispiel der CDU gut grafisch darstellen (vgl. Grafik F).

### Grafik F: Parteistruktur des CDU-Landesverbandes Sachsen



(Quelle: [https://www.cdu-sachsen.de/assets/landesverband/\\_1200x674\\_crop\\_center-center\\_82-line/struktur.jpg](https://www.cdu-sachsen.de/assets/landesverband/_1200x674_crop_center-center_82-line/struktur.jpg), verlinkt von: <https://www.cdu-sachsen.de/partei/parteistruktur>, Aufruf Februar 2019)

### Faktionen

Als Fraktionen werden die Gruppen von Abgeordneten einer Partei in einem Parlament bezeichnet. Diese Gruppen sind nicht formal Bestandteil der Partei, weil sie einen Teil einer öffentlichen politischen Vertretungskörperschaft bilden und zudem rein staatlich finanziert werden. Außerdem ist die Existenz von Fraktionen zeitlich befristet an die parlamentarischen Wahlperioden gekoppelt und also daran geknüpft, dass die entsprechende Partei bei der nächsten Wahl wiedergewählt wird. Hierzu benötigt sie – zumindest im Fall der Landtags- und Bundestagswahl – aufgrund der geltenden Sperrklauseln mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen oder sie muss mindestens zwei (Landtagswahl) beziehungsweise drei (Bundestagswahl) Direktmandate gewinnen.

Diesem besonderen Status zum Trotz, werden die Fraktionen mindestens aus zwei Gründen als wichtiger Arm der Parteien in die staatliche Politik hinein wahrgenommen: Erstens sind die gewählten Abgeordneten als Fraktionsmitglieder oft zugleich die Spitzenpolitiker ihrer Partei, wo sie meist in Doppelfunktion bestimmte Parteiämter ausüben, zum Beispiel im Landesvorstand oder in einem Kreisvorstand ihrer Partei. Zweitens sind Fraktionen der Ort, wo die Parteien mittels ihrer Abgeordneten konkret Politik steuern und gestalten können. So werden im

Parlament – nicht aber in der Partei – rechtskräftige politische Maßnahmen beschlossen, und zwar auf Landes- und Bundesebene in Form von Gesetzen, einschließlich des wichtigen öffentlichen Haushalts (Budgetrecht des Parlaments). Zudem kann sich eine Partei nur über ihre parlamentarische Vertretung, das heißt vermittels ihrer Fraktion, eventuell an der Regierung beteiligen. Die Regierung wird bekanntlich in Person des Regierungschefs – dem Ministerpräsidenten im Land, dem Bundeskanzler im Bund – vom Parlament gewählt und dabei von der parlamentarischen Mehrheit der Fraktion(en) der künftigen Regierungsparcie(en) ins Amt gebracht und während der Legislaturperiode „getragen“.

Aufgrund der großen politischen Bedeutung von Fraktionen verfügen die Fraktionsvorsitzenden auch innerparteilich über ein hohes politisches Gewicht und rangieren in der „inoffiziellen Wahrnehmung“ oft nur knapp hinter dem Parteivorsitzenden. Manchmal wird die Rolle des Fraktionsvorsitzenden zugleich vom Parteivorsitzenden in Personalunion ausgeübt. Dies geschieht allerdings in den vergangenen Jahren aufgrund der Doppelbelastung und der großen Machtkonzentration tendenziell immer seltener.

Derzeit sind im Sächsischen Landtag die CDU, die SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD mit Fraktionen vertreten. Alle anderen Parteien scheiterten in der 6. Wahlperiode an der Sperrklausel. Eine – ähnlich immer einmal wieder vorkommende – Besonderheit besteht in der 6. Wahlperiode darin, dass dem Sächsischen Landtages fünf fraktionslose Abgeordnete angehören. Es handelt sich in diesem Fall um zunächst für die AfD gewählte Mitglieder der Partei der Blauen. Diese Partei hat sich nach der Landtagswahl von der AfD abgespalten, besitzt jedoch im Landtag keinen eigenen Fraktionsstatus (und hat somit weniger parlamentarische Rechte), weil es dazu einer Stärke von mindestens sieben Abgeordneten bedurft hätte.

## **Parteinahe Stiftungen**

Alle im Bundestag vertretenen Parteien verfügen über eine ihnen nahestehende politische Stiftung, die in Form von Veranstaltungen, Publikationen und Online-Auftritten politische Bildungsarbeit im Inland und zusätzlich diplomatische Kontaktpflege sowie Entwicklungshilfe (Projektbetreuungen) im Ausland betreibt. Außerdem profilieren sich die Stiftungen durch die Vergabe von Stipendien an besonders förderungswürdige und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende (Begabtenförderung) sowie als „Denkfabriken“ (Think Tanks) unter anderem durch die Anfertigung von Studien zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen und durch das Betreiben von politischen Bibliotheken mit Parteiarchiven. Die von den Stiftungen geleistete politische Arbeit ist formal überparteilich und gemeinnützig

und somit staatlich förderungswürdig. Tatsächlich finanzieren sich die politischen Stiftungen zu 95 Prozent und mehr aus öffentlichen Geldern, v. a. durch Mittel des Bundesministeriums des Innern, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Faktisch atmen die Stiftungen natürlich den Geist der ihnen zuzuordnenden Partei und vertreten deren Grundsätze, obwohl sie zugleich unabhängige Institutionen sind. Dabei besitzen sie – trotz der Namensgebung – mit einer Ausnahme (Friedrich-Naumann-Stiftung) gar nicht die Rechtsform einer Stiftung, sondern firmieren als eingetragene Vereine (e. V.).

Die sächsischen parteinahen Stiftungen sind ebenfalls weder von den sächsischen Parteien abhängig, noch bilden sie in der Regel einfach nur nachgeordnete „Landesorganisationen“ der jeweiligen Stiftung auf Bundesebene. Im Fall der FDP-nahen Wilhelm-Külz-Stiftung wird dies sogar durch einen abweichenden Namen gegenüber der Stiftung auf Bundesebene (Friedrich-Naumann-Stiftung) unterstrichen. Bei den weiteren parteinahen politischen Stiftungen in Sachsen handelt es um die Konrad-Adenauer-Stiftung, Politisches Bildungsforum Sachsen (KAS; CDU-nah), die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen (FES) sowie das Herbert-Wehner-Bildungswerk (jeweils SPD-nah), die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS; Bündnis 90/Grüne-nah) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS; LINKE-nah). Seit 2018 wird die drei Jahre zuvor gegründete Desiderius-Erasmus-Stiftung von der AfD als ihre parteinahen Stiftung anerkannt. Sie ist aber bislang nicht separat auch auf sächsischer Landesebene organisiert. Zwischenzeitlich wurde seitens der sächsischen AfD erwogen, eine eigene parteinahen Stiftung auf Landesebene ins Leben zu rufen.

Die sächsischen parteinahen Stiftungen engagieren sich zwar nicht in der Studienförderung und nicht im Ausland, wohl aber in der politischen Bildung und in der Think-Tank-Funktion. Letztere Rolle macht die Stiftungen für die Parteien in besonderer Weise attraktiv, und zwar in Verbindung mit der Verfügbarkeit öffentlicher Finanzierung. Die staatlichen Mittel für die parteinahen Stiftungen fallen derzeit nämlich mit bundesweit mehr als 580 Mio. Euro rund 3,6fach höher aus als die gesamten Mittel der staatlichen Parteienfinanzierung.

## **2.4.2. Die Finanzierung der Parteien in Sachsen**

Da den politischen Parteien im Grundgesetz (Art. 21) Verfassungsrang eingeräumt und ihnen die Aufgabe der Mitwirkung an der politischen Willensbildung zugewiesen wird, obwohl sie eigentlich staatsunabhängige Organisationen sind, erhalten sie gemäß § 18 PartG eine staatliche Teilfinanzierung. Die Parteienfinanzierung war in Deutschland nie unumstritten. Ein wichtiger Kritikpunkt bestand immer darin,



dass die Bemessung der den Parteien zu gewährenden staatlichen Mittel vom Bundestag entschieden wird, bei dessen Abgeordneten es sich aber selbst um Mitglieder der zu begünstigenden Parteien handelt. Ähnlich wie bei Festsetzung der Diäten der Abgeordneten, handeln die Parlamentarier also als Gesetzgeber in eigener Sache, wobei eine gewisse Befangenheit nicht immer ganz auszuschließen ist.

Nach einigen Kehrtwendungen im Parteiengesetz und vor allem in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts während der vergangenen Jahrzehnte errechnet sich die Höhe der staatlichen Zuwendungen an die Parteien derzeit auf der Basis ihrer „gesellschaftlichen Verwurzelung“. Diese definiert sich teils durch die parteilichen Teil-Einnahmepositionen „Mitgliedsbeiträge“ und „Spenden von natürlichen Personen“, teils aus den Wahlergebnissen bei Landtags-, Bundestags-

## **Gesetz über die politischen Parteien [PartG], Vierter Abschnitt, § 18: Staatliche Finanzierung**

### **§ 18 Grundsätze und Umfang der staatlichen Finanzierung**

(1) Die Parteien erhalten Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit. Maßstäbe für die Verteilung der staatlichen Mittel bilden der Erfolg, den eine Partei bei den Wählern bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt, die Summe ihrer Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie der Umfang der von ihr eingeworbenen Spenden.

(2) Das jährliche Gesamtvolumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausgezahlt werden darf, beträgt für das Jahr 2011 141,9 Millionen Euro und für das Jahr 2012 150,8 Millionen Euro (absolute Obergrenze). Die absolute Obergrenze erhöht sich jährlich, jedoch erstmals für das Jahr 2013, um den Prozentsatz, abgerundet auf ein Zehntel Prozent, um den sich der Preisindex der für eine Partei typischen Ausgaben im dem Anspruchsjahr vorangegangenen Jahr erhöht hat. Grundlage des Preisindexes ist zu einem Wägungsanteil von 70 Prozent der allgemeine Verbraucherpreisindex und von 30 Prozent der Index der tariflichen Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten bei Gebietskörperschaften. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes legt dem Deutschen Bundestag hierzu bis spätestens 30. April jedes Jahres einen Bericht über die Entwicklung des Preisindexes bezogen auf das vorangegangene Jahr vor. Der Bundestagspräsident veröffentlicht bis spätestens 31. Mai jedes Jahres die sich aus der Steigerung ergebende Summe der absoluten Obergrenze, abgerundet auf volle Eurobeträge, als Bundestagsdrucksache.

(3) Die Parteien erhalten jährlich im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung

1. 0,83 Euro für jede für ihre jeweilige Liste abgegebene gültige Stimme oder
2. 0,83 Euro für jede für sie in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebene gültige Stimme, wenn in einem Land eine Liste für diese Partei nicht zugelassen war, und

3. 0,45 Euro für jeden Euro, den sie als Zuwendung (eingezahlter Mitglieds- oder Mandatsträgerbeitrag oder rechtmäßig erlangte Spende) erhalten haben; dabei werden nur Zuwendungen bis zu 3.300 Euro je natürliche Person berücksichtigt. Die Parteien erhalten abweichend von den Nummern 1 und 2 für die von ihnen jeweils erzielten bis zu vier Millionen gültigen Stimmen 1 Euro je Stimme. Die in Satz 1 Nummer 1 und 2 sowie in Satz 2 genannten Beträge

erhöhen sich ab dem Jahr 2017 entsprechend Absatz 2 Satz 2 bis 5.

(4) Anspruch auf staatliche Mittel gemäß Absatz 3 Nr. 1 und 3 haben Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 vom Hundert oder einer Landtagswahl 1,0 vom Hundert der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben; für Zahlungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 muss die Partei diese Voraussetzungen bei der jeweiligen Wahl erfüllen. Anspruch auf die staatlichen Mittel gemäß Absatz 3 Nr. 2 haben Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis 10 vom Hundert der in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Parteien nationaler Minderheiten.

(5) Die Höhe der staatlichen Teilfinanzierung darf bei einer Partei die Summe der Einnahmen nach § 24 Abs. 4 Nr. 1 bis 7 nicht überschreiten (relative Obergrenze). Die Summe der Finanzierung aller Parteien darf die absolute Obergrenze nicht überschreiten.

und Europawahlen. Wenn die Partei bei diesen mindestens 1 Prozent (Landtagswahlen) bzw. 0,5 Prozent (Bundestags- und Europawahlen) der Stimmen erreicht hat, erhält sie bis zur nächsten Wahl jährlich 83 Cent für jede gültige Stimme, allerdings je 1 Euro für die ersten 4 Mio. Stimmen. Hinzu kommen 45 Cent für jeden Euro an Mitgliedsbeiträgen und Spenden von natürlichen Personen. Für letztere gilt eine Obergrenze von 3.300 Euro pro Person und Jahr. Dieser Betrag stellt zugleich die steuerliche Begünstigungsgrenze für Mitgliedsbeiträge und private Spenden dar. Spenden von juristischen Personen (z. B. Wirtschaftsunternehmen) sind heute nicht mehr steuerlich absetzbar.

Es besteht zudem eine vom Bundestag jährlich neu festgesetzte „absolute Obergrenze“ des den Parteien insgesamt zur Verfügung gestellten Geldes. Im Jahr 2018 belief sich dieser Betrag auf 165,36 Mio. Euro, was einem Anstieg um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprach und neben dem Inflationsausgleich auch mit zusätzlichen Digitalisierungskosten begründet wurde, aber politisch nicht unumstritten war. Schließlich gilt auch das Prinzip der „relativen Obergrenze“, demzufolge eine einzelne Partei grundsätzlich nicht mehr Staatsgeld erhalten darf, als sie im jeweiligen Vorjahr an Eigeneinnahmen erwirtschaftet hat.

Quasi im Gegenzug zur staatlichen Teilfinanzierung müssen die Parteien jährlich detaillierte finanzielle Rechenschaftsberichte vorlegen (vgl. § 23–31 PartG), die

nach Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zuzuleiten sind. Die Berichte aller Parteien, die Zuwendungen erhalten haben, werden in ihrer Gesamtheit als Bundestagsdrucksachen veröffentlicht, um die öffentliche Transparenz der Parteifinanzen zu gewährleisten. Die Struktur der Rechenschaftsberichte ist den Parteien genau vorgegeben (vgl. § 24 PartG). Unter anderem muss eine Aufschlüsselung nach Landesverbänden erfolgen. Die derzeit aktuellsten, im Jahr 2019 veröffentlichten Zahlen beziehen sich auf das Berichtsjahr 2017. Die daraus ersichtlichen Einnahmen und Ausgaben der sächsischen Landesverbände derjenigen Parteien, die bereits im Landtag vertreten waren, sind in den Tabellen 2 und 3 aufgelistet. Tabelle 4 enthält zusammengefasste Angaben für weitere sächsische Parteien, die staatliche Mittel erhalten haben.

**Tabelle 2: Einnahmen der sächsischen Parteien 2017 (in Euro)**

	CDU	DIE LINKE	SPD	Bündnis 90/Grüne	AfD	FDP	NPD (2016)
Mitgliedsbeiträge	1.130.300	1.530.796	530.857	165.190	189.852	207.628	18.663
Mandatsträgerbeiträge u. ähnliche regelmäßige Beiträge	538.745	359.528	311.503	172.702	84.500	14.487	4.426
Spenden von natürlichen Personen	514.054	225.899	180.040	49.984	330.995	186.492	24.248
Spenden von juristischen Personen	558.321	1.100	45.819	9.600	52.615	59.390	0
Einnahmen aus Unternehmensaktivität u. Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	26.678	3.255	8.205	72	0	44.501	0
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften u. Veröffentlichungen u. sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	469.966	24.840	88.767	1.448	998	11.487	848
Staatliche Mittel	948.235	154.791	349.337	415.893	79.806	30.920	65.339
Sonstige Einnahmen	4.568	137.165	1.208	37.172	43.266	1.551	9.803
Zuschüsse von Gliederungen	92.983	890.714	691.791	20.411	530.529	190.200	3.444
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>4.283.849</b>	<b>3.328.087</b>	<b>2.207.527</b>	<b>871.471</b>	<b>1.312.560</b>	<b>746.656</b>	<b>126.771</b>

**Tabelle 3: Ausgaben der sächsischen Parteien 2017 (in Euro)**

	CDU	DIE LINKE	SPD	Bündnis 90 /Grüne	AfD	FDP	NPD (2016)
Personalausgaben	1.317.903	728.287	712.486	369.090	45.479	77.686	33.502
Sachausgaben ...	538.745	359.528	311.503	172.702	84.500	14.487	4.426
a) des laufenden Geschäftsbetriebs	711.323	379.132	319.766	126.362	234.330	103.300	30.716
b) für allgemeine politische Arbeit	1.044.624	518.790	249.345	102.547	143.553	150.615	26.097
c) für Wahlkämpfe	958.060	367.383	333.345	164.292	653.907	188.040	297
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	293	303	0	0	0	2.060	1.295
e) sonstige Zinsen	5.589	0	0	0	267	6.165	0
f) Ausgaben im Rahmen einer Unternehmens-tätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
g) sonstige Ausgaben	250	1.337	2.059	3.093	39	75	12.279
Zuschüsse an Gliederungen	77.254	1.040.106	116.509	41.650	398.441	252.677	3.194
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>4.115.296</b>	<b>3.035.339</b>	<b>1.733.509</b>	<b>807.034</b>	<b>1.476.017</b>	<b>780.618</b>	<b>107.380</b>
Überschuss (+) oder Defizit (-)	168.553	292.748	474.018	64.437	-163.457	-33.962	19.390

Die Angaben beziehen sich auf die Landesverbände der Parteien einschließlich nachgeordneter Gebietsverbände. Beträge auf ganze Euro gerundet.

Quelle: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache Nr. 19/7000 v. 14.01.2019: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2017, 1. Teil: Bundestagsparteien. Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/070/1907000.pdf> (Aufruf Januar 2019).

**Tabelle 4: Finanzen 2016 der weiteren anspruchsberechtigten sächsischen Parteien (in Euro)**

	Einnahmen	Ausgaben
Freie Wähler	48.431	34.157
Piratenpartei	40.333	33.014
Die PARTEI	8.919	9.018
Tierschutzpartei (2015)	20.864	17.000

Die Tabellen zu den Ausgaben, vor allem aber zu den Einnahmen der Parteien erfordern einige Erläuterungen:

Beim Vergleich der Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2017 fällt auf, dass vier der aktuell im Landtag vertretenen fünf Parteien nur mit relativ knappen Überschüssen abschlossen, während die AfD am Ende sogar ein Minus aufwies. Hingegen verzeichneten dieselben Parteien noch im Jahr 2016 allesamt Überschüsse im meist höheren dreistelligen Euro-Bereich. Der Unterschied erklärt sich dadurch, dass 2017 der Bundestagswahlkampf zu finanzieren war. In den Jahren ohne Wahlkämpfe sparen die Parteien Geld an, das sie dann jeweils gezielt für die Wahlkampffinanzierung einsetzen.

Im Vergleich aller Parteien verzeichneten im Jahr 2017 die CDU und – jeweils an zweiter Stelle – DIE LINKE unter allen sächsischen Parteien sowohl die größten Einnahmen als auch die größten Ausgaben. Bei der CDU betragen beide Posten je knapp über 4 Mio. Euro, bei der LINKEN knapp über 3 Mio. Euro. Insbesondere die Einnahmen setzten sich bei den Parteien fallweise jedoch recht unterschiedlich zusammen. So ist festzustellen, dass die sächsische LINKE – wie auch die SPD und die AfD – erheblich mehr „Zuschüsse von Gliederungen“ als die CDU und die Grünen erhielten. Umgekehrt verhielt es sich bei den Einnahmen aus „staatlichen Mitteln“, wo die CDU und die Grünen deutlich vor der SPD, der LINKEN und der AfD rangierten. Die Summe beider Posten jedoch belief sich zumindest bei der CDU, der LINKEN und der SPD auf nahezu gleiche Beträge von jeweils 1,4 Mio. Euro.

Unter „Zuschüssen an Gliederungen“ sind praktisch in erster Linie vom Bundesverband einer Partei an die Landesverbände weitergeleitete Mittel zu verstehen. Diesen kann unter anderem ein quasi parteiinterner „Bund-Länder-Finanzausgleich“ zugrunde liegen (so etwa im Fall der SPD, bei der die strukturschwachen Ost-Landesverbände gefördert werden sollen) oder es kann sich um den Abruf von zwischen den Wahljahren bei der Bundespartei zurückgelegten Wahlkampf-fonds-Geldern handeln (so bei der LINKEN). Hingegen war zum Beispiel die CDU von vornherein weniger auf parteiinterne Umschichtungsverfahren oder Zuweisun-

gen ihrer Bundespartei angewiesen, denn unter allen sächsischen Parteien erhielt sie 2017 die weitaus meisten staatlichen Mittel (rund 950.000 Euro), weil sie sie in puncto Mitgliederbeiträge, Spenden von natürlichen Personen und Wählerstimmen jeweils stärker war als jede andere sächsische Partei.

Zur Verteilung der staatlichen Mittel ist generell anzumerken:

„Gemäß § 19a Abs. 1 PartG legt der Präsident des Deutschen Bundestages im Rahmen der ihm durch das PartG übertragenen Exekutivaufgaben einer mittelverwaltenden Behörde jährlich zum 15. Februar die Höhe der staatlichen Mittel der anspruchsberechtigten Parteien für das vorangegangene Jahr (Anspruchsjahr) fest. [...] Die Auszahlung der errechneten Mittel erfolgt an die Landes- und Bundesverbände der Parteien. Die Landesverbände erhalten von den auf die Gesamtpartei entfallenden staatlichen Mitteln einen Betrag in Höhe von 0,50 Euro für jede für die Partei bei der letzten Landtagswahl abgegebene Stimme (§ 19a Abs. 6 PartG), und zwar grundsätzlich unabhängig von der Kürzung auf die absolute und relative Obergrenze einerseits und von dem erhöhten Rechnungsansatz für die ersten 4 Mio. Stimmen andererseits; beides wirkt sich in der Regel nur auf Bundesebene aus. [...] Die Auszahlung der übrigen staatlichen Mittel erfolgt durch den Bund an den Bundesverband, bei Landesparteien an den Landesverband (§ 21 Abs. 1 PartG)“ (Deutscher Bundestag 2017, S. 5f).

Auch hinsichtlich der Mittelbewirtschaftung auf Landesebene unterscheiden sich die sächsischen Parteien voneinander. Bemerkenswert ist, dass DIE LINKE im Jahr 2017 unter allen sächsischen Parteien den mit Abstand größten Betrag (von mehr als 1 Mio. Euro) als „Zuschüsse an Gliederungen“ vor allem an ihre nachgeordneten Gliederungen übertrug. Die Stärkung der kommunalen Parteibasis bildet hier eine politische Grundsatzentscheidung, während andere Parteien relativ mehr Wert darauf legen, ihren Landesverband finanziell stark zu halten. Beispielsweise fließen bei der SPD alle Mittel in einen Globalhaushalt auf Landesebene. Aus diesem wird dann unter anderem ein Abruffonds gebildet, auf den die nachgeordneten Gliederungsebenen zur Wahlkampffinanzierung zurückgreifen können.

Weiter fällt in Tabelle 2 auf, dass DIE LINKE mit 1.530.796 Euro deutlich höhere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen verzeichnete als die CDU mit 1.130.300 Euro, obwohl DIE LINKE im Jahr 2017 2.362 Mitglieder weniger zählte als die CDU. Die Parteien legen zwar die Mitglieder-Beitragssätze in ihren Finanz- und Beitragsordnungen nach Einkommen gestaffelt fest, aber die Sätze werden in den entsprechenden Beitragstabellen in der Regel als „Vorschläge“ bezeichnet. Den Mitgliedern



steht es also frei, ihren tatsächlich entrichteten Beitrag nach Selbsteinschätzung festzulegen. Das hat zwei Gründe: Erstens können die Parteien die privaten Einkommen ihrer Mitglieder nicht überprüfen, zweitens können sie angesichts der freiwilligen Parteimitgliedschaft ohnehin keine hohen Beitragszahlungen erzwingen, weil sie sonst Parteiaustritte zu befürchten hätten. Normalerweise legen die Parteien lediglich einen monatlichen Mindestbeitrag fest, der sich aber auf einem niedrigen Niveau bewegt (z. B. derzeit 6 Euro bei der CDU, 2 bis 3,50 Euro bei der Partei DIE LINKE, 5 Euro bei der SPD). Es lässt sich also folgern, dass bei der LINKEN relativ mehr Mitglieder als bei der CDU bereit waren, freiwillig höhere Mitgliedsbeiträge zu zahlen, wobei über die Motive nur spekuliert werden kann: Sind die Mitglieder der CDU im Durchschnitt wirtschaftlich schlechter situiert als jene der LINKEN? Oder herrscht bei letzterer ein im Durchschnitt größerer Partei- und Beitragsidealismus?

Weiterhin fällt in der Tabelle das relativ geringe Spendenaufkommen der sächsischen SPD und der LINKEN auf. In der Summe der Spenden von natürlichen und juristischen Personen (Körperschaften, Unternehmen) lagen beide Parteien mit jeweils gut 226.000 Euro nicht nur deutlich hinter der CDU (mit 1,07 Mio. Euro), sondern auch hinter der AfD (mit 384.000 Euro auf Platz 2) und selbst hinter der außerparlamentarischen FDP (mit 246.000 Euro). Diese Zahlen werfen ein bezeichnendes Licht auf die offenbar gegebene Verteilung politischer Sympathien innerhalb der Spenderlandschaft.

Erklärungsbedürftig ist auf der Einnahmeseite der Parteien ferner die Position der Mandatsträgerbeiträge. Die Parteien erwarten bzw. fordern von ihnen in öffentliche Ämter gewählten Abgeordneten, dass diese einen Teil ihrer Bezüge (Diäten) an die Partei weitergeben. Diese sogenannten „Sonderbeiträge von Mandatsträgern“ werden in den Beitrags- und Finanzordnungen vieler Parteien auch explizit erwähnt. Die Parteien begründen die Sonderbeiträge damit, dass die Mandatsträger nur durch die Partei – als Wahlkreis-Direktkandidaten oder per Aufstellung in der Parteiliste – überhaupt in ihre öffentlichen Ämter und somit in den Genuss von Diäten gelangen konnten. Während die Sonderbeiträge noch vor Jahrzehnten als eine Form der verdeckten zusätzlichen Parteienfinanzierung in der öffentlichen Kritik standen, sind sie inzwischen akzeptierte Praxis. Nur hinsichtlich der Höhe der Sonderbeiträge halten sich die meisten Parteien bedeckt bzw. überlassen die Festsetzung den Vorständen der jeweils zuständigen Partieebene. Anders die sächsische CDU: Sie legt fest, dass sich der Sonderbeitrag für direkt gewählte Kandidaten auf 6 Prozent der Amtsgehälter bzw. Abgeordnetendiäten (bezogen auf die Grundentschädigung) beläuft, während die über die Parteiliste ins Parlament gerückten Abgeordneten sogar 11 Prozent Sonderbeiträge an den Landesverband zu entrichten haben.

Schließlich ist der Umstand zu problematisieren, dass die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehende NPD ebenfalls staatliche Mittel erhalten hat. Dies bedeutet, dass der Staat eine Partei alimentiert hat, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnend gegenübersteht. Dazu ist anzumerken, dass im Januar 2017 auch das zweite Parteiverbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte (wegen Geringfügigkeit der Bedrohung) und dass mit der NPD deshalb hinsichtlich der staatlichen Parteienfinanzierung zunächst nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz verfahren wurde. Allerdings wies das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Januar 2017 darauf hin, dass Sanktionen gegen extremistische Parteien unterhalb des Parteiverbots per Grundgesetzänderung möglich seien. Daraufhin wurde im Juni 2017 der Art. 21 (3) und (4) GG mit der nötigen verfassungsändernden Mehrheit dahingehend ergänzt, dass – nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – „Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, [...] von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen [sind]“.

### 3. Parteien und Gesellschaft in Sachsen: Die Vertrauenskrise und ihre Ursachen

Der einleitend beschriebene aktuelle Wandel des Parteiengefüges beruht auf einer Krise der Rückbindung und Verwurzelung von Parteien und Politikern in der Bevölkerung. Nicht nur die Mitgliederentwicklung der Parteien in Sachsen ist – mit nur wenigen Ausnahmen – stagnierend bis sinkend (vgl. Tab. 1 in Kap. 2), sondern auch das gesellschaftliche Ansehen der Parteien bewegt sich derzeit auf einem sehr niedrigen Niveau. Damit ist die grundgesetzlich vorgesehene politisch willensbildende Rolle der Parteien als Brücken- und Vermittlungsorganisationen zwischen Gesellschaft und Staat (vgl. Grafik A in Kap. 2) noch nicht erschüttert, aber zumindest infrage gestellt. Erschwert wird die Situation dadurch, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Sachsen derzeit so gering ist wie in keinem anderen Bundesland. Diese Entwicklungen sind insofern problematisch, als anstelle von Parteien auch keine anderen Institutionen als Ersatz parat stehen, welche die Bindegliedfunktion zwischen Gesellschaft und Staat gleichwertig übernehmen könnten (denn: sozialen Bewegungen mangelt es an Organisation und Struktur, Verbände verfolgen mehr oder weniger nur Sonderinteressen, Medien sind keine offenen Mitgliederorganisationen etc.). Wenn sich also irgendwann der politische „Mörtel“ der Parteien aufzulösen droht, könnte das Haus der freiheitlichen Demokratie langsam wackelig werden.

Einen differenzierten Blick erfordert die Unterscheidung zwischen den von der Vertrauenskrise besonders betroffenen sogenannten „etablierten Parteien“ – vor allem Volksparteien – einerseits und den „neuen Parteien“ andererseits, die häufig populistisch geprägt sind bzw. sich als „Bewegungsparteien“ um einen starken oder charismatischen Parteiführer herum bilden (z. B. die Bewegung „En Marche!“ des französischen Staatspräsidenten Macron). Es ist allerdings fraglich, ob solche neuen Parteien entstehende Repräsentationslücken dauerhaft füllen können. Wahrscheinlicher ist es, dass nach anfänglicher Euphorie und womöglich nachfolgender Wahl und politischer Bewährungsprobe eine Phase der Entzauberung und Ernüchterung folgt. Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte in anderen Bundesländern (z. B. Schill-Partei mit Regierungsbe teiligung in Hamburg von 2001 bis 2004) zeigt: Auch anfangs von Teilen der Wählerschaft umjubelte neue Protestparteien stoßen früher oder später auf innere und äußere Widerstände, die von partiinternen Zerwürfnissen und Spaltungen über Koalitions kompromisse bis hin zu finanziellen Zwängen reichen, von gewaltenteiliger Politikkontrolle und gesetzlichen Verpflichtungen einmal ganz abgesehen. In der Folge „normalisieren“ sie sich



meist (z. B. die Grünen in den Jahrzehnten nach ihrem erstmaligen Einzug in den Bundestag 1983), wenngleich nicht immer.

Die Vertrauenskrise der politischen Parteien ist derzeit zwar in fast allen westlichen Demokratien zu beobachten, wo populistische Bewegungen oder Politiker entweder parlamentarische Erfolge verbuchen konnten (nämlich beinahe flächen-deckend) oder sogar an die Regierungsmacht gelangt sind (etwa in Polen, Ungarn, Österreich, Italien, in den USA und Brasilien). Die Problematik besitzt aber in Deutschland die zusätzliche Ausprägung eines Ost-West-Gefälles, das auch nach mehr als einem Vierteljahrhundert Deutscher Einheit keineswegs eingeebnet ist.

**Tabelle 5: Vertrauen in politische Parteien 2017, nach Bundesländern (in Prozent)**

	überhaupt kein / geringes Vertrauen	teils / teils	großes / sehr großes Vertrauen
Brandenburg	45,3	47,3	7,4
Berlin	38,0	47,6	14,4
Baden-Württemberg	34,3	57,5	8,3
Bayern	35,8	55,2	9,0
Bremen	32,5	55,0	12,5
Hessen	38,1	51,8	10,1
Hamburg	34,6	56,1	9,3
Mecklenburg-Vorpommern	33,0	58,8	8,2
Niedersachsen	33,3	56,5	10,2
Nordrhein-Westfalen	38,5	53,0	8,5
Rheinland-Pfalz	31,7	59,3	8,9
Schleswig-Holstein	30,2	64,5	5,2
Saarland	29,0	59,7	11,3
Sachsen	40,7	55,1	4,1
Sachsen-Anhalt	36,3	56,3	7,4
Thüringen	41,4	53,1	5,5
Deutschland gesamt	36,3	55,0	8,7

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2019, S.58.

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: politische Parteien.“



## Begriff: Politische Kultur

Um die politischen Grundorientierungen eines Volkes oder einer Bevölkerungsgruppe darzustellen, wird der Begriff der „politischen Kultur“ verwendet. Die politische Kultur beschreibt die Verteilung der Orientierungen und Einstellungen der Bürger gegenüber dem politischen System und dessen Institutionen sowie allgemein gegenüber Demokratie und Extremismus (zur Definition des Konzepts vgl. u.a. <http://www.bpb.de/nachschatzungen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202093/politische-kultur>). Zur Messung der politischen Einstellungen der Bevölkerung wird einsteils auf „weiche“ Daten aus repräsentativen Umfragen zurückgegriffen, andernteils ermöglicht z.B. die Analyse von Wahlergebnissen Aussagen zur Unterstützung für extremistische Parteien. Um die Einstellungen zur Mitwirkungsbereitschaft an der Demokratie zu erfassen, fragen Politische-Kulturforscher häufig auch nach der politischen Beteiligung und deren charakteristischen Formen und Ausmaß (z.B. Bereitschaft zur Mitgliedschaft in Parteien, zur Teilnahme an Demonstrationen etc.).

Es gibt keine Maßeinheit für politische Kultur, sondern der Begriff bedarf einer beschreibenden Darstellung, die sich jeweils aus dem Ausprägungsmuster der Einzelvariablen ergibt. Die Daten gewinnen durch den Quervergleich mit anderen Bundesländern oder Staaten an Aussagekraft, während der Längsvergleich über die Zeit darauf verweist, dass die politische Kultur Änderungen im Zeitverlauf unterworfen sein kann.

„Politische Kultur“ wird als Begriff umgangssprachlich oft falsch verwendet, indem darunter „politische Umgangsformen“ verstanden werden. Wenn jedoch z.B. vom Stil der Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Parteien oder Politikern die Rede ist, sollten stattdessen die Begriffe „Streitkultur“ oder „politische Hygiene“ benutzt werden.

Die Vertrauenskrise der Parteien wurde jüngst in einer Umfragestudie der Bertelsmann Stiftung – mit Daten aus dem Jahr 2017 – erneut empirisch belegt<sup>6</sup>: Im Vergleich der Bundesländer lagen die Werte für die Antwortkategorie „überhaupt kein/geringes Vertrauen in politische Parteien“ nur in Sachsen, Thüringen und Brandenburg bei jeweils über 40 Prozent, hingegen in allen anderen Bundesländern darunter (Bundesdurchschnitt: 36,3 Prozent). In der Kategorie „großes/sehr großes Vertrauen in politische Parteien“ verzeichnete Sachsen mit 4,1 Prozent Zustimmung sogar den niedrigsten Wert aller Bundesländer (vgl. Tabelle 5). Die sächsische politische Kultur (zum Begriff vgl. Kasten) unterscheidet sich zwar nur geringfügig von den anderen östlichen Bundesländern, jedoch ist aus liberaldemokratischer Sichtweise die derzeitige Entwicklung der politischen Kulturen in den

6 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2019, S. 58 und passim.

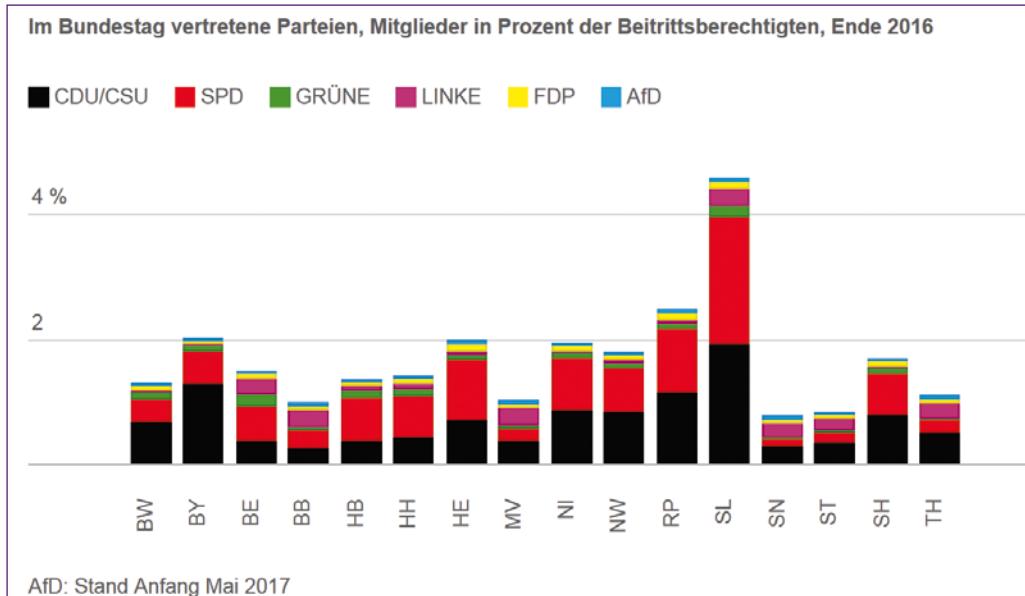
östlichen Bundesländern insgesamt als problematisch einzustufen. Im Folgenden werden zunächst die auf Sachsen bezogenen parteibezogenen Daten präsentiert und danach die komplexen Ursachen für die Vertrauenskrise der Parteien (und der Politiker sowie allgemein der Funktionsweise der repräsentativen Demokratie) diskutiert, deren Wurzeln jedoch nicht allein in Sachsen liegen.

### 3.1. Daten zur gesellschaftlichen Verwurzelung der sächsischen Parteien

Im März 2019 – wie schon zuvor im Dezember 2018 – deuteten Sonntagsfrage-Daten („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag die Landtagswahl stattfände?“) darauf hin, dass in erster Linie eine Krise der derzeitigen sächsischen Regierungsparteien vorliegt: Die Regierungskoalition aus CDU (27 Prozent) und SPD (11 Prozent) kommt in den Umfragen gemeinsam nicht einmal mehr auf 40 Prozent, während LINKE und AfD in der Summe bereits ähnliche Werte erreichen. Die Streuung in der so erfragten Wählergunst – sechs Parteien über der 5-Prozent-Hürde, keine von ihnen über 30 Prozent – ist zwar für Sachsen eine teilweise neue Erfahrung (obwohl in der 4. und 5. Wahlperiode bereits je sechs Parteien im Landtag vertreten waren), bedeutet aber an sich noch keine Krise des Parteiensystems. Die tiefer liegende gesellschaftliche Bindungsschwäche der Parteien offenbart sich in der ländervergleichenden Perspektive (vgl. Tab. 5) sowie beim Blick auf die Daten des „Sachsen-Monitor“, einer in den Jahren von 2016 bis 2018 jährlich vom dimap-Institut im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

Niedermayer (2018, S. 22) hat für die sechs derzeit im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien den jeweiligen Rekrutierungsgrad errechnet, das heißt die tatsächliche Zahl der Parteimitglieder in Prozent aller vom Lebensalter her theoretisch Parteibeitrittsberechtigten. Das Mindestalter beträgt meist 16 Jahre oder 14 Jahre bei den Jugendorganisationen einiger Parteien. Diese Werte wurden sodann – in Niedermayers Publikationsversion 2018 bezogen auf den Mitgliederstand von 2016 – nach Bundesländern getrennt ermittelt, das heißt bezogen auf die Daten in jedem einzelnen Bundesland. Der Vergleich der Bundesländer und Parteien zeigt, dass Sachsen – kumuliert über die sechs erfassten Parteien – im Jahr 2016 auf einen Gesamt-Rekrutierungsgrad von lediglich 0,8 Prozent kam und damit unter allen 16 Bundesländern den letzten Rang belegt (vgl. Grafik G). Der selbe Wert von 0,8 Prozent lässt sich erneut auch für 2018 errechnen. Dieser Wert bedeutet, dass – unter Nichtbeachtung der statistisch nicht ins Gewicht fallenden

### Grafik G: Rekrutierungsfähigkeit von sechs Parteien 2016, nach Bundesländern

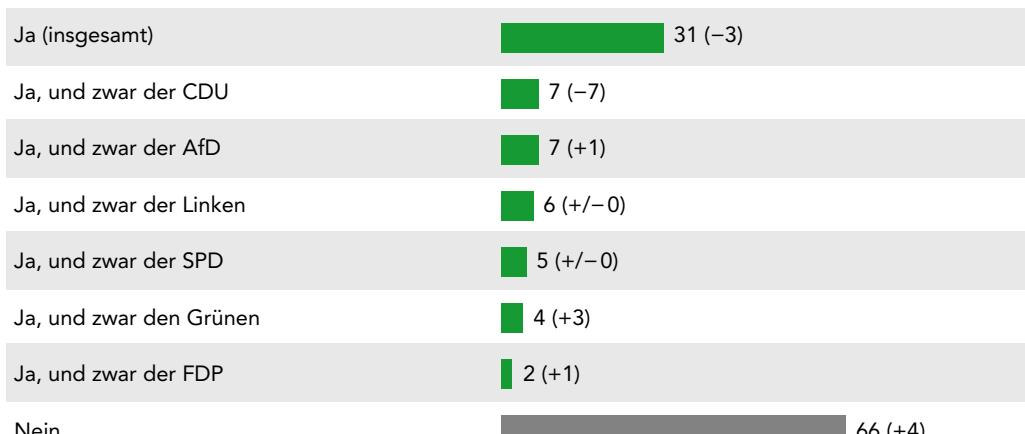


Daten: Niedermayer, Oskar, 2018: Parteimitglieder in Deutschland, Version 2018. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, Berlin: Freie Universität Berlin, S.22.

Internet: [https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT18\\_Nr\\_29.pdf](https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT18_Nr_29.pdf); hier zit. n. Niedermayer, Oskar, für bpb.de, 2017: Rekrutierungsfähigkeit der Parteien. Creative Commons Lizenz: by-nc-nd/3.0/.

Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138674/rekrutierungsfähigkeit> (Aufruf Februar 2019).

### Grafik H: Parteipräferenz (Frage 22 im Sachsen-Monitor 2018)



„Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu? Wenn ja: Welcher Partei neigen Sie zu?“ (in Klammern: Abweichung gegenüber 2017)  
Anm.: Die geringen Werte für die einzelnen Parteien erklären sich dadurch, dass in der Tabelle die 66 Prozent Nicht-Parteizugeneigten eingerechnet sind.

kleineren Parteien – nicht einmal jeder hundertste jugendliche oder erwachsene Sachse Mitglied einer politischen Partei ist. Insgesamt besitzen lediglich rund 30.000 Sachsen ein Parteibuch. Wenn dazu bedacht wird, dass selbst unter den Parteimitgliedern meist nur ein geringer Anteil auch tatsächlich aktiv am Parteileben mitwirkt, während sich die größeren Teile eher als sympathisierende „Mitgliedsbeitragsspender“ (unfreundlich auch „Karteileichen“ genannt) verstehen, wird insgesamt deutlich, dass die Sachsen den politischen Parteien nur in geringem Maße zugeneigt sind.

Hingegen ist in den derzeit an der Spitze rangierenden Bundesländern wie dem Saarland und Rheinland-Pfalz immerhin noch ca. jeder fünfzigste Jugendliche oder Erwachsene Mitglied einer Partei. Aber auch dort werden heute die hohen bundesweiten Rekrutierungsgrade vergangener Jahre (1990: 3,7 Prozent) längst nicht mehr erreicht.

Neben der Frage der Mitgliedschaft gestalten sich auch die Einstellungsmuster der Sachsen zu den Parteien schwierig bis ambivalent, wie die Umfrageergebnisse zu den vier parteienbezogenen Fragen im Sachsen-Monitor belegen:

Erstens wurde nach grundsätzlicher Parteizuneigung gefragt, um – über alle Parteien – das Maß fester Parteibindungen der Sachsen festzustellen (vgl. Grafik H). Es zeigt sich, dass 2018 lediglich 31 Prozent der Befragten einer bestimmten Partei zuneigten (2017: 34%, 2016: 31%), während dies bei 66 Prozent (2017: 62%, 2016: 65%) nicht der Fall war. Die geringen Schwankungen bewegen sich im statistischen Zufallsbereich, also liegt die geäußerte Parteibindung der Sachsen recht stabil bei Werten von ca. einem Drittel. Insgesamt ist die geäußerte Parteibindung der Sachsen insofern sehr niedrig einzustufen, als beispielsweise in Thüringen über denselben Zeitraum (2016 bis 2018) zur gleichen Frage Werte zwischen 43 und 51 Prozent gemessen wurden (vgl. Thüringen-Monitor 2018, dort Abb. 72). Für Deutschland insgesamt ergibt sich sogar – allerdings bezogen auf die nicht direkt sinnvoll vergleichbaren Bundestagswahlen – ein annähernd umgekehrtes Drittelfehlerverhältnis: Deutschlandweit wird bei den Wahlen seit der Jahrtausendwende von jeweils rund einem Drittel Wechselwählern ausgegangen, während die übrigen Wähler eher stabile Parteipräferenzen haben.

Zweitens wurde im Sachsen-Monitor danach gefragt, ob es vorstellbar sei, in einer politischen Partei mitzuarbeiten. Während die Sachsen einigen anderen Formen der politischen Mitwirkung (u. a. Teilnahme an Unterschriftensammlungen, Volksentscheiden, Parlamentswahlen, Demonstrationen...) mehrheitlich durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen, sagten 2018 lediglich 26 Prozent der Befragten, dass sie entweder bereits in einer Partei mitgearbeitet hätten (9%) oder sich dies vorstellen könnten (17%), während für 72 Prozent eine Parteimitwirkung nicht in

### Grafik J: Politische Partizipation (Frage 27 im Sachsen-Monitor 2018)

		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	
An einer Unterschriftensammlung teilnehmen	(+6) (-1) 84	45	39	16	(-3)
An einem Volksentscheid oder einem Bürgerentscheid teilnehmen	(-1) (+4) 76	15	61	23	(-1)
An einer Wahl zu einem Parlament teilnehmen	(+4) (+4) 69	53	16	31	(+2)
Sich an einen Politiker wenden	(+5) (+6) 62	18	44	37	(-9)
An einer Demonstration teilnehmen	(+4) (+4) 61	30	31	38	(-7)
In einer Bürgerinitiative oder in einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitarbeiten	(+1) (+4) 45	11	34	53	(-5)
Politische Meinungsäußerungen im Internet einstellen, bewerten oder teilen	(+4) (+6) 27	10	17	72	(-7)
In einer politischen Partei mitarbeiten	(+3) (+2) 26	9	17	72	(-5)
Sich für ein Amt oder Mandat, zum Beispiel in Ihrer Gemeinde bewerben	(+1) (+6) 25	6	19	74	(-6)
Eine Demonstration blockieren	(+/-0) (+4) 17	4	13	81	(-3)
Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist	(+/-0) (+2) 9	8		90	(-1)

„Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?“ (in Klammern: Abweichung gegenüber 2017)

Frage kame (vgl. Grafik J). In den Jahren 2016 und 2017 betrug dieses Verhältnis sogar nur jeweils 21 zu 77 Prozent. Mit diesen Werten liegt Sachsen aber offenbar im Trend. So wurde auch in Thüringen zwischen 2016 und 2018 eine Bereitschaft zur Parteimitwirkung in der Spannweite zwischen 19 und 27 Prozent gemessen (vgl. Thüringen-Monitor 2018, dort Tab. 70 und 71).

Die entscheidende dritte parteienbezogene Frage im Sachsen-Monitor zielt auf das Institutionenvertrauen. Grafik K zeigt, dass zwar die sächsischen Parteianhänger – wenig überraschend – zu 75 Prozent sehr großes oder großes Vertrauen in ihre jeweils eigene Partei haben, dass aber nur 12 Prozent aller Befragten den Parteien im Allgemeinen sehr großes oder großes Vertrauen zuweisen. 81 Prozent erklären, dass sie den Parteien im Allgemeinen wenig oder gar kein Vertrauen entgegenbringen. Damit stehen die Parteien im Vertrauen der Sachsen unter allen abgefragten politischen Institutionen auf dem letzten Platz, während ansonsten die wesentliche Erkenntnis der Grafik K darin liegt, dass das politische Institutionenvertrauen der Sachsen in dem Maße sinkt, je weiter geografisch entfernt von der lokalen lebensweltlichen Ebene die Institutionen ihren Sitz haben. Insofern liegt zum Beispiel das Europäische Parlament an vorletzter Stelle der Liste – nur eben noch vor den Parteien. Das Vertrauen der Sachsen in ihre Parteien im Allgemeinen hat aktuell sogar gegenüber 2016 (17%) und 2017 (20%) noch weiter abgenommen.



### Grafik K: Vertrauen in Institutionen (Frage 37 im Sachsen-Monitor 2018)

	Sehr großes Vertrauen	Großes Vertrauen	Wenig Vertrauen	Gar kein Vertrauen
der Partei, der Sie nahestehen (n=318, Parteianhänger) (+/-0)	75 29	46	21 3	24 (+2)
der Polizei (+1)	73 18	55	19 5	24 (-3)
dem Bürgermeister Ihrer Gemeinde oder Stadt (-4)	56 6	50	29 9	38 (+3)
dem Gemeinderat/Stadtrat Ihrer Gemeinde/Stadt (-5)	55 4	51	33 6	39 (+5)
den Gerichten (+/-0)	53 13	40	33 8	41 (-2)
der Landesregierung (-5)	46 5	41	41 7	48 (+6)
dem Landtag (-4)	44 3	41	42 7	49 (+3)
dem Landrat Ihres Landkreises (n=653, ohne kreisfreie Städte) (-11)	42 3	39	43 9	52 (+14)
dem Bundestag (-5)	35 4	31	47 14	61 (+4)
der Bundesregierung (-5)	34 8	26	43 18	61 (+4)
der Europäischen Kommission (-6)	21 2	19	42 25	67 (+5)
dem Europäischen Parlament (-8)	20 2	18	44 25	69 (+5)
den Parteien im Allgemeinen (-8)	12 11	51	30	81 (+6)

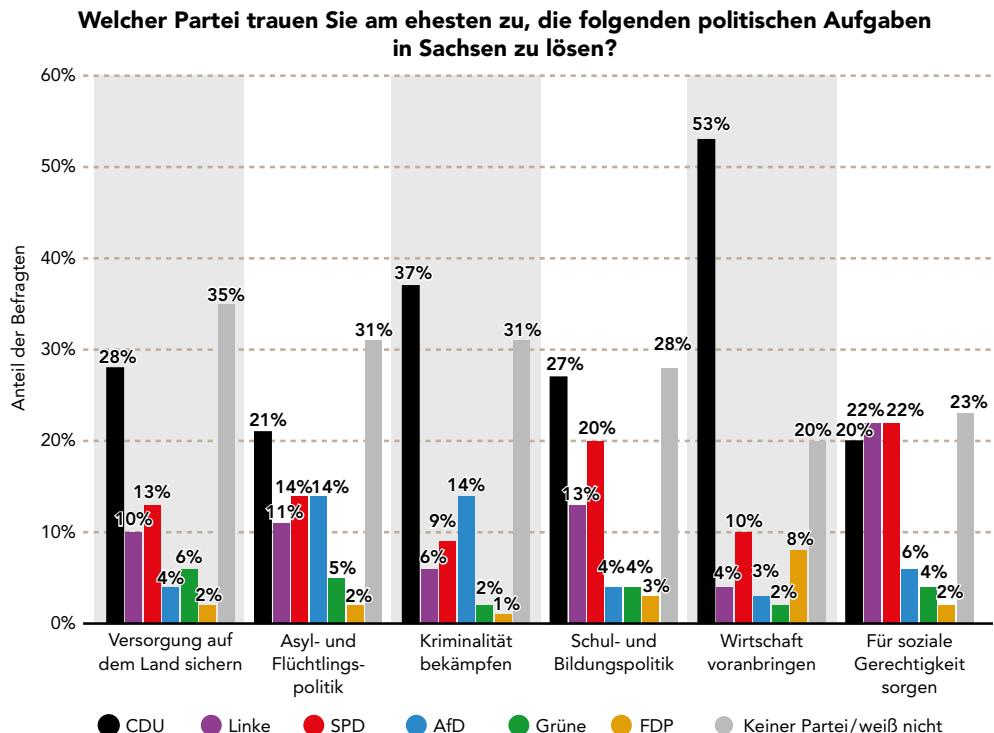
„Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit...“ (in Klammern: Abweichung gegenüber 2017)

Im offiziellen Ergebnisbericht des Sachsen-Monitors 2018 heißt es: „Im Schnitt fällt das Vertrauen [in] Institutionen im Vergleich zu 2017 um 5 Prozentpunkte [...]. Besonders schlecht schneiden die Parteien ab. Ihnen vertrauen nur 12 Prozent der Sachsen“ (S. 24)<sup>7</sup>. Aber auch hinsichtlich des geringen Parteienvertrauens steht Sachsen nicht allein da. So rangieren die Parteien in punkto Institutionenvertrauen z. B. auch in Sachsen-Anhalt auf dem letzten Platz unter sieben dort abgefragten Institutionen (vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2018, Abb. 13 und 14).

Die vierte und letzte parteienbezogene Frage des Sachsen-Monitors nach Möglichkeiten zum Schutz der demokratischen Ordnung liefert einen durchaus überraschend anmutenden Befund: 85 Prozent der Befragten geben an, dass sie zum Demokratischeschutz das Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien für sehr wichtig oder wichtig halten (2016: 80 %, 2017: 84 %). Dieses Ergebnis verwundert im Licht der Befunde zu den anderen parteienbezogenen Fragen vor allem des-

7 Der nur scheinbar abweichende Wert bei der Bertelsmann Stiftung (oben, Tab. 5) erklärt sich damit, dass dort – anders als beim Sachsen-Monitor – eine Fünferskala mit der Mittelkategorie „teils/teils“ verwendet wurde.

### Grafik L: Kompetenzzuschreibungen sächsischer Parteien 2018, nach Politikfeldern



Quelle: Statista.

halb, weil dieselben Befragten nur in geringem Maße selbst zur Parteimitwirkung bereit sind und den Parteien im Allgemeinen nur ein sehr geringes Maß an Vertrauen entgegenbringen. Angesichts dieser Widersprüchlichkeit liegt die Vermutung nahe, dass manche der Befragten kein ganz stringentes Antwortverhalten gezeigt haben könnten. Unbeschadet dessen ergibt sich aber insgesamt der Befund, dass aktuell das Misstrauen der Sachsen in ihre Parteien gegenüber dem Vertrauen eindeutig überwiegt und dass die Rekrutierungsfähigkeit und gesellschaftliche Bindungskraft der Parteien gering ausfällt. Dieser Befund wird indirekt auch durch die – allerdings in anderen Bundesländern ähnlich zu verzeichnende – negative Entwicklung der Wahlbeteiligung bei den sächsischen Landtagswahlen gestützt: Während nach der politisierten Euphorie des Systemwechsels im Jahr 1990 zunächst noch eine Wahlbeteiligung von 72,8 Prozent erreicht wurde, sank diese bei den darauffolgenden drei Landtagswahlen auf Werte um jeweils 60 Prozent (1994: 58,4%, 1999: 61,1%, 2004: 59,6%) und fiel danach sogar in einer Größenordnung von weiteren ca. 10 Prozent auf 52,2 Prozent im Jahr 2009 und 49,2 Prozent im Jahr 2014.

Das Bild eines geringen Parteienvertrauens wird indirekt ferner dadurch unterstrichen, dass im Jahr 2018 bei der auf Politikfelder bezogenen Frage nach den Kompetenzen, die den sächsischen Parteien gleichwohl zugeschrieben werden, in vier von sechs Bereichen die Antwort „keiner Partei/weiß nicht“ dominiert, nämlich zu den Themen „Versorgung auf dem Land sichern“, „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ sowie (jeweils knapp) „Schul- und Bildungspolitik“ und „Für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (vgl. Grafik L). Lediglich in den Politikfeldern „Wirtschaft“ und „Kriminalitätsbekämpfung“ wird jeweils der CDU die größte Kompetenz zugetraut. Bei den Politikfeldern „Versorgung auf dem Land sichern“, „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ und „Schul- und Bildungspolitik“ liegt die CDU auf Platz 2 (hinter „keiner Partei/weiß nicht“), während sich die SPD und DIE LINKE den zweiten Platz im Politikfeld „Soziale Gerechtigkeit“ teilen. Die AfD belegt bei den Kompetenzzuschreibungen meist die Ränge 3 bis 5.

Dass die sächsischen Parteien insgesamt in nur spärlichem Maße auf die Zuneigung und das Vertrauen ihrer Bevölkerung zählen können, entspricht in den Grundzügen allerdings einem deutschlandweiten und in Ansätzen sogar weltweit viele Demokratien betreffenden Trend. Im Osten Deutschlands – und teilweise besonders in Sachsen – kommt jedoch ein besonders großer Unmut und eine Enttäuschung über die als defizitär eingeschätzten Leistungen der Politik und der „Eliten“ hinzu. Die Unzufriedenheit unter anderem mit der Flüchtlingspolitik, der Sozialpolitik, der Vernachlässigung ländlicher Räume sowie mit einem generellen Mangel an politischer Führung wird ergänzt um die Klage über den zunehmenden Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Inwieweit bei den älteren Sachsen zusätzlich ein durch ihre DDR-Erfahrungen bedingter genereller „Anti-Parteien-Affekt“ eine Rolle gespielt haben mag, lässt sich nicht empirisch ermitteln.

Aus der Summe dieser Faktoren sowie aus den relativ geringen parteipolitischen und religiösen Bindungen (mit nur ca. 23 Prozent christlicher Konfessionszugehörigkeit in Sachsen) ist wohl zu erklären, dass die Sachsen relativ leicht den Versuchungen populistischer oder gar extremistischer Vereinfachungsparolen erliegen, und zwar – der überwiegenden politischen Prägung Sachsens folgend – stets eher jenen am rechten als jenen am linken Rand des politischen Spektrums: Die zeitweise sehr große Unterstützung für die PEGIDA-Bewegung in Dresden sowie der Umstand, dass die rechtsextreme NPD zweimal nacheinander in den Sächsischen Landtag einziehen konnte und danach den dritten Einzug nur sehr knapp verfehlte, mögen als Belege hierfür dienen. Umfangreiche Daten und Deutungen zu PEGIDA finden sich v.a. in einem 2016 von Werner J. Patzelt und Joachim Klose vorgelegten Band über diese Bewegung. Eine sehr erhellende Aufschlüsselung des – unten in Kap. 3.2. näher thematisierten – Populismus-Konzepts bietet der



Jahresbericht 2018 „Migration und Populismus“ des von Hans Vorländer geleiteten Mercator Forums Migration und Demokratie (MIDEM).

Im Ergebnisbericht des Sachsen-Monitors 2018 heißt es, die Befunde legten insgesamt nahe, „dass die gemessene Skepsis gegenüber der Funktionsweise der Demokratie und das geringe Vertrauen in eben diese Institutionen – vor allem in die Parlamente, Regierungen und Parteien – in einer Wechselbeziehung zueinander stehen“ (S. 24). Es erscheint auch plausibel, einen direkten Zusammenhang zwischen der Unzufriedenheit vieler Bürger sowie dem geringen gesellschaftlichen Zusammenhalt einerseits und dem relativen Vertrauensverlust in Politik und die (etablierten) Parteien andererseits zu vermuten: Ein für die Stabilität der Demokratie nicht ganz ungefährlicher Zusammenhang.

Die gesellschaftliche Unzufriedenheit in Sachsen lässt sich mit Zahlen aus dem aktuellen „Glücksatlas“ belegen, den das dimap-Institut (welches auch die Sachsen-Monitor-Befragungen durchführt) im Auftrag der Deutschen Post AG erstellt hat. Aktuelle vergleichende Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt hat die Bertelsmann Stiftung vorgelegt.

Der Glücksatlas vergleicht die Lebenszufriedenheit der Deutschen nach 19 Regionen und fünf Messdimensionen (vgl. Grafiken M und N). Sachsen belegte 2018 lediglich den 17. Rang, nachdem es 2017 Rang 16 erreicht hatte. Die Autoren der Studie schreiben dazu: „Die Sachsen liegen in allen Bereichszufriedenheiten recht deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. [...] Lediglich im Bereich ‚Arbeit‘ (7,0) wird ein annähernd durchschnittlicher Wert erreicht. Am größten ist der Abstand zum Bundesdurchschnitt im Bereich ‚Haushaltseinkommen‘ (6,3). Hier schneidet Sachsen um 0,5 Punkte schlechter ab. Das verwundert. Denn mit einem verfügbaren Einkommen von 19.191 Euro steht Sachsen verglichen mit den anderen Ostregionen gut da. [...] Die Arbeitslosenquote liegt mit 6,7 Prozent zwar deutlich über dem Bundesdurchschnitt (5,7). Unter den ostdeutschen Regionen ist es aber der zweitniedrigste Wert. [...] Die Armutgefährdungsquote in Sachsen ist mit 12,4 Prozent nach Thüringen (12,0) die zweitniedrigste im gesamten Bundesgebiet“<sup>8</sup>.

---

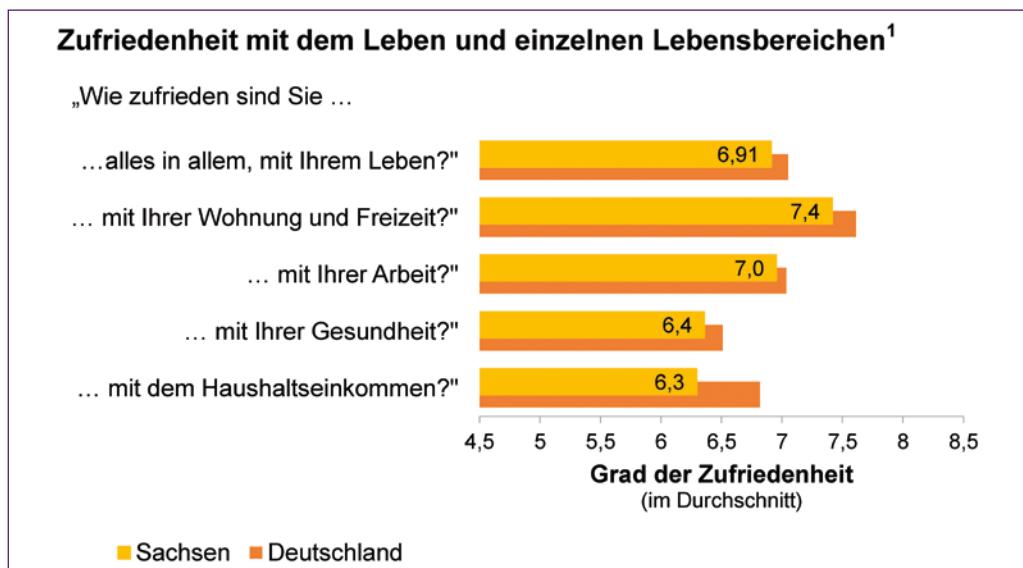
8 Vgl. Internet: <https://www.glaecksatlas.de/> sowie <https://www.dpdhl.com/content/dam/dpdhl/de/media-relations/assets/factsheets-regionen.zip> (Aufruf jeweils Februar 2019).

Grafik M: Glücksatlas 2018: Lebenszufriedenheit in Deutschland, nach Regionen



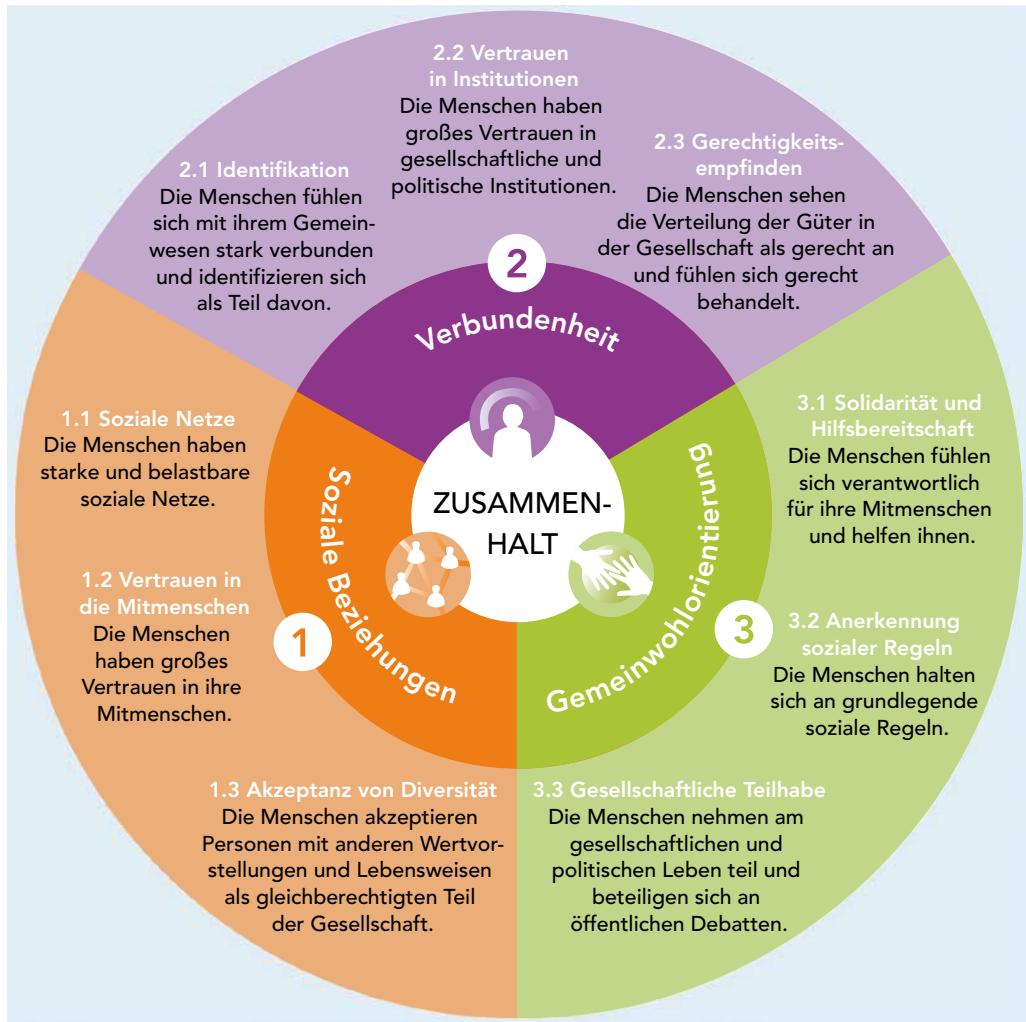
Quelle: Deutsche Post Glücksatlas, Internet: <https://www.gluicksatlas.de/>

Grafik N: Auszug aus dem „Factsheet Sachsen“, Glücksatlas 2018



Quelle: Deutsche Post Glücksatlas, Internet: <https://www.dpdhl.com/content/dam/dpdhl/de/media-relations/assets/factsheets-regionen.zip>

**Grafik O: Bereiche und Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts**  
 (lt. Bertelsmann Stiftung)



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017b, S.25

Die Ausgabe 2017 des „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung kommt zu gleichermaßen wenig schmeichelhaften Ergebnissen betreffs des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Sachsen. Unter Zugrundelegung der in Grafik O dargestellten neundimensionalen Operationalisierung des Begriffs „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ belegte Sachsen im Jahr 2017 den 16. und damit letzten Rang unter allen Bundesländern.

Im Einzelnen stellen sich die Ergebnisse folgendermaßen dar (zit. n. Bertelsmann Stiftung 2017a, S. 1 – 5):

- Bei Skalen jeweils zwischen null (minimaler Zusammenhalt) und 100 (maximaler Zusammenhalt) weist Sachsen in der Dimension „soziale Netze“ mit 68,38 Punkten den zweitniedrigsten Wert aller Bundesländer auf.
- Sachsen erreicht in der Dimension „Vertrauen in Mitmenschen“ einen Wert von 52,02 und weist damit den fünftniedrigsten Wert im Bundesländervergleich auf.
- Sachsen weist in der Dimension „Akzeptanz von Diversität“ einen Indexwert von 68,34 und damit den niedrigsten Wert aller Bundesländer auf.
- Sachsen weist in der Dimension „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ einen Wert von 76,1 auf und bleibt in dieser Dimension somit leicht unter dem Bundesdurchschnitt.
- Sachsen kommt in der Dimension „Vertrauen in Institutionen“ auf 51,31 Punkte und erzielt damit den zweitniedrigsten Wert im Vergleich der Bundesländer.
- Sachsen weist in der Dimension „Gerechtigkeitsempfinden“ mit 33,67 Punkten den viertniedrigsten Wert aller Bundesländer auf.
- Sachsen weist in der Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ einen Indexwert von 43,31 auf und steht somit an vierter Stelle im Vergleich der Bundesländer.
- Sachsen weist in der Dimension „Anerkennung sozialer Regeln“ mit 73,31 Punkten den viertniedrigsten Indexwert aller Bundesländer auf.
- Sachsen erzielt in der Dimension „gesellschaftliche Teilhabe“ mit 47,11 Punkten den zweitniedrigsten Indexwert aller Bundesländer.

Bei regionaler Aufschlüsselung innerhalb Sachsen stellt sich heraus, dass der Erzgebirgskreis, der Vogtlandkreis und der Raum Zwickau hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts noch am günstigsten abschneiden (Indexwerte um 60), während in Dresden, Bautzen, Görlitz sowie in der Sächsischen Schweiz/Osterzgebirge der geringste gesellschaftliche Zusammenhalt festgestellt wurde (Indexwerte unter 55). Die weiteren Gebiete (Chemnitz, Mittelsachsen, Meißen, Leipzig, Nordsachsen) erzielen Werte zwischen 56,2 und 58,2. Zum Vergleich: Der Durchschnittswert für Deutschland betrug 61,37, den besten Wert im Bundesländervergleich erzielte das Saarland mit 63,07.

Allen für Sachsen negativen Vergleichsbefunden zum Trotz erscheinen gelegentlich auch positive Meldungen zum Verhältnis von Gesellschaft zur Politik. Eine repräsentative Befragung von 1.002 Sachsen in der ersten Novemberhälfte 2018 im Auftrag der Sächsischen Zeitung ergab, dass 68 Prozent der Sachsen mit der Arbeit der Sächsischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Michael Kretschmer „voll und ganz zufrieden“ (11%) bzw. „eher zufrieden“ (57%) seien. Lediglich 23 Prozent äußerten sich unzufrieden (vgl. Binninger 2018, S. 1). Ob diese – wenngleich nicht



unmittelbar auf die politischen Parteien bezogenen – Zahlen angesichts der oben zitierten Vergleichsstudienbefunde eine unerklärliche Widersprüchlichkeit bilden oder ob sich hier eine aktuelle Trendwende zu mehr gesellschaftlichem Vertrauen in die Politik andeutet, wird die weitere politische Entwicklung zeigen.

Als bisheriges Zwischenfazit ist allerdings festzuhalten: Die Bindekraft der sächsischen Parteien ist gering. Obwohl jedoch die Ergebnisse des Sachsen-Monitors für die Parteien und den Parteienstaat nicht unbedenklich sind, rechtfertigen sie kein „Sachsen-Bashing“, da sich Sachsen kaum von vergleichbaren Ergebnissen in den anderen Ostländern abhebt, und zwar weder hinsichtlich der (hohen) Demokratieunterstützung noch hinsichtlich der (geringen) Parteienunterstützung. Die deutlicheren Unterschiede ergeben sich nach wie vor im Vergleich aller östlichen mit den westlichen Bundesländern. Im Übrigen röhrt das teilweise negative Image Sachsens und das mediale „Sachsen-Bashing“ weniger von den in den Monitoren abgefragten politischen Einstellungen her, sondern vielmehr von konkreten fremdenfeindlichen bzw. rechtsextremistischen Straftaten – und bei denen liegt Sachsen derzeit tatsächlich deutlich über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Sächsisches Landesamt für Verfassungsschutz 2018).

## **3.2. Ursachen der Vertrauenskrise der Parteien und des Umbruchs im sächsischen Parteiensystem**

Die möglichen Gründe für die Vertrauenskrise und die defizitäre gesellschaftliche Verankerung der Parteien sind in ihrer Komplexität recht unübersichtlich, zumal diese übergreifende Entwicklung mit einem – von teilweise gleichen bzw. zusammenhängenden Ursachen getriebenen – Umbruch im sächsischen Parteiensystem zusammenfällt: Die sächsische CDU ist zwar weiter stark, scheint aber ihre dominante Führungsrolle der Nachwendejahre zusehends zu verlieren, während sich die AfD als neue Partei zu etablieren scheint und somit nicht demselben Zyklus aus kurzlebiger Euphorie und anschließendem Rückfall in relative Bedeutungslosigkeit ausgesetzt ist, dem in der Vergangenheit andere neuen Parteien recht regelmäßig zum Opfer fielen (zuletzt die Piratenpartei).

Für einige Ursachen des Wandels und deren Interpretation gibt es klare Belege, für andere Aspekte nur Indizien oder Plausibilitätsschlüsse. Fest steht jedoch, dass es keine monokausalen Erklärungen gibt. Insofern stellen die nachfolgend aufgelisteten vermutlichen Ursachen für die Vertrauenskrise der politischen Parteien und für den Umbruch im sächsischen Parteiensystem keine konkurrierenden und sich gegenseitig ausschließenden, sondern sich zu einem Gesamtmosaik ergänzende



Erklärungsansätze dar. Die Erklärungen setzen zudem an verschiedenen Bezugs-ebenen an (global, bundespolitisch, ostdeutsch, sächsisch). Der Auflistung liegen mannigfaltige in der journalistischen und wissenschaftlichen Literatur vertretene Deutungen zugrunde.

### **a) Gesellschaftliche Individualisierung schwächt die Parteien**

Als Phänomen aller modernen Gesellschaften ist seit den 1980er Jahren eine Tendenz zur Individualisierung durch die Tertiärisierung der Arbeitswelt (d.h. den Rückgang industrieller Massenproduktion in Großbetrieben bei einem Mehr an Dienstleistungsbetrieben) und vor allem seit Mitte der 1990er Jahre durch die Digitalisierung zu beobachten. Das bedeutet zugleich eine relative Abkehr von kollektiven Wir-Gefühlen und Großgruppen-Selbstverständnissen, an welche speziell die Volksparteien appellieren. Schubert kommentiert: „Die rasanten technisch-ökonomischen Veränderungen und der gesellschaftliche Wandel in der Bundesrepublik haben [...] dazu geführt, dass sich die soziale und strukturelle Verankerung der Parteien deutlich auflöst. [...] Diese Entwicklung rückt die vielen persönlichen Interessen in den Vordergrund und macht es schwieriger, die gemeinsamen bzw. allgemeinen Interessen zu benennen. Das schafft insbesondere für größere Parteien Probleme, die vor der Aufgabe stehen, viele – sich zum Teil widersprechende – Einzelinteressen zu einer eigenständigen Programmatik und einem wiedererkennbaren Profil zusammenzubinden“ (Schubert 2018, S. 111, 114). Die ehemalige SPD-Vorsitzende Andrea Nahles ergänzt, dass in den Achtzigerjahren „kollektives Denken plötzlich uncool wurde und der Trend in Richtung Individualisierung und Selbstverwirklichung merklich anzog“<sup>9</sup>.

### **b) Große Koalitionen stärken die kleineren Parteien und die politischen Ränder**

Es gilt als gesicherte Erkenntnis, dass sogenannte „Große Koalitionen“ aus CDU und SPD, wie sie derzeit im Bund und in Sachsen regieren, die Wähler verstärkt zu den kleineren inner- und außerparlamentarischen Oppositionsparteien hinziehen, ggf. auch zu solchen an den Rändern des demokratischen Spektrums. Diese Erfahrung wurde in der Bundesrepublik bereits im Zusammenhang der ersten Großen Koalition 1966 bis 1969 gemacht, als die NPD regionale Achtungserfolge

---

<sup>9</sup> Zit. in Feldkirchen 2019, S. 26.



erzielte, ohne jedoch die 5 %-Hürde zu überspringen. Die Wahl kleinerer Parteien bietet sich während der Regierung von „Großen Koalitionen“ als Protestwahlverhalten deshalb in besonderer Weise an, weil die Hauptkonfliktlinie und damit die sonst primäre Wahlalternative eben nicht mehr zwischen der CDU und der SPD verläuft. Heute hat sich die Erklärungskraft dieser These als Teilbegründung für die Schwächung des etablierten Parteiensystems bereits bestätigt, da die Großen Koalitionen – nach zunehmender Häufung seit 2005 – heute so „groß“ gar nicht mehr sind, sondern aktuell schon zum Zeitpunkt ihrer Bildung meist nur noch über „normale“ oder knappe Parlamentsmehrheiten verfügen. Große Koalitionen können also sowohl eine Ursache als auch eine – zur parlamentarischen Mehrheitsbildung überhaupt nötige – Folge eines sich bereits im Gange befindlichen Umbruchs im Parteiensystem sein.

### c) Das Parteiensverständnis im Osten Deutschlands ist kritischer und weniger stabil als im Westen

Zwar weist Pickel (2018) zu Recht darauf hin, dass das geringe Politiker- und Parteienvertrauen weder ein ganz neues noch ein spezifisch sächsisches oder ostdeutsches Phänomen darstelle, sondern bereits seit längerer Zeit deutschlandweit zu beobachten sei. Gleichwohl erklären einige mit der jüngeren Geschichte begründbaren Besonderheiten der politischen Kultur ein nicht allein in Sachsen, sondern generell in den östlichen Bundesländern feststellbares kritisches und weniger stabiles Verhältnis der Menschen zu den politischen Parteien als im Westen Deutschlands. Dieses mag mit ursächlich für die derzeitige Vertrauenskrise der etablierten Parteien in Sachsen sein. Im Einzelnen sind folgende Aspekte zu nennen:

Nach der Erfahrung von gleich zwei undemokratischen politischen Systemen in Folge – von 1933 bis 1989 – ist es weder verwunderlich noch den Ostdeutschen vorwerfbar, dass ihre Grade der Demokratieverwurzelung und der Bindungsbereitschaft an politische Parteien im Durchschnitt anders ausgeprägt sind als dort, wo zuvor bereits Jahrzehntelang demokratischer Umgang geübt werden konnte. Gerade die für viele abschreckend wirkenden Erinnerungen an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR mögen nicht wenige Ostdeutsche bereits seit 1990 dazu bewogen haben, sich eine grundsätzliche kritische Distanz gegenüber politischen Parteien zu bewahren. Diese äußerte sich erstens in einer vergleichsweise nur sehr geringen Bereitschaft zu Parteimitgliedschaften, wie der niedrige Rekrutierungsgrad belegt. Zweitens bedeuten geringere Parteibindungen im Osten Deutschlands relativ weniger Stammwähler und mehr Bereitschaft zum Wechselwähler-Verhalten. Amann et al. schreiben: „Die Ostdeutschen gelten als



besonders eifrige Denkzettelwähler. Weil sie sich weniger an Parteien gebunden fühlen als die Westdeutschen, ist ihr Wahlverhalten sprunghafter<sup>10</sup>. Problematisch wird diese an sich flexible Haltung dann, wenn bei manchen Wählern kein „innerer demokratischer Kompass“ vorhanden ist, der für ein moralisches Zurück-schrecken gegenüber extremistischen Parteien sorgt. Die NPD war von 2004 bis 2014 zweimal in Folge im Sächsischen Landtag vertreten und scheiterte 2014 mit 4,95 Prozent nur äußerst knapp am dritten Parlamentseinzug in Folge.

#### **d) Die im Osten Deutschlands hohen Leistungserwartungen an den Staat wurden enttäuscht**

Ein zentraler – und wesentlich durch die DDR-Sozialisierung der älteren Bürger mitbedingter – Prägefaktor der politischen Kultur Ostdeutschlands sind die besonders hohen Leistungserwartungen an den Staat. Die betonte Einforderung staatlicher Leistungen wurde von Almond und Verba in ihrer klassischen Politische Kultur-Studie von 1963 – vielleicht etwas zu sehr aus amerikanischem Blickwinke – als „Untertanenkultur“ bezeichnet. Natürlich gehört auch im Westen Deutschlands die wohlfahrtsstaatliche Orientierung – anders als z.B. in den USA – zum politischen Grundkonsens, aber im Osten ist sie besonders ausgeprägt. Die Leistungserwartungen wurden zunächst durch das Versprechen „blühender Landschaf-ten“ zusätzlich geschürt und anschließend vielfach politisch enttäuscht, wofür die Schuld wesentlich den Parteien angelastet wird. Dies führte wiederum zu einer erhöhten Empfänglichkeit für populistisches Protestverhalten (zum Populismus vgl. unten die Teilerklärungen g) und h)).

Die Erwartungen an den Staat ergeben sich auch in Sachsen aus einem tief verwurzelten Sicherheitsbedürfnis und beziehen sich einesteils auf politische Orientierungs- und Führungsleistungen in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und globalisierungsbedingter Unübersichtlichkeit, andernteils auf materielle staatliche Leistungen der Daseinsfürsorge in den Bereichen der Bereitstellung von Infrastruktur sowie des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Letzteres führt zu einem interessanten Doppelbefund: Während die sich im Wahlverhalten widerspiegeln-den politischen Orientierungen der Sachsen eine deutliche Mitte-Rechts-Prägung erkennen lassen, entsprechen die hohen sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Erwar-tungen eigentlich einer klassischen Mitte-Links-Orientierung. Sie röhren unter

---

<sup>10</sup> Amann et al. 2019, S. 39.



anderem daher, dass in der DDR für die Wohnungsversorgung bei niedrigen Mieten, für Arbeitsplatzsicherheit und für günstige Preise von Grundnahrungsmitteln staatlicherseits gesorgt war.

Nach 1990 wurden die Orientierungs- und Führungserwartungen durch die Person des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) während dessen ersten zwei Amtsperioden zwar noch gut bedient, danach jedoch zusehends weniger. Als sich dann auch noch die vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ vielerorts nicht einstellen wollten, sondern es stattdessen zu einem Verkommen mancher ländlicher Räume kam und sich die Angleichung der Löhne und Renten an das Westniveau sehr lange hinschleppten, wuchs der Unmut vieler Ostdeutscher. In den letzten Jahren traten noch weitere Probleme hinzu, z.B. der Lehrermangel und die unzureichende Personalausstattung der Polizei in Sachsen.

Neben tatsächlichen politischen Steuerungsdefiziten (z.B. kurzfristig zu Beginn der Flüchtlingswelle 2015) und Gestaltungsversäumnissen (in Sachsen u.a. bedingt durch eine über lange Zeit sehr restriktive Haushaltspolitik) besteht das grundsätzliche Problem jedoch darin, dass die ostdeutschen Leistungserwartungen bezüglich schneller, wirksamer und möglichst umfassender Politiklösungen zu dem eher langsam Verhandlungs- und Kompromisscharakter des Mehrebenensystems der repräsentativen Demokratie kaum passfähig sind. Es erwies sich auch als wenig hilfreich, dass daraufhin den Ostdeutschen teilweise „mangelndes Demokratieverständnis“ und „Jammern auf hohem Niveau“ vorgeworfen wurde. In Sachsen wird die Demokratie im Grundsatz nahezu von der gesamten Bevölkerung bejaht, lediglich an ihrer konkreten Ausgestaltung wird Kritik geübt, und die Ungeduld wächst. Problemverschärfend kommt aktuell ein wachsender „neuer Rigorismus“ hinzu, der auch als „Klickkultur“ bezeichnet werden könnte. Feldkirchen (2019, S.26) schreibt, „viele Menschen hätten sich in den vergangenen Jahren daran gewöhnt, dass ihre Bedürfnisse unmittelbar befriedigt und ausgeführt würden. Ein Klick bei Amazon oder Zalando, und das gewünschte Produkt ist tags drauf an der Haustür. [...] Auch diese Mentalität wirke gegen die Volksparteien: dass immer mehr Menschen ihre Wünsche und Ansichten kompromisslos umgesetzt sehen wollten. Zum Konzept der Volksparteien gehört der Ausgleich. Sie wirken wie politische Schalldämpfer, weil Konflikte zunächst in den eigenen Reihen ausgetragen werden. Die Position am Ende dieses Ringens ist naturgemäß eine moderate, ein Kompromiss.“ Die Parteien haben also ein Vermittlungsproblem: Ausgerechnet in Zeiten immer komplexer werdender, oft globaler Problemzusammenhänge wächst in der Bevölkerung die Sehnsucht nach einfachen und schnellen Lösungen. Die durch geänderte Medienkonsumgewohnheiten (weniger Zeitungsabonnenten,



mehr schnelle und flüchtige TV- und Internetinformationen) kürzer gewordenen Aufmerksamkeitsspannen fordern den Politikern knappe „Soundbite-Argumentationen“ ab, deren Sekundenlänge den komplexen Problemlagen praktisch nicht gerecht werden kann.

### e) Der Unmut gegenüber Politik und Parteien hat auch eine emotionale Komponente

Pickel (2018) beschreibt als Ursachen der Unzufriedenheit und des parteipolitischen Protest- und Populismusverhaltens von Teilen der sächsischen Bevölkerung neben handfesten ökonomischen auch emotionale Faktoren, vor allem das Gefühl der sozialen Abwertung und der Nicht-Anerkennung von Lebensleistungen („relative Deprivation“: Gefühl der Benachteiligung gegenüber Bürgern im Westen Deutschlands). Hinzu kommen wahrgenommene Ängste und Bedrohungen, z. B. vor Kriminalität und vor kulturellem Identitätsverlust in der Lebensumwelt durch Migration („Fremde im eigenen Land“). Selbst wenn solche Ängste teils auf ausschließlich medial vermittelten Informationen beruhen und nicht in jedem Fall eine reale Grundlage haben, so gilt gleichwohl das „Thomas-Theorem“: Auch Fehlwahrnehmungen führen zu realen Handlungskonsequenzen, zum Beispiel zur Wahl oder Unterstützung fremdenfeindlicher Parteien. Denn obwohl der Ausländeranteil in Sachsen auch nach der Migrationswelle von 2015 noch immer unter fünf Prozent liegt (und sich darunter zudem circa ein Drittel EU-Bürger befinden), wird das Thema weiterhin – und vorhersehbar bis einschließlich zur Landtagswahl 2019 – prominent diskutiert. Dabei scheint auch übersehen zu werden, dass viele der Flüchtlinge bereits entweder integriert oder aus den sächsischen Stadtbildern schon weitgehend wieder verschwunden sind und aktuell kaum neue Migranten hinzukommen.

Unabhängig vom tatsächlichen Ausmaß der Migration, kommt jedoch auch hier der emotionale Faktor zum Tragen: So schreibt Leick (2019, S. 103) unter Verweis auf den französischen Geografen und Sozialforscher Christophe Guilluy: Der „als verletzend empfundene Bedeutungsverlust [der sozio-ökonomisch Benachteiligten] spitzt sich im Streit um die Migration dramatisch zu. [...] Für die Integration der Migranten ist die Aufnahmefähigkeit der unteren Schichten [...] entscheidend, denn die Neuankömmlinge wandern nicht in die Oberschicht ein. Diese verfügt über die Mittel, unsichtbare Grenzen zu ziehen und sich in ihren Wohnvierteln, Schulen und Karrieren abzuschotten, während sie das Ideal der offenen Gesellschaft propagiere. ‚Die offenen Gesellschaften‘, sagt Guilluy, ‚sind die größten Fake News der letzten Jahrzehnte. Es gibt keine Open Society, es gibt im Gegenteil immer stärker abgeschirmte Welten‘“. An diese – für die sächsische Situation aufgrund einer schwächer ausgeprägten Schichtenabgrenzung allerdings nur be-



dingt zutreffende – Argumentation lässt sich trefflich der Titel des 2018 von der sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping vorgelegten Buches anfügen, der einen ihr vorgehaltenen Bürgerkommentar aufgreift: „Integriert doch erstmal uns“. Die neue wissenschaftliche Aufmerksamkeit gegenüber emotionalen Faktoren politischen Handelns ist aber auch damit zu erklären, dass eben nicht nur die sozio-ökonomisch Abgehängten populistischen Strömungen zuneigen, sondern zu einem nicht unwesentlichen Teil auch solche Bürger, denen es wirtschaftlich gut geht und die sich also offenbar nur „gefühlt“ benachteiligt oder vernachlässigt sehen. Es sei denn, es stecken auch weltanschauliche Differenzen hinter dieser Abkehr von den „Etablierten“.

### **f) Das sächsische Protestverhalten gegenüber etablierten Parteien ist bundespolitisch bedingt**

Eine weitere Erklärung für die teilweise Abkehr von den etablierten Parteien liegt darin, dass die Bundespolitik in die sächsische Politik hineinwirkt. Während im Bund die Regierungspolitik unter der Kanzlerschaft der bis 2018 langjährigen CDU-Vorsitzenden Angela Merkel durchaus einige Themen links der politischen Mitte aufgegriffen hat, scheinen Teile der sächsischen Bevölkerung diese Linie nicht mittragen zu wollen und wenden sich politisch nach rechts.

Es kann als empirisch gesichert gelten, dass die Sachsen im Durchschnitt politisch etwas konservativer geprägt sind als die Bevölkerungen vieler anderer Bundesländer. Dies legen nicht nur die Wahlergebnisse seit 1990, sondern auch politikwissenschaftliche Untersuchungen immer wieder nahe (vgl. z.B. Jesse 2016, S. 205). Aktuell sind Teilgruppen derjenigen sächsischen Wähler, die ansonsten überwiegend der CDU nahestehen, nicht länger bereit, die schon mehrfach so beschriebene „Sozialdemokratisierung der CDU“ auf Bundesebene mitzutragen. Ihnen ist nicht nur die im Jahr 2015 zumindest anfangs sehr liberale Migrations- und Integrationspolitik („Wir schaffen das!“) zuwider, sondern sie wenden sich auch gegen weitere von der Regierung Merkel mitgetragene oder selbst initiierte „linke“ Politikwechsel, die vom Atomausstieg über die Aussetzung der Wehrpflicht und die Einführung eines Mindestlohnes bis hin zur „Ehe für alle“ reichen. Den Effekt der Bundespolitik bekommt in jüngster Zeit vor allem die sächsische CDU in Form eines partiellen Vertrauensentzuges ihrer Wähler zu spüren, obwohl sie innerhalb der Gesamt-CDU schon als ziemlich konservativer Landesverband gilt. Aber auch die SPD befindet sich in einem Dilemma: Sie kann sich – zumal als Koalitionspartner der CDU in der Bundesregierung – kaum mehr eigenständig profilieren, denn sie steckt in der programmatischen Klemme zwischen der im Bund tendenziell „sozialdemokratisierten“ CDU und der Oppositionspartei DIE LINKE. Obwohl die SPD



innerhalb der Regierungskoalition einige auf sie zurückgehende Erfolge vorweisen kann (zum Beispiel die Einführung des Mindestlohns), muss sie feststellen, dass ihr diese in der Wahrnehmung vieler Bürger scheinbar kaum positiv angerechnet werden. Hinzu kommt, dass manche politischen Unterscheidungen gegenüber der CDU ohnehin nur schwer medial vermittelbar sind, weil sie relativ kleinteilige Detail- und Umsetzungsfragen betreffen. Die sächsische Landes-SPD bekommt diesen Trend ihrer Bundespartei einsteils auch zu spüren und wird andernteils von einem Großteil der Sachsen ohnehin schon seit 1990 wenig wertgeschätzt. Die sächsischen Sozialdemokraten können sich daher trotz derzeit engagierter Regierungsarbeit offenbar strecken wie sie wollen: Es gelingt der Partei weiterhin nicht, sich in Sachsen zu einer großen Volkspartei zu entwickeln. In aktuellen Umfragen rangiert die sächsische SPD bei 11 Prozent (Wahlergebnis 2014: 12,4 %).

### **g) Die sächsische Politisierbarkeit und Empfänglichkeit für Populismus setzt Parteien unter Druck**

Die Sachsen sind zwar den politischen Parteien nicht besonders zugeneigt, aber sie sind durchaus politisch und sogar ziemlich leicht politisierbar – und wiederum auch stolz auf ihre politische „Aufsässigkeit“ (Patzelt 2017, S. 44). Dies kann durchaus als Alleinstellungsmerkmal der politischen Kultur Sachsens bezeichnet werden – auch gegenüber den anderen östlichen Bundesländern. Schon vor 1990 wurden bisweilen vorsichtige eigene sächsische Akzente gegenüber der Berliner Zentralregierung der DDR gesetzt. Dass die Sachsen dazu neigen, ihrer politischen Unzufriedenheit besonders schnell durch Demonstrationen Ausdruck zu verleihen (vgl. z. B. Werz/Koschkar 2016, S. 11.), zeigte sich dann nicht nur an der Friedlichen Revolution von 1989, die DDR-weit zu einem wesentlichen Teil durch die Montagsdemonstrationen in Leipzig geprägt wurde, sondern wird auch durch die phasenweise hohe Beteiligung an den Dresdner PEGIDA-Demonstrationen seit 2014 belegt. Wohl nicht von ungefähr ist in der aktuellen Phase neuerlicher Politisierung zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder eine sächsische Wahlbeteiligung gestiegen, nämlich auf 75,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 gegenüber 59,5 Prozent im Jahr 2013. Als Hintergründe für das sich im Protest- und Demonstrationsverhalten widerspiegelnde politische Selbstbewusstsein werden ein stark ausgeprägtes Landesbewusstsein und der Stolz auf die sächsische Identität zitiert<sup>11</sup>. Pickel weist

---

11 Vgl. Jesse 2016, S. 200, 203.



(unter Bezug auf Hirschmans Konzept „Exit, Voice, and Loyalty“ aus dem Jahr 1970) darauf hin, 1989 habe den Sachsen gezeigt, dass sich „Voice“ (d. h. Aufbegehren) durchaus lohnen kann anstelle andauernder „Loyalty“ (Loyalität).

Allerdings sind manche Sachsen auch durchaus empfänglich für den Rechtspopulismus, und einige der PEGIDA-Demonstranten sehen sich derzeit schon in einem ähnlich heroischen „Widerstandskampf gegen das Regime“ wie im Jahr 1989. Sie betrachten sich als Vorreiter des Protests in ihrem Kulturkampf gegen die etablierten Parteien und generell gegen die Eliten in Regierung und Medien. Patzelt beschreibt die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) als die parlamentarisch institutionalisierte Fortsetzung der PEGIDA-Bewegung. Vielfach wird darauf hingewiesen, dass die CDU an ihrer rechten Flanke eine Repräsentationslücke hat entstehen lassen, also quasi eine politische „Marktlücke“, die bei den sächsischen Landtagswahlen zuerst von der NPD ausgefüllt werden konnte und die heute von der AfD geschlossen wird, allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass sich die AfD innerhalb des demokratischen Spektrums bewegt. Insofern kam die neu gegründete AfD solchen sächsischen Wählern gerade recht, die sich zwar rechts von der CDU positionieren wollten, ohne dafür aber eine extremistische Partei wählen zu müssen. Theoretisch hätte mindestens auch die konservative Deutsche Soziale Union (DSU) die Repräsentationslücke schließen können, aber die Partei ist derzeit in der öffentlichen Wahrnehmung zu wenig präsent, als dass sie diese Chance hätte nutzen können<sup>12</sup>.

Insgesamt setzt die organisierte Präsenz des Rechtspopulismus und der Kräfte rechts der CDU die etablierten sächsischen Parteien gehörig unter Anpassungsdruck. Politische Beobachter weisen darauf hin, dass sich gerade die CDU in ihrer Rolle als Regierungspartei sonst kaum so schnell für den kürzlich eingeleiteten Politikwandel entschieden hätte, der von der Verbeamung von Lehrern über Neueinstellungen bei der Polizei bis hin zur verstärkten Förderung ländlicher Räume reicht.

---

12 Bei der DSU handelt es sich um eine schon seit Ende der DDR bestehende Partei, die – aber nur anfänglich – eine Art „sächsische CSU“ darstellte und bei der letzten freien Volkskammerwahl 1990 mit einem Ergebnis von 6,3 Prozent einen später nie wiederholten Achtungserfolg einschließlich Beteiligung an der letzten DDR-Regierung erzielte.



## Begriff: Populismus

„Populistisch“ bedeutet wörtlich „volksnah“. Der Begriff wird in der aktuellen politischen Diskussion verstanden im Sinne von: „beanspruchend, die ‚wahre‘ Stimme des Volkes zu vertreten bzw. selbst zu sein“. Demgemäß kann Populismus eine Eigenschaft sowohl von politischen Akteuren (Politikern, Parteien) als von auch Teilgruppen der Bevölkerung als auch von bestimmten Boulevard-Medien sein.

Dem Links- und Rechtspopulismus gemein ist a) ein relativer Mangel an Toleranz gegenüber anderen Positionen, b) eine relative Vereinfachung politischer Problemanalysen und Lösungsangebote sowie c) eine oft pauschale Kritik am so wahrgenommenen Egoismus und politischen Versagen der etablierten „Eliten“, v.a. der Parteien, Regierungen und der Medien. Ein inhaltlich verbindendes Element von Rechts- und Linkspopulismus bildet zudem die Skepsis gegenüber der ökonomischen Globalisierung und die Kritik an deren – tatsächlich nicht von der Hand zu weisenden – ungerechten Verteilungswirkungen. Der Rechtspopulismus unterscheidet sich vom Linkspopulismus durch vier zusätzliche Elemente: a) Nationalismus und weitgehende Ablehnung von Migration, b) Angst vor kulturellen Identitätsverlusten, c) Sehnsucht nach orientierungsstiftender autoritärer politischer Führung im Sinne der eigenen Weltanschauung und d) ggf. Befürwortung von wirtschaftlichem Isolationismus.  
(Literaturempfehlungen: Manow 2018, Müller 2016)

## h) Der Populismus führt einen Kulturmampf auf der Folie des Parteiensystems

In vielen Demokratien weltweit haben populistische Parteien oder Politiker bereits die Regierungsmacht erlangt, zuletzt sogar in Brasilien. Dementsprechend gibt es auch mehrere internationale Analysen und Deutungen des Populismus, die daraufhin zu prüfen wären, ob sie auf die Situation des sächsischen Parteiensystems erklärenkräftig übertragbar sind.

Eine prominente These sei hier herausgegriffen: Sie besagt, dass ein Kulturmampf zwischen der liberalen Moderne und der populistischen Anti-Moderne geführt werde (vgl. etwa Leick 2019, S. 101; Populisten würden die Zuordnung der Adjektive vermutlich genau umgekehrt vornehmen). Demnach gehe es den populistischen Strömungen nicht allein um die Erlangung von Regierungsmacht, sondern speziell Rechtspopulisten versuchten vor allem, mit ihren konservativen und wenig weltoffenen Positionen auch die gesellschaftlich-kulturelle Problemdeutungsmacht zu erringen. Sie strebten an, die Diskurshoheit dahingehend zu gewinnen, dass sich ihre Weltsicht auch in der medialen Öffentlichkeit als quasi „selbstverständliche“ herrschende Mehrheitsmeinung etabliert. Mit anderen Worten: Sie wollten einen neuen Zeitgeist definieren und durchsetzen. Solange dies nicht geschehen sei, reagierten sie meist sehr dünnhäutig auf mediale Beiträge, die sie in die „rechte Ecke“ abzustempeln versuchten. Die bisher dominierenden Medienvertreter

würden als Unterstützer des – so wahrgenommenen – bisherigen linksliberalen Modernisierungs- und Globalisierungszeitgeistes kritisiert. Oft werde ihnen vorgeworfen, sie würden mit verzerrenden Darstellungen („Lügenpresse“) versuchen, den politischen Status Quo im Sinne der regierenden Eliten aufrecht zu erhalten. Lässt sich diese Deutung auf Sachsen übertragen?

- Auch viele sächsische Populisten fühlen sich – getragen durch bislang steigende Zustimmungswerte in der Bevölkerung – derzeit im Aufwind und sind zuverlässiglich, dass ihre Wirklichkeitskonstruktion mehrheitsfähig werden könnte. Entsprechend selbstbewusst treten sie heute bereits auf (vgl. Einrichtung eines Internetportals, bei dem Lehrer gemeldet werden können, die sich in der Schule nicht hinreichend politisch neutral äußern).
- Auch in Sachsen finden sich überdurchschnittlich viele Populismus-Anhänger in den ländlichen Räumen (ebenso wie z. B. im Mittleren Westen der USA), während die Bewohner der eher globalisierungsnahen großen Städte – und dort speziell die Jugendlichen – deutlich liberaler und weltoffener sind. Das Nebeneinander von Globalität und Regionalität könnte sich also zu einer räumlichen Spiegelung des Kampfes zwischen Moderne und Anti-Moderne entwickeln – und sich dann auch im Parteiensystem und in den Wahlergebnissen widerspiegeln.
- Populisten von rechts und links könnten wahrscheinlich mit dem Thema Globalisierungskritik am besten politisch punkten. Die liberale Demokratie hat das Problem, dass sich mit ihr die neoliberalen globalisierte Wirtschaft und die „Finanzindustrie“ untrennbar verbinden – mit all ihren ungerechten Verteilungswirkungen. Allerdings ist dies wahrlich kein primäres Thema sächsischer Landespolitik, wenn man einmal von der Landesbank Sachsen (Sachsen-LB) und deren Notverkauf im August 2007 absieht.

### i) Der Attraktivitätsmangel von Parteien ist teils strukturell und organisationskulturell bedingt

Als ein weiteres mögliches Steinchen im Erklärungsmosaik für die Vertrauenskrise von Parteien sei letztlich auf deren strukturelle Defizite und Binnensoziologien hingewiesen:

- Einige Parteien haben ein Problem bezüglich einer nicht hinreichenden gesellschaftlichen Basisverwurzelung und dem Knüpfen von Netzwerkbeziehungen, beispielsweise zu Vorfeldorganisationen auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene, und zwar teils schlicht aus einem „Mangel an Masse“, wenn die eigene



Mitgliederbasis zu dünn ist – so etwa bei den Grünen, der FDP und selbst bei der SPD, bei der einzelne Abgeordnete gleich an mehreren Orten Wahlkreisbüros unterhalten, die sie reihum mit ihrer Anwesenheit bedienen. Einige Parteien – von der AfD bis hin zur Piratenpartei – versuchen auch teils recht erfolgreich, ihre geringe Präsenz „in der Fläche“ durch ein Mehr an Präsenz im Internet und in den Sozialen Medien auszugleichen.

- Zwar unterscheiden sich fallweise die „Parteikulturen“, aber gerade die etablierten Parteien haben lange Zeit mit Überalterungsproblemen zu kämpfen gehabt (insbesondere DIE LINKE, als sie noch PDS hieß und einen großen Teil ehemaliger SED-Mitglieder in sich integrierte), und noch mehr Parteien sind durch phasenweise mehr oder weniger stark ausgeprägte innerparteiliche Postenrangeleien und Flügelkämpfe „geplagt“. Wenn dann womöglich noch die Sitzungen mancher Ortsverbände in muffigen Gaststätten-Hinterzimmern stattfinden, lässt sich kaum vermuten, dass sich solche Parteien in Stil und Selbstverständnis als zu den Erwartungen potenzieller Neumitglieder gut anschlussfähig erweisen. Schubert (2018, S. 114) konstatiert angesichts der Überalterung vieler Parteien, diese hätten „bislang wenig Ideen und Initiativen entwickelt [...], um neue, interessierte und insbesondere junge Menschen von politischer Mitarbeit zu überzeugen“.
- Schließlich hängt der Zuspruch zu Parteien neben dem programmatischen Angebot in nicht zu unterschätzender Weise auch vom Führungspersonalangebot ab. Eine überzeugende Persönlichkeit des Spitzenkandidaten bzw. der Spitzenkandidatin bei Wahlen kann durchaus ein Kriterium sein, nach dem viele Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob sie eine Partei zu unterstützen bzw. zu wählen bereit sind oder nicht. Hier spielt jedoch der Zufall eine nicht unwesentliche Rolle, dem die parteiinterne Selektion des Spitzengewählten stets unterworfen ist.

Zusammenfassend für dieses Teilkapitel ist festzuhalten, dass sich die vorgestellten Erklärungsansätze für den Vertrauensverlust der Parteien in ihrer Summe als problematisch für die Demokratie auswirken könnten, wenn sich die Bürger durch ihr Misstrauen mittelfristig quasi selbst ihrer Parteien als den wichtigsten Vermittlungsinstanzen zwischen Gesellschaft und Staat berauben. Patentrezepte dafür allerdings, wie die derzeit nicht unbedenkliche Tendenz der Vertrauenserrosion umzukehren wäre, um den Parteien – und damit letztlich der Demokratie – wieder dauerhaft stabile Unterstützung zu sichern, können an dieser Stelle nicht geliefert werden.

## 4. Entwicklungslinien des sächsischen Parteiensystems seit 1990 und Einzelprofile

Sachsen ist seit der Friedlichen Revolution durch eine Hegemonialstellung der CDU gekennzeichnet gewesen. Diese Position verdankte die CDU einerseits wesentlich der Person des parteiübergreifend sehr angesehenen ersten Ministerpräsidenten nach 1990, Kurt Biedenkopf (CDU). Dieser wurde gelegentlich auch als „König Kurt“ tituliert, worin sich, wenn nicht eine verdeckte monarchische Sehnsucht mancher Sachsen, so doch in jedem Fall ihr Wunsch nach von der Politik zu erbringenden Orientierungs- und Führungsleistungen widerspiegelte. Andernteils schreibt Jesse (2016, S. 205), Sachsen sei ohnehin „neben Bayern wohl das konservativste Land der Bundesrepublik Deutschland“. Lediglich die Städte Leipzig und Chemnitz sind punktuell durch linke Mehrheiten geprägt. In den ländlichen Räumen – ganz besonders z. B. in den sorbischen Siedlungsgebieten – dominierte die CDU strukturell ebenso wie in der Stadt Dresden. In letzter Zeit wird der CDU allerdings mancherorts ihr Rang durch die politisch rechts von ihr angesiedelte AfD streitig gemacht, insbesondere in Ostsachsen und in der Sächsischen Schweiz, wo die AfD bei der Bundestagswahl 2017 drei Wahlkreise direkt gewinnen konnte – ein in Deutschland bislang einmaliger Fall. Außerdem lag die – erst im Jahr 2013 gegründete und bei der sächsischen Landtagswahl 2014 erstmals in ein deutsches Länderparlament eingezogene – AfD beim sächsischen Bundestagswahlergebnis 2017 und beim Europawahlergebnis 2019 jeweils vor der CDU, wodurch sich letztere erstmals seit 1990 bei landesweiten Wahlen in Sachsen geschlagen sah. Nur wenige Monate später erfolgte – zusätzlich flankiert von einer medial verbreiteten heftigen Kritik des ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf – der Rücktritt Stanislaw Tillichs als Ministerpräsident, dem im Dezember 2017 Michael Kretschmer (CDU) im Amt nachfolgte.

Die nach 1990 zunächst sehr dominante Stellung der CDU in der sächsischen Parteienlandschaft wurde durch die politische Schwäche der Doppelopposition aus SPD und PDS (seit 2007: DIE LINKE) mit begünstigt (vgl. z. B. Jesse et al. 2014, S. 184). Diese ergab sich aufgrund der in den 1990er Jahren zwar politisch pragmatischen, jedoch noch stark von der SED-Vergangenheit geprägten PDS und aus der damaligen Linie sowohl von PDS und SPD, sich strikt gegeneinander abzugrenzen. Die Gespaltenheit des Lagers links der Mitte sowie die der CDU-Regierung zugeschriebene positive wirtschaftliche Entwicklung Sachsens führten bei den ersten drei Landtagswahlen (1990, 1994, 1999) jeweils zur absoluten Mehrheit der CDU, die zudem – bis heute – regelmäßig nahezu alle Wahlkreise mit ihren Direktkandi-



daten gewinnen konnte. Im Jahr 2004 gelang es der CDU dann nicht mehr, die absolute Mehrheit zu erringen, was viele Beobachter als die von den Wählern erteilte „Quittung“ für parteiinterne Grabenkämpfe und Ungeschicklichkeiten beim zuvor im Jahr 2002 vollzogenen Führungswechsel im Amt des Ministerpräsidenten von Kurt Biedenkopf zu Georg Milbradt werteten. Auch der nachfolgende Führungswechsel von Georg Milbradt zu Stanislaw Tillich im Jahr 2008 erfolgte nicht geräuschlos und aus Sicht des Amtsinhabers unfreiwillig. Er hing mit dessen Rolle bei der im Jahr 2007 notverkauften Sachsen-LB zusammen. Folglich war die CDU seit 2004 zur Regierungsbildung auf Koalitionspartner angewiesen (2004: SPD, 2009: FDP, seit 2014: SPD). Gleichwohl blieb sie weiterhin die zunächst mit Abstand stärkste Partei in Sachsen.

Die 1990 neu gegründete sächsische SPD befindet sich indes bereits seit der Friedlichen Revolution betreffs ihrer Mitgliederzahlen – und seit 1999, als sie die Oppositionsführerschaft an die PDS verlor, auch hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse – fast im Status einer Kleinpartei, obwohl doch das „rote Sachsen“ historisch ein Stammland der deutschen Sozialdemokratie bildete. Den Tiefpunkt markierte das einstellige Landtagswahlergebnis von nur 9,8 Prozent im Jahr 2004, das der SPD aber gleichwohl die Regierungsbeteiligung als Juniorpartner der CDU bescherte, und zwar als quasi rechnerische Notwendigkeit angesichts des erstmals in einem deutschen Landtag gegebenen Sechs-Parteien-Systems unter Einschluss der NPD. Ansonsten wäre nur eine Koalition der CDU mit der Partei DIE LINKE oder eine Dreierkonstellation mehrheitsfähig gewesen, was sich aber politisch verbot. Seit 2014 bildet die inzwischen wieder mit 12,4 Prozent im Landtag vertretene SPD erneut mit der CDU die Regierungskoalition.

Anders als die in Sachsen neu gegründeten Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen (letztere anfangs noch in Listenverbindung mit dem Neuen Forum) konnten die CDU, die PDS und die FDP nach 1990 zunächst auf den Mitgliederstamm und teilweise auf die Organisationsstrukturen ihrer jeweiligen DDR-Vorgängerparteien zurückgreifen, auch wenn danach die Mitgliederbasis aufgrund der neuen politischen Lage sowie aufgrund ungünstiger Altersstrukturen überall rasch abschmolz. Die im Rahmen ihrer Listenverbindung mit dem Neuen Forum im 1. Landtag (1990–1994) vertretene Partei Bündnis 90/Die Grünen wurde zunächst zweimal nicht wiedergewählt und ist erst seit 2004 wieder im Landtag vertreten. Sie ist angesichts ihrer überwiegend studentischen und alternativen Klientel schwerpunkt-mäßig in den großen Städten präsent, weniger auf dem Lande. Auch der FDP man-

gelt es an einer hinreichenden Mitgliederbasis in den ländlichen Räumen.<sup>13</sup> Die FDP ist – auch mit bedingt durch einen zwischenzeitlich negativen Bundestrend der Partei, der sie dort von 2013 bis 2017 in die außerparlamentarische Opposition verbannte – in der derzeitigen 6. Wahlperiode (2014–2019) nicht mehr im Sächsischen Landtag vertreten, obwohl sie noch unmittelbar zuvor von 2009 bis 2014 als Koalitionspartner der CDU sogar an der Staatsregierung beteiligt war.

Neben der CDU-Dominanz und der SPD-Schwäche bildete die zwischenzeitliche Stärke der rechtsextremen NPD eine weitere Besonderheit des sächsischen Parteiensystems. Sachsen ist bislang das einzige Bundesland, in dem es der NPD gelang, zweimal in Folge (2004 und 2009) in den Landtag einzuziehen. Und im Jahr 2014 scheiterte die NPD nur denkbar knapp um 0,1 Prozent an der 5-Prozent-Sperrklausel. Beobachter gehen davon aus, dass die NPD nur deshalb den erneuten Wiedereinzug in den Landtag verpasste, weil sie quasi von der AfD als „gemäßigte“ – und demokratische – politisch rechtsorientierte Protestpartei abgelöst wurde. Die Wählerwanderungsanalyse zeigt, dass die NPD bei der Landtagswahl 2014 ca. 13.000 Stimmen an die AfD verlor, was für die NPD den größten einzelnen Abgangsposten bedeutete. Seither ist die NPD weiter geschrumpft und spielt derzeit keine bedeutende politische Rolle mehr. Hingegen hat die AfD die Abspaltung der Partei „Die Blauen“ um die Ex-Vorsitzende Frauke Petry im Jahr 2017 offenbar weitgehend unbeschadet überstanden und scheint sich in Sachsen weiter im Aufwind zu befinden.

Die hier skizzierten Entwicklungen des sächsischen Parteiensystems seit 1990 lassen sich durch einen Blick auf die Entwicklung der Landtagswahlergebnisse auch grafisch gut veranschaulichen. Es wird deutlich, dass sich Sachsen von einem Fünf-Parteien-System (1990) zu einem Drei-Parteien-System (1994, 1999) zu einem Sechs-Parteien-System (2004, 2009) und wieder zu einem Fünf-Parteien-System weiterentwickelt hat (vgl. Tabelle 6 und Grafik P). Damit liegt Sachsen im Trend der Vielparteien-Landtage, der sich in den letzten Jahren auch in den anderen Bundesländern herausgebildet hat. Trotz der zwischenzeitlichen relativen parlamentarischen Zersplitterung 2004 und 2009 haben es die sächsischen Parteien seit 1990 aber immer geschafft, die nötigen Parlamentsmehrheiten zu bilden, um stabile und handlungsfähige Regierungen bzw. Regierungskoalitionen hervorzubringen.

---

<sup>13</sup> Gleichwohl schnitt sie bei der Landtagswahl 2014 in den ländlichen Räumen ähnlich erfolgreich ab wie in den großen Städten und stellt landesweit sogar mehr Bürgermeister als beispielsweise DIE LINKE.



Tabelle 6: Wahlergebnisse zum Sächsischen Landtag, 1990–2014

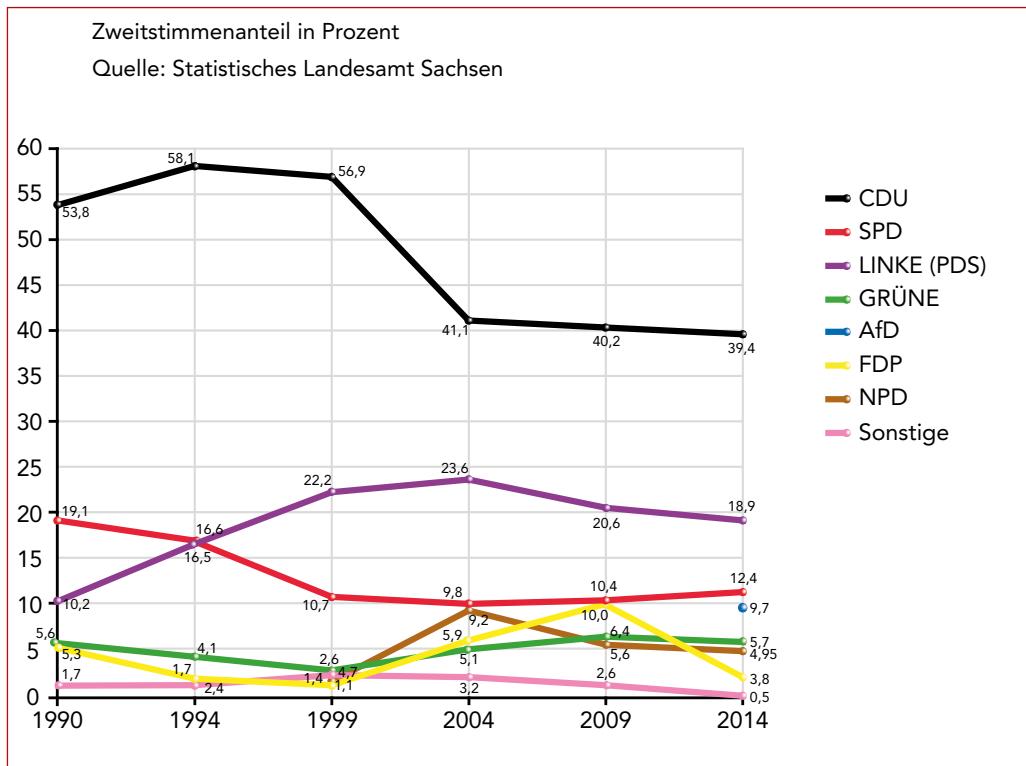
	1990	1994	1999	2004	2009	2014
<b>CDU</b>	53,8 92 Sitze	58,1 77 Sitze	56,9 76 Sitze	41,1 55 Sitze	40,2 58 Sitze	39,4 59 Sitze
<b>DIE LINKE (PDS)</b>	10,2 17 Sitze	16,5 21 Sitze	22,2 30 Sitze	23,6 31 Sitze	20,6 29 Sitze	18,9 27 Sitze
<b>SPD</b>	19,1 32 Sitze	16,6 22 Sitze	10,7 14 Sitze	9,8 13 Sitze	10,4 14 Sitze	12,4 18 Sitze
<b>Bündnis 90/Grüne</b>	5,6 10 Sitze	4,1	2,6	5,1 6 Sitze	6,4 9 Sitze	5,7 8 Sitze
<b>FDP</b>	5,3 9 Sitze	1,7	1,1	5,9 7 Sitze	10,0 14 Sitze	3,8
<b>NPD</b>	0,7	-	1,4	9,2 12 Sitze	5,6 8 Sitze	4,95
<b>AfD</b>	-	-	-	-	-	9,7 14 Sitze
<b>Freie Wähler</b>	-	-	-	-	-	1,6
<b>Tierschutz- partei</b>	-	-	-	1,6	2,1	1,1
<b>Piraten</b>	-	-	-	-	1,9	1,1
<b>Die PARTEI</b>	-	-	-	-	-	0,7
<b>DSU</b>	3,6	0,6	0,4	0,5	0,2	0,2
<b>Sonstige</b>	1,7	2,4	4,7	3,2	2,6	0,5
<b>Wahlbet.</b>	72,8	58,4	61,1	59,6	52,2	49,1
<b>Sitze</b>	160	120	120	124	132	126

(Zweitstimmenanteile in Prozent und Sitze)

Eine genaue Analyse der Wahlstatistiken zeigt: Jenseits der in Sachsen dominierenden Partei(en) hat sich weitgehend unter dem Radar medialer Aufmerksamkeit seit 1990 eine bunte Vielfalt an kleinen Parteien entwickelt, die in der Zusammenschau das gesamte politische Spektrum von links nach rechts abdeckt.

Bei den bislang sechs Landtagswahlen in Sachsen wurden insgesamt 32 Parteilisten zugelassen, von denen 16 nur bei einer einzigen Landtagswahl antraten. Viele von ihnen sind längst nicht mehr aktiv bzw. haben sich aufgelöst. Gelegentlich erfüllten auch ganz besondere Parteien die formalen Kriterien und wurden zur Wahl zugelassen, z. B. die Deutsche Biertrinker Union (DBU) im Jahr 1990 als „Spaßpartei“ oder im Jahr 2014 die Partei „Die PARTEI“, deren Gründung auf Bundesebene (2004) vom Satire-Magazin „Titanic“ initiiert wurde. Bisher waren sieben Parteien im Sächsischen Landtag vertreten, darunter lediglich drei in sämtlichen sechs Wahlperioden: die CDU, die SPD und DIE LINKE (ehemals PDS). Nur sechs Parteien sind bei allen sechs Landtagswahlen bis 2014 angetreten: Die CDU, die

## Grafik P: Landtagswahlergebnisse in Sachsen, 1990–2014



SPD, DIE LINKE (PDS), Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und die DSU. Dabei bildet die DSU ein Kuriosum, denn bei keinem ihrer sechs Anläufe gelang der Sprung über die 5-Prozent-Hürde. 2019 tritt die DSU nicht mehr mit einer Landesliste an. In Tabelle 7 sind – unter Zuordnung der Zeitpunkte ihres Kandidierens – alle 38 Parteien zusammengestellt, deren Landeslisten von 1990 bis 2019 zu den sächsischen Landtagswahlen mindestens einmal zugelassen wurden. Unter ihnen werden diejenigen Parteien, die zur Landtagswahl 2014 antraten und bis heute weiterhin aktiv sind, nachfolgend in Profildarstellungen näher beleuchtet – geordnet nach den aktuellen Mitgliederzahlen und ergänzt um die seitdem neu hinzugekommene Partei der „Blauen“. Auf die Darstellung von ganz vorwiegend oder ausschließlich in der Vergangenheit aktiv gewesenen Parteien (zum Beispiel „Die Republikaner“ oder „DIE GRAUEN/Graue Panther“) wird verzichtet.

Jeweils 66 Tage vor den Landtagswahlterminen läuft die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen beim Landeswahlleiter ab. Kurz darauf stellt dann der Landeswahlausschuss fest, welche Partei-Landeslisten tatsächlich für die Landtagswahl zugelassen werden. Im Jahr 2019 ließ der Landeswahlausschuss 19 Listen zu. Darunter befinden sich auch die folgenden sieben Parteien, die 2014 nicht dabei waren. Sechs von ihnen treten 2019 erstmals zur Landtagswahl an:



- **Aufbruch deutscher Patrioten (ADPM):**

gegründet 2019, patriotisch orientierte mitteldeutsche Abspaltung von der AfD (vgl. Anmerkung S. 122); Internet: <https://aufbruch-deutscher-patrioten.de/adpm-landesverband-sachsen/> sowie <https://www.facebook.com/ADPM.Landesverband.Sachsen/>

- **Blaue #TeamPetry (Die blaue Partei):**

gegründet 2018, konservativ-wirtschaftsliberal orientierte Abspaltung von der AfD (vgl. Porträt Kap. 4.10.)

- **Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP):**

zwischen 2015 und 2019 in Sachsen etablierter Landesverband der in der Bundesrepublik bereits seit 1982 bestehenden Partei, die dort zunächst für eher konservativ-ökologische Ziele stand, sich bis heute jedoch modernisiert hat; Internet: <https://www.oedp.de/partei/oedp-vor-ort/landesverbaende/sachsen/?expand=0> sowie [https://www.facebook.com/pg/oedpsachsen/about/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/pg/oedpsachsen/about/?ref=page_internal)

- **Partei der Humanisten (Die Humanisten):**

2018 gegründeter Landesverband der Partei, die sich ebenso für einen Föderalen Europäischen Bundesstaat einsetzt wie unter anderem für radikale Meinungsfreiheit, neue Kernreaktortypen, weltweiten Freihandel, aktive Sterbehilfe, Drogenlegalisierung und für die Abschaffung des Verbotes verfassungswidriger Symbole in Videospielen; Internet: <https://diehumanisten.de/> sowie [https://www.facebook.com/pg/partei-derhumanisten.sachsen/about/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/pg/partei-derhumanisten.sachsen/about/?ref=page_internal)

- **Partei der Vernunft (PDV):**

2012 entstandener Landesverband der im Bund 2009 gegründeten Partei mit ausgeprägt neoliberaler Programmatik (gegen Sozialstaat, Staat soll nur Eigentum schützen, für maximale individuelle Freiheit und freie Marktwirtschaft, Familie als offenbar einzig positiv eingeschätzte Form eines Kollektivs); Internet: <https://www.facebook.com/Partei-der-Vernunft-Sachsen-243370879078946/>

- **Partei für Gesundheitsforschung:**

Das politische Interesse der Partei richtet sich einzig auf die rasche Entwicklung von wirksamen Medikamenten gegen Alterskrankheiten; Internet: <https://parteifuer-gesundheitsforschung.de/landesverband-sachsen>

- Die **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**, gegründet 1918, ist im Jahr 2019 - erstmals seit 1999 und damit in Sachsen überhaupt erst zum zweiten Mal seit 1990 - wieder mit einer Landesliste vertreten, da sie mehr als 1.000 gültige Unterstützerunterschriften sammeln konnte. Internet: <http://www.k-p-d.org/index.php/landesorganisationen/lo-sachsen>

Als – meist nicht einzeln ausgewiesene – Quellen für die Daten in den folgenden Einzelportraits der sächsischen Parteien dienten vor allem vom Autor direkt bei den Parteien eingeholte Informationen, die Internet-Homepages der Parteien und

eigene Auszählungen und Berechnungen statistischer Daten unter anderem des Sächsischen Landtags. Hinzu kamen fallweise Angaben in den verfügbaren Literatur-Standardwerken (u.a. Demuth/Lempp (Hrsg.) 2006 und Jesse et. al. 2014) sowie Daten aus im Internet verfügbaren lexikalischen Artikeln.

**Tabelle 7: Zugelassene Parteilisten zu den sächsischen Landtagswahlen 1990 bis 2019**

	1990	1994	1999	2004	2009	2014	2019
<b>ADPM: Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland</b>							x
<b>AfD: Alternative für Deutschland</b>						x	x
<b>Aufbruch: Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit</b>			x				
<b>Blaue #TeamPetry: Die blaue Partei</b>							x
<b>BüSo: Bürgerrechtsbewegung Solidarität</b>			x	x	x	x	x
<b>CDU: Christlich Demokratische Union Deutschlands</b>	x	x	x	x	x	x	x
<b>Chr.L.: Christliche Liga – Die Partei für das Leben</b>	x						
<b>DA: Bürgerbewegung Demokratischer Aufbruch</b>	x						
<b>DBU: Deutsche Biertrinker Union</b>	x						
<b>DGG: Deutsche Gemeinschaft für Gerechtigkeit</b>				x			
<b>Die PARTEI: Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tier- schutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative</b>						x	x
<b>DSU: Deutsche Soziale Union</b>	x	x	x	x	x	x	
<b>FDP: Freie Demokratische Partei</b>	x	x	x	x	x	x	x
<b>Forum: NEUES FORUM (1990 als Listenvereinigung Neues Forum-Bündnis-Grüne)</b>	x	x	x				
<b>FP Deutschlands: Freiheitliche Partei Deutschlands</b>			x	x			
<b>Freie Sachsen: Freie Sachsen</b>					x		
<b>FW: Freie Wähler</b>						x	x
<b>Graue: DIE GRAUEN – Graue Panther</b>			x	x			
<b>Grüne: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1990 als Listenvereinigung Neues Forum-Bündnis-Grüne)</b>	x	x	x	x	x	x	x
<b>Humanisten: Partei der Humanisten</b>							x
<b>Humanwirtschaft: Humanwirtschaftspartei</b>					x		
<b>KPD: Kommunistische Partei Deutschlands</b>			x				x



	1990	1994	1999	2004	2009	2014	2019
<b>LINKE: DIE LINKE</b> (1990 als LL/PDS: Linke Liste – Partei des Demokratischen Sozialismus, 1994–2004 als PDS: Partei des Demokratischen Sozialismus)	x	x	x	x	x	x	x
<b>NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschlands</b>	x		x	x	x	x	x
<b>ÖDP: Ökologisch-Demokratische Partei</b>							x
<b>Partei für Gesundheitsforschung</b>							x
<b>PDV: Partei der Vernunft</b>							x
<b>PBC: Partei Bibeltreuer Christen</b>			x	x			
<b>Piraten: Piratenpartei Deutschland</b>					x	x	x
<b>pro Deutschland: Bürgerbewegung pro Deutschland</b>							x
<b>Pro DM: Initiative Pro D-Mark, neue liberale Partei</b>			x				
<b>RAP: Reine Arbeiterpartei</b>	x						
<b>REP: Die Republikaner</b>		x	x		x		
<b>SHB: Sächsische Humanistische Bewegung</b>	x						
<b>SP: Sozialdemokratische Partei</b>		x					
<b>SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b>	x	x	x	x	x	x	x
<b>SVP: Sächsische Volkspartei</b>					x		
<b>Tierschutzpartei: Partei Mensch Umwelt Tierschutz</b>				x	x	x	x

## 4.1. CDU Sachsen



Parteiname und Abkürzung	Christlich Demokratische Union Deutschlands, Landesverband Sachsen (CDU)
Gründungsort und -datum	Dresden (1945), Neugründung Dresden, 03. März 1990 (hervorgegangen aus der Ost- CDU; am 01. September 1990 gingen zudem der sächsische Demokratische Aufbruch (DA) und der Landesverband der DDR-Blockpartei Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) in der CDU auf)
Kontaktdaten Landesverband	CDU Landesverband Sachsen Fetscherstraße 32/34 01307 Dresden Tel.: (0351) 44917–0 Internet: <a href="http://www.cdu-sachsen.de">www.cdu-sachsen.de</a>



	1990	1994	1999	2004
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	53,8	58,1	56,9	41,1
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b> <b>Direktmandate</b>	92 (von 160) (80/80)	77 (von 120) (60/60)	76 (von 120) (60/60)	55 (von 124) (55/60)
<b>Regierungsbeteiligung (Ministerien einschl. MP)</b>	Allein-regierung 14	Allein-regierung 14	Allein-regierung 13-11	Koalition mit SPD 8
<b>Parteimitglieder</b>	37.231	22.932	17.767	15.098

	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	40,2	39,0	24,0/26,0 (Umfragen Juni/Juli 2019)	
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b> <b>Direktmandate</b>	58 (von 132) (58/60)	59 (von 126) (59/60)		
<b>Regierungsbeteiligung (Ministerien einschl. MP)</b>	Koalition mit FDP 8	Koalition mit SPD 8		
<b>Parteimitglieder</b>	12.964	11.892	10.444 (31.12.2018)	

## Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen

Die Organe des Landesverbandes sind:

1. der Landesparteitag,
2. der Landesvorstand.

Der **Landesparteitag** ist das oberste politische Organ des Landesverbandes.

Dem Landesparteitag gehören stimmberechtigt an:

1. 200 Delegierte der Kreisverbände,
2. die Mitglieder des Landesvorstandes,
3. die Landesvorsitzenden der Vereinigungen und Sonderorganisationen oder ein Stellvertreter.

Der **Landesvorstand** leitet den Landesverband. Ihm gehören an: der Landesvorsitzende, der Generalsekretär, 3 stellvertretende Landesvorsitzende, der Landesschatzmeister, der Mitgliederbeauftragte sowie 20 weitere gewählte Mitglieder (Beisitzer).

Zur Unterstützung seiner inhaltlichen Arbeit kann der Landesvorstand Landesfachausschüsse, Arbeitskreise oder Kommissionen einrichten.

Es wurden während der 6. Wahlperiode des Landtages neun

**CDU-Landesfachausschüsse** für diese Politikfelder gebildet:

-Bildung, -Europa, -Familie, -Gesundheit, -Innere Sicherheit, -Netzpolitik und Digitale Agenda, -Sport, -Umweltpolitik, -Wirtschaft und Innovationen.

Dem Landesverband gehören lt. Satzung folgende parteiinterne **Vereinigungen** an:

1. Junge Union Deutschlands (JU), Landesverband Sachsen & Niedersachsen,
2. Frauen Union (FU), Landesverband Sachsen,
3. Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), Landesverband Sachsen,
4. Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), Landesverband Sachsen,
5. Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Sachsen,
6. Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV), Landesverband Sachsen,
7. Senioren Union der CDU Deutschlands (SU), Landesverband Sachsen.

**Sonderorganisationen:**

1. die Land Union Sachsen (LU), Sonderorganisation der CDU Sachsen für den ländlichen Raum,
2. der Evangelische Arbeitskreis (EAK),
3. der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ),
4. Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)
5. Christdemokraten für das Leben (CDL)
6. Katholischer Arbeitskreis (KA)

Gesamteinnahmen 2017  
(2016)

€ 4.283.849 (€ 3.183.978)

Gesamtausgaben 2017  
(2016)

€ 4.115.296 (€ 3.061.522)

(Landesverband einschl.  
Untergliederungs-  
einheiten)



<b>Parteivorsitzender</b>	Michael Kretschmer
<b>Generalsekretär</b>	Alexander Dierks
<b>Geschäftsführer</b>	Conrad Clemens
<b>Parteivorsitzende seit 1990</b>	Klaus Reichenbach (1990–1991) Berthold Rink (1991 kommissarisch) Kurt Biedenkopf (1991–1995) Fritz Hähle (1995–2001) Georg Milbradt (2001–2008) Stanislaw Tillich (2008–2017) Michael Kretschmer (seit 2017)
<b>Anzahl Kreisverbände (2018)</b>	13 Kreisverbände, die ihrerseits in Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände untergliedert sind
<b>Anzahl Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände (2018)</b>	ca. 360
<b>parteinahe Stiftung Name, Kontaktdata</b>	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Politisches Bildungsforum Sachsen Königstraße 23 01097 Dresden Tel. (0351) 563-4460 Internet: <a href="http://www.kas.de/web/sachsen">www.kas.de/web/sachsen</a>
<b>Vorsitzender</b>	Joachim Klose
<b>Namensgeber</b>	Konrad Adenauer (1876–1967) (CDU) war von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und von 1950 bis 1966 Parteivorsitzender der CDU. Bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik war er als Mitglied der Zentrumspartei aktiv. Von 1917 bis 1933, und erneut kurzzeitig im Jahr 1945, war er Oberbürgermeister der Stadt Köln.
<b>Landtagsfraktion Kontaktdata Fraktion</b>	CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden Telefon (0351) 493-5601 Internet: <a href="http://www.cdu-fraktion-sachsen.de">www.cdu-fraktion-sachsen.de</a>
<b>Fraktionsvorsitzende seit 1990</b>	Herbert Goliasch (1990–1994) Fritz Hähle (1994–2008) Steffen Flath (2008–2014) Frank Kupfer (2014–2018) Christian Hartmann (seit 2018)

Parlamentsarbeit Landtagsfraktion (nach Wahlperioden)	1. WP 1990	2. WP 1994	3. WP 1999	4. WP 2004	5. WP 2009	6. WP 2014
parlamentarische Anträge (einschl. Änderungs-, Dringlichkeits- und Entschließungsanträgen)	459	602	754	369	226	194
eingebrachte Gesetzesentwürfe  (+ via Staatsregierung) (von Gesamtzahl Gesetzesentwürfe in WP)	32  171 (277)	20  134 (199)	15  92 (163)	19 (Anteil von) 101 (211)	27 (Anteil von) 87 (180)	24 (Anteil von) 99 (210)
Große Anfragen	21	33	20	4	3	1
Kleine Anfragen	396	1.254	948	777	311	176

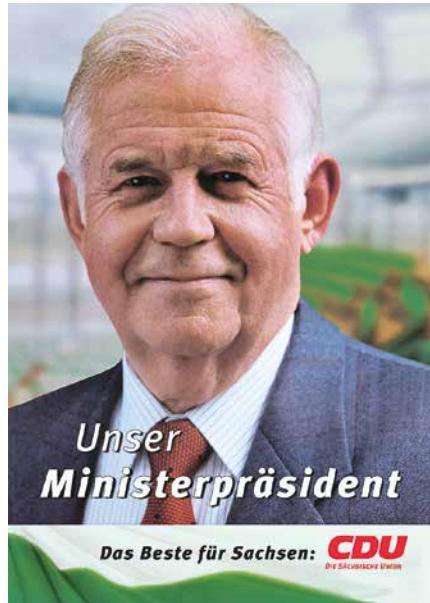
(Quelle: Sächsischer Landtag. Daten für die Wahlperioden 1, 2 und 3 z. T. übernommen aus Demuth/Lempp (Hrsg.) 2006, S. 227f; Daten ab 4. Wahlperiode errechnet nach Angaben in <http://edas.landtag.sachsen.de/> – Parlamentsdokumente – Statistik – Parl. Initiativen. Alle Datenangaben einschl. gemeinsamer/interfraktioneller Initiativen (Doppelzählungen))

Anzahl aktueller Bundestagsabgeordneter	Die CDU Sachsen stellt 12 der 38 sächsischen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag (Legislaturperiode 2017–2021).
Anzahl aktueller Europaabgeordneter (und Namen)	Die CDU Sachsen stellt einen von fünf sächsischen Abgeordneten im 9. Europäischen Parlament (Legislaturperiode 2019–2024): Dr. Peter Jahr.

Die sächsische CDU ist der stärkste Landesverband der Partei in den östlichen Bundesländern. Er verfügte bislang über eine „hegemoniale“ Stellung in Sachsen (vgl. Jesse et al. 2014, z. B. S. 173), ähnlich der strukturellen Mehrheitsfähigkeit der CSU in Bayern. Insofern stellte die CDU auch bislang alle sächsischen Ministerpräsidenten seit der Friedlichen Revolution (Kurt Biedenkopf 1990–2002, Georg Milbradt 2002–2008, Stanislaw Tillich 2008–2017, Michael Kretschmer seit Ende 2017) und regierte in den ersten drei Wahlperioden jeweils mit absoluten Mehrheiten. Der populäre Ministerpräsident Biedenkopf (CDU) – selbst ein westdeutscher Politiker – achtete darauf, dass einige DDR-Bürgerrechtler in seinen Kabinetten vertreten waren. Eigentlich konnte sich die CDU in dieser Zeit – wenn überhaupt – nur durch eigene Ungeschicklichkeiten selbst politisch schwächen, was nachfolgend bei den ersten zwei Wechseln im Amt des Ministerpräsidenten auch geschah, denn das politische Lager links der Mitte war gespalten und ohnehin strukturell schwach – und ist es bis heute.



**Michael Kretschmer, Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU Sachsen**  
(Quelle: CDU Sachsen)



**Wahlplakat Prof. Kurt Biedenkopf (CDU), sächsischer Ministerpräsident 1990 bis 2002**  
(Quelle: CDU Sachsen)



**Eindruck vom CDU-Landesparteitag 2018 in Leipzig** (Quelle: CDU Sachsen)

Programmatisch verfolgte die CDU seit 1990 einen Kurs, der auf die Förderung von Wirtschaftswachstum sowie im Bildungssektor auf eine klassisch-konservative Schulpolitik setzte (weitgehender Verzicht auf experimentelle Schulformen; Betonung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer). Hinzu trat nach einigen Jahren die staatliche Haushaltskonsolidierung als weiteres wichtiges Politikziel. Die CDU Sachsen gilt innerhalb Deutschlands als ein konservativer Landesverband. Dies zeigte sich immer wieder nicht nur in der Schulpolitik und am Fiskalkonservatismus, sondern in den letzten Jahren auch daran, dass im Jahr 2017 keiner der sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten für die als Gewissensentscheidung freigegebene „Ehe für alle“ stimmte sowie daran, dass sich die sächsische CDU im unionsinternen Streit um die Asylpolitik mehrfach offen an der Seite der bayerischen CSU positionierte, statt den Kurs der unter Kanzlerin Merkel „sozialdemokratisierten“ Bundes-CDU mitzutragen. Und bei der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur CDU-Bundesvorsitzenden im Dezember 2018 unterstützten die meisten der sächsischen Parteitagsdelegierten recht offen den unterlegenen – und als konservativer eingeschätzten – Gegenkandidaten Friedrich Merz. Die sächsische CDU verfügt aktuell über rund 10.400 Mitglieder. Trotz abnehmender Tendenz ist sie damit die mitgliederstärkste Partei Sachsen. Mit 13 Kreisverbänden und einer dreistelligen Zahl an Ortsverbänden ist die CDU auch in der Fläche gut vernetzt und stellt noch heute sämtliche zehn Landräte. Während bis vor einigen Jahren vereinzelt als Gefahr beschrieben wurde, die Parteibasis könnte zum „Ministerpräsidenten-Wahlverein“ verkommen (vgl. Jesse et al. 2014, S. 170), hat sich die CDU in den letzten Jahren hin zu mehr interner Streitkultur und mehr Bürgernähe geöffnet (vgl. Amann 2019, S. 39). Dies ist einsteils dem Generationenwandel und andernteils dem politischen Druck geschuldet, dem sich die CDU jüngst insbesondere von Seiten der AfD ausgesetzt sieht – dem ersten für die CDU wirklich „gefährlichen“ (und rechts von ihr angesiedelten) politischen Konkurrenten seit 1990. Ministerpräsident Kretschmers Regierungskoalition mit der SPD setzt daher seit Ende 2017 einige neue politische Akzente, zum Beispiel die Lockerung der rigorosen Sparpolitik zwecks Investitionen in die Infrastruktur (vor allem der ländlichen Räume), die Aufstockung des Personals der Polizei sowie erstmals die Möglichkeit der Verbeamung von Lehrern. Die CDU sieht sich derzeit in dem strategischen Dilemma, dass sie nach der Landtagswahl 2019 vermutlich festlegen muss, wie sie es mit der AfD halten will. Intern ist die Partei durchaus uneins in dieser Frage. Während der Parteivorsitzende Kretschmer eine Regierungskoalition mit der AfD wiederholt öffentlich abgelehnt hat, möchte der im September 2018 – gegen den Vorschlag des Parteivorsitzenden – neu gewählte Vorsitzende der sächsischen CDU-Landtagsfraktion, Michael Hartmann, eben die-

se Möglichkeit nicht von vornherein ausschließen<sup>14</sup>. Auf der kommunalpolitischen Ebene werden punktuelle Formen des pragmatischen Zusammenwirkens zwischen CDU und AfD mancherorts schon seit einiger Zeit praktiziert, so zum Beispiel im Kreisparlament von Meißen.

---

<sup>14</sup> Diese Meldung über den Inhalt eines MDR-Interviews wurde am 26. September 2018 von den Nachrichtenagenturen verbreitet; vgl. u. a. <https://www.tagesschau.de/inland/sachsen-cdu-afd-101.html> (Aufruf Februar 2019).

## 4.2. DIE LINKE. Sachsen



Parteiname und Abkürzung      DIE LINKE. Sachsen (LINKE)

Gründungsort und -datum      Chemnitz, 15.07.2007, hervorgegangen aus Fusion der Vorgängerpartei Die Linkspartei.PDS (1990 bis 2005: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), zuvor seit 1989: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)) mit der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG)

Kontaktdaten Landesverband      Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen  
Landesgeschäftsstelle  
Kleiststraße 10a  
01129 Dresden  
Tel.: (0351) 853270  
Internet: [www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

	1990	1994	1999	2004
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	10,2 (LL/PDS)	16,5 (PDS)	22,2 (PDS)	23,6 (PDS)
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b>	17 (von 160) (0/80)	21 (von 120) (0/60)	30 (von 120) (0/60)	31 (von 124) (4/60)
<b>Regierungsbeteiligung</b>	-	-	-	-
<b>Parteimitglieder</b>	75.510	32.825	22.281	15.280

	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	20,6	18,9	15,0/15,0 (Umfragen Juni/Juli 2019)	
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b>	29 (von 132) (2/60)	27 (von 126) (1/60)		
<b>Regierungsbeteiligung</b>	-	-		
<b>Parteimitglieder</b>	12.390	9.205	7.988 (31.12.2018)	

## Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen

Die Organe des Landesverbandes sind: Landesparteitag, Landesvorstand, Geschäftsführender Landesvorstand, Landesrat, Landesjugendtag, Ombudsperson.

Dem **Landesparteitag**, als dem höchsten Organ des Landesverbandes, gehören an:

a) 160 Delegierte aus den Kreisverbänden, b) 24 Delegierte aus den landesweiten Zusammenschlüssen bzw. Landesarbeitsgemeinschaften, c) 8 Delegierte der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren und d) 8 Delegierte des Landesjugendtages.

Der **Landesvorstand** ist das politische Führungsorgan des Landesverbandes zwischen den Landesparteitagen. Er setzt sich zusammen aus a) einem oder zwei gleichberechtigten Landesvorsitzenden, b) einem oder mehreren stellvertretenden Landesvorsitzenden, c) dem Landesgeschäftsführer, d) dem Landeschatzmeister und e) ggf. weiteren Vorstandsmitgliedern mit besonderen Aufgabenbereichen und f) weiteren Mitgliedern.

Der **Landesrat** ist das Organ des Landesverbandes, über das die Kreisverbände und die landesweiten Zusammenschlüsse zwischen den Landesparteitagen an der politischen Willensbildung auf Landesebene mitwirken. Ihm gehören u.a. an: 30 Vertreter der Kreisverbände, 13 Vertreter der landesweiten Zusammenschlüsse, je ein Vertreter der LAG der Seniorinnen und Senioren und des Landesjugendtages.

Über den **Landesjugendtag** wirken junge Menschen an der politischen Willensbildung auf Landesebene mit. Ihm gehören u.a. alle Mitglieder des Landesverbandes bis zum vollendeten 27. Lebensjahr an.

DIE LINKE hat derzeit folgende **innerparteiliche Zusammenschlüsse** bzw. Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) gebildet: Antifaschistische und Antirassistische Politik, Bedingungsloses Grundeinkommen, Bildung, Betrieb & Gewerkschaft, Delegiertenmandat, Deutsch-Russische Freundschaft, Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft (LISA), Forum Demokratischer Sozialismus – FdS, Frieden und internationale Politik – FiP, Hartz IV, Hochschulpolitik, Kommunistische Plattform (KPF), Migrationspolitik, Ökologie (ADELE – Anders denken und leben), queer (lesisch, schwule, bisexuelle und transgende Mitglieder), Selbstbestimmte Behinderenpolitik, Seniorinnen und Senioren, Sorbische Linke, Tierschutz. Die „linksjugend Sachsen“ besitzt als selbstständige Jugendorganisation einen Sonderstatus in der Partei.

Auf allen Organisationsebenen der Partei können **Basisgruppen** gebildet werden.

Gesamteinnahmen 2017 (2016)	€ 3.328.087 (€ 3.233.733)
Gesamtausgaben 2017 (2016)	€ 3.035.339 (€ 2.709.057)
(Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)	
Parteivorsitzende Geschäftsführer	Antje Feiks Thomas Dudzak

<b>Parteivorsitzende seit 1990</b>	Klaus Bartl (1990–1991) (PDS) Peter Porsch (1991–1995) (PDS) Reinhard Lauter (1995–1997) (PDS) Peter Porsch (1997–2001) (PDS) Cornelia Ernst (2001–2009) (PDS/DIE LINKE) Rico Gebhardt (2009–2017) Antje Feiks (seit 2017)
<b>Anzahl Kreisverbände (2018)</b>	13 Kreisverbände, die ihrerseits in Ortsverbände untergliedert sind
<b>Anzahl Ortsverbände (2018)</b>	148
<b>parteinahe Stiftung Name, Kontaktdaten</b>	Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Geschäftsstelle Sachsen Harkortstraße 10 04107 Leipzig Tel.: (0341) 960–8531 Internet: <a href="https://sachsen.rosalux.de/">https://sachsen.rosalux.de/</a> Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterhält Regionalbüros in Dresden (Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden, Tel.: (0351) 804–0302) und in Chemnitz (Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz, Tel.: (0371) 275–89372)
<b>Vorsitzender</b>	Peter Porsch
<b>Namensgeberin</b>	Rosa Luxemburg (1871–1919) (SPD, Spartakusbund/USPD, KPD) war eine bedeutende Repräsentantin der deutschen Arbeiterbewegung und marxistische Vordenkerin im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus, setzte sich am Ende des Ersten Weltkrieges für die Gründung einer Räterepublik in Deutschland ein, war Mitbegründerin der KPD, wurde am 15.1.1919 in Berlin ermordet.
<b>Landtagsfraktion Kontaktdaten</b>	DIE LINKE. Fraktion im Sächsischen Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden Tel.: (0351) 493–5800 Internet: <a href="http://www.linksfraktionsachsen.de">www.linksfraktionsachsen.de</a>
<b>Fraktionsvorsitzende seit 1990</b>	Klaus Bartl (1990–1994) (Linke Liste/PDS) Peter Porsch (1994–2007) (zunächst PDS-Fraktion, dann Linksfraktion.PDS) André Hahn (2007–2012) Rico Gebhardt (seit 2012)

Parlamentsarbeit Landtagsfraktion (nach Wahlperioden)	1. WP 1990	2. WP 1994	3. WP 1999	4. WP 2004	5. WP 2009	6. WP 2014
parlamentarische Anträge (einschl. Änderungs-, Dringlichkeits- und Entschließungsanträgen)	610	754	787	733	596	579
eingebrachte Gesetzesentwürfe (von Gesamtzahl Gesetzesentwürfe in WP)	22 (277)	25 (199)	26 (163)	34 (211)	33 (180)	37 (210)
Große Anfragen	31	36	47	29	29	31
Kleine Anfragen	440	5.781	5.060	5.002	3.874	7.744

(Quelle: Sächsischer Landtag. Daten für die Wahlperioden 1, 2 und 3 z.T. übernommen aus Demuth/Lempp (Hrsg.) 2006, S.227f; Daten ab 4. Wahlperiode errechnet nach Angaben in <http://edas.landtag.sachsen.de/> – Parlamentsdokumente – Statistik – Parl. Initiativen. Alle Datenangaben einschl. gemeinsamer/interfraktioneller Initiativen (Doppelzählungen))

Anzahl aktueller Bundestagsabgeordneter	DIE LINKE. Sachsen stellt 6 der 38 sächsischen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag (Legislaturperiode 2017–2021).
Anzahl aktueller Europa-abgeordneter (und Namen)	DIE LINKE. Sachsen stellt eine von fünf sächsischen Abgeordneten im 9. Europäischen Parlament (Legislaturperiode 2019–2024): Dr. Cornelia Ernst.

Als Nachfolgerin der DDR-Einheitspartei SED war die Partei, die zunächst als Linke Liste/PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus), dann als PDS, als Linkspartei.PDS und schließlich seit 2007 als DIE LINKE antrat, trotz einer großen Organisationsdichte (mit anfangs ca. 75.000 Mitgliedern in rund 1.500 Basisgruppen) nach 1990 innerparteilich gespalten zwischen reformerischen und sozialistischen Positionen. Letztere organisierten sich – in den 1990er Jahren öffentlich wahrnehmbarer als heute – im parteiinternen Zusammenschluss der „Kommunistischen Plattform“. Durch ihre organisatorische Breite konnte die PDS – und später DIE LINKE – bis heute alle relevanten gesellschaftlichen Strömungen Sachsens links der SPD – die jedoch ohnehin sehr spärlich ausfallen und sich geografisch konzentrieren (z.B. in Leipzig-Connewitz) – parteipolitisch in sich integrieren, eventuell mit Ausnahme der aber im Wesentlichen nur zwischen 2008 und 2010 populären Piratenpartei. Während die PDS seit den 1990er Jahren mehrheitlich nicht zur Koalition mit der SPD bereit war, galt dies umgekehrt genauso (vgl. Kapitel 4.3. zur SPD), so dass das politische Lager links der Mitte gespalten blieb. Dieser Mangel an Koalitionsfähigkeit dauert im Grundsatz bis heute an: Als die Partei-



Antje Feiks, Parteivorsitzende  
DIE LINKE. Sachsen, beim Parteitag in  
Chemnitz 2017  
(Quelle: DIE LINKE.Sachsen)



DIE LINKE-Wahlplakat „Frieden“  
(Quelle: DIE LINKE.Sachsen)



DIE LINKE, Veranstaltung mit Infostand (Quelle: DIE LINKE.Sachsen)

und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN (Antje Feiks, Rico Gebhardt) angesichts einer neuen Lagebeurteilung Ende 2018 bzw. Anfang 2019 öffentlich darüber sinnierten, dass sie sich nach der Landtagswahl 2019 eventuell die Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung durch DIE LINKE vorstellen könnten (eine für die Partei bis dato undenkbare Aussage), ernteten sie dort eher Spott als Gegenliebe. Dabei bildete die Partei besonders während ihrer „PDS-Zeit“ eine durchaus umgängliche und wertgeschätzte Fraktion. So verstanden sich zum Beispiel Anfang der 2000er Jahre sogar der PDS-Finanzexperte Ronald Weckesser (vom pragmatischen Flügel seiner Partei) und der CDU-Finanzminister (und ab 2002 Ministerpräsident) Georg Milbradt intern bestens, trotz aller öffentlich gepflegten politischen Distanz. Erst als sich ab Mitte der 2000er Jahre bei der PDS ein Generationenwechsel vollzog und zudem im Juni 2007 die Fusion mit der WASG zur – fortan westlicher ausgerichteten – Partei DIE LINKE vollzogen wurde, kühlte sich das Klima zwischen den Parteien in Sachsen etwas ab (vgl. Patzelt 2015, S. 352). Inzwischen hatte sich die PDS/LINKE aber schon seit 1999 zur zweitstärksten Fraktion im Sächsischen Landtag entwickelt (was vor allem einem dramatischen Abrutschen der SPD geschuldet war) und ist dies bis einschließlich zur Landtagswahl 2014 auch geblieben. Beobachter sehen darin ein latentes Problem, weil auch die Partei am anderen Rand des parlamentarischen Parteienspektrums – die AfD – weithin als nicht koalitionsfähig gilt und insofern der Korridor noch möglicher Mehrheitsbildungen in der politischen Mitte sehr eingeschränkt ist.

Unterdessen verzeichnetet DIE LINKE unter ihren Mitgliedern zwar einerseits eine gewisse Verjüngung und einen vergleichsweise hohen Frauenanteil (von 44 Prozent im Jahr 2018), aber zugleich einen kontinuierlichen Mitgliederrückgang bereits seit 1990. Zumindest hinsichtlich dieses Trends weist DIE LINKE eine Parallele zur CDU auf, nur fällt der Rückgang bei der LINKEN noch deutlicher aus. Bereits bis 1995 hatte sich die Mitgliederzahl der PDS gegenüber 1990 auf knapp 30.000 mehr als halbiert. Nach weiteren Verlusten ist DIE LINKE mit derzeit knapp 8.000 Mitgliedern gleichwohl noch die zweitgrößte Mitgliederpartei Sachsens, jedoch mit weiter fallender Tendenz. Programmatisch steht DIE LINKE unter anderem für mehr soziale Gerechtigkeit, für die Sicherung des Lebensstandards auch im Alter, für eine offensive öffentliche Beschäftigungspolitik sowie für eine ausländerfreundliche Asylpolitik und die Stärkung direktdemokratischer Entscheidungsformen in der Politik.

### 4.3. SPD Sachsen



Parteiname und Abkürzung	Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen (SPD)
Gründungsort und -datum	Dresden, 26. Mai 1990 (Neugründung)
Kontaktdaten Landesverband	SPD Landesverband Sachsen Landesgeschäftsstelle Devrientstraße 7 01067 Dresden Tel: (0351) 433–5619 Internet: <a href="http://www.spd-sachsen.de">www.spd-sachsen.de</a>

	1990	1994	1999	2004
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	19,1	16,6	10,7	9,8
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b> <b>Direktmandate</b>	32 (von 160) (0/80)	22 (von 120) (0/60)	14 (von 120) (0/60)	13 (von 124) (1/60)
<b>Regierungsbeteiligung (Ministerien)</b>	-	-	-	Koalition mit CDU 3
<b>Parteimitglieder</b>	5.525	5.304	5.304	4.453

	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	10,4	12,4	8,0/9,0 (Umfragen Juni/Juli 2019)	
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b> <b>Direktmandate</b>	14 (von 132) (0/60)	18 (von 126) (0/60)		
<b>Regierungsbeteiligung (Ministerien)</b>	-	Koalition mit CDU 3		
<b>Parteimitglieder</b>	4.299	4.553	4.981 (31. 12. 2018)	

<b>Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen</b>	<p>Die Organe des Landesverbandes sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Landesparteitag,</li> <li>2. der Landesvorstand,</li> <li>3. der Landesparteirat.</li> </ol> <p>Der <b>Landesparteitag</b> ist das oberste politische Organ des Landesverbandes.</p> <p>Der Landesparteitag setzt sich zusammen aus</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. 120 Delegierte der Kreisverbände,</li> <li>2. den stimmberechtigten Mitgliedern des Landesvorstandes.</li> </ol> <p>Der <b>Landesvorstand</b> leitet die Partei. Er besteht aus dem oder der Landesvorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister sowie 17 Beisitzern.</p> <p>Der <b>Landesparteirat</b> setzt sich aus den Vorsitzenden der Unterbezirke und 35 weiteren Vertretern der Unterbezirke zusammen. Er gibt Empfehlungen für die Politik des Landesverbandes ab.</p> <p>In der SPD Sachsen bestehen derzeit folgende 15 <b>Arbeitsgemeinschaften</b> (AGs):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AFB)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Frauen (ASF)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung in der SPD Sachsen (SPDqueer Sachsen)</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft 60 plus</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</li> <li>• Arbeitskreis der Christinnen und Christen in der SPD</li> <li>• Arbeitskreis Euroregion Elbe-Labe</li> <li>• Arbeitskreis Innere Sicherheit in der SPD Sachsen</li> <li>• Arbeitskreis Klimaschutz und Energiewende in der SPD Sachsen</li> </ul>
<b>Gesamteinnahmen 2017 (2016)</b>	€ 2.207.527 (€ 1.845.148)
<b>Gesamtausgaben 2017 (2016)</b>	€ 1.733.509 (€ 1.375.013)
<b>(Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)</b>	
<b>Parteivorsitzender Generalsekretär Geschäftsführer</b>	Martin Dulig Henning Homann Jens Wittig
<b>Parteivorsitzende seit 1990</b>	Michael Lersow (1990–1993) Karl-Heinz Kunckel (1993–1999) Constanze Krehl (1999–2004) Thomas Jurk (2004–2009) Martin Dulig (seit 2009)
<b>Anzahl Unterbezirke (2018)</b>	13 Unterbezirke (= Kreisverbände), die ihrerseits in Ortsvereine untergliedert sind
<b>Anzahl Ortsvereine (2018)</b>	118

<b>parteinahe Stiftung Name, Kontaktdaten</b>	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) - Landesbüro Sachsen Burgstraße 25 04109 Leipzig Tel. (0341) 960-2160 oder (0341) 960-2431 Internet: <a href="https://www.fes.de/landesbuero-sachsen/">https://www.fes.de/landesbuero-sachsen/</a> Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterhält ein weiteres Büro in Dresden: Obergraben 17 a, 01097 Dresden, Tel. (0351) 804-6803. Als weiterer SPD-naher Verein mit politischen Bildungsangeboten ist das Herbert-Wehner-Bildungswerk zu nennen: Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V., Kamenzer Straße 12, 01099 Dresden, Tel. (0351) 80 40 220 Internet: <a href="https://wehnerwerk.de/">https://wehnerwerk.de/</a>
<b>Leiter</b>	Matthias Eisel
<b>Namensgeber</b>	Friedrich Ebert (1871–1925) (SPD) war von 1913–1919 Parteivorsitzender der SPD und von 1919 bis zu seinem Tod im Jahr 1925 erster Reichspräsident der Weimarer Republik.
<b>Landtagsfraktion Kontaktdaten</b>	SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden Tel. (0351) 493-5700 Internet: <a href="http://www.spd-fraktion-sachsen.de/">www.spd-fraktion-sachsen.de/</a>
<b>Fraktionsvorsitzende seit 1990</b>	Karl-Heinz Kunckel (1990–1999) Thomas Jurk (1999–2004) Cornelius Weiss (2004–2007) Martin Dulig (2007–2014) Dirk Panter (seit 2014)

Parlamentsarbeit Landtagsfraktion (nach Wahlperioden)	1. WP 1990	2. WP 1994	3. WP 1999	4. WP 2004	5. WP 2009	6. WP 2014
<b>parlamentarische Anträge (einschl. Änderungs-, Dringlichkeits- und Entschließungsanträgen)</b>	524	719	660	363	377	194
<b>eingebrachte Gesetzesentwürfe (+ via Staatsregierung) (von Gesamtzahl Gesetzesentwürfe in WP)</b>	40 - (277)	22 - (199)	34 - (163)	19 (Anteil von) 101 (211)	13 - (180)	24 (Anteil von) 99 (210)
<b>Große Anfragen</b>	35	46	27	4	7	1
<b>Kleine Anfragen</b>	563	1.722	1.803	602	1.475	52

(Quelle: Sächsischer Landtag. Daten für die Wahlperioden 1, 2 und 3 z.T. übernommen aus Deimuth/Lempp (Hrsg.) 2006, S.227f; Daten ab 4. Wahlperiode errechnet nach Angaben in <http://edas.landtag.sachsen.de/> – Parlamentsdokumente – Statistik – Parl. Initiativen. Alle Datenangaben einschl. gemeinsamer/interfraktioneller Initiativen (Doppelzählungen))



SPD-Landesvorsitzender Martin Dulig bei einer seiner „Küchentischtouren“, Grimma 2017 (Quelle: SPD Sachsen)



SPD-Wahlplakat „Arbeit fördern“  
(Quelle: SPD Sachsen)



Eindruck vom SPD-Landesparteitag in Dresden 2018 (Quelle: SPD Sachsen)

<b>Anzahl aktueller Bundestagsabgeordneter</b>	Die SPD Sachsen stellt 4 der 38 sächsischen Abgeordneten aus Sachsen im 19. Deutschen Bundestag (Legislaturperiode 2017–2021).
<b>Anzahl aktueller Europaabgeordneter (und Namen)</b>	Die SPD Sachsen stellt eine von fünf sächsischen Abgeordneten im 9. Europäischen Parlament (Legislaturperiode 2019–2024): Constanze Krehl.

Die SPD musste trotz ihrer großen sächsischen Parteitradition im Jahr 1990 gänzlich neu gegründet werden. Lediglich die erst während der Wendezeit in der DDR zunächst als SDP gebildete SPD kann als Vorgängerorganisation betrachtet werden, jedoch bestand keinerlei Kontinuität zu der bis 1946 in der sowjetischen Besatzungszone bestehenden SPD. Anfängliche Erwartungen auf ein Wiederaufleben Sachsens als SPD-Hochburg wurden schon durch das Ergebnis der Volkskammerwahl 1990 enttäuscht. Dafür gab es zwei Gründe: Einseits hatte schon die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED im Jahr 1946 zu einem offenbar nachwirkenden Ansehenverlust der Sozialdemokraten geführt, andernteils wurde der West-SPD im Jahr 1990 ihre teils zögerliche und skeptische Haltung gegenüber der Deutschen Einheit übel genommen, die vor allem vom damaligen Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine, vertreten wurde.

Nach 1990 erwies sich die sächsische SPD gleich in doppelter Weise als schwach: hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl und hinsichtlich ihrer Wählerbasis. Doch es kam für die Partei noch schlimmer: Selbst das Wahlergebnis von 1990 (19,1 Prozent) konnte in den Folgejahren bis heute nie wieder erreicht werden, und bei der Landtagswahl im Jahr 2004 erzielte die SPD ein historisch ungekanntes einstelliges Wahlergebnis von nur 9,8 Prozent (das erst bei der Landtagswahl in Bayern 2018 von der dortigen SPD mit 9,7 Prozent noch unterboten wurde). Bis 2014 hatte sich die SPD unter dem seit 2009 amtierenden Landesvorsitzenden Martin Dulig zwar wieder bis auf 12,4 Prozent „erholt“, aber Sachsen bleibt innerhalb Deutschlands der wohl strukturell schwächste SPD-Landesverband, weil auch der Mitgliederbestand nicht nachhaltig ausgebaut werden konnte. Seit 1990 schwankte die Mitgliederzahl auf einem stets ähnlich niedrigen Niveau. Zwischenzeitliche Höchstwerte wurden in den Jahren 1990 (5.525 Mitglieder) und 1998 (5.358 Mitglieder) verzeichnet, der niedrigste Wert lag 2009 bei 4.299 Mitgliedern. Bis 2018 ist die Mitgliederzahl wieder auf 4.981 gestiegen.

Schon im Jahr 1990 brachen in der SPD partiinterne Rivalitäten zwischen den Parteiflügeln darüber aus, ob es eine Annäherung gegenüber der PDS geben dürfe oder nicht. Gegen den ersten Landesvorsitzenden Michael Lersow vom linken Flügel der SPD setzte sich alsbald der Fraktionsvorsitzende (und seit 1993 Parteivorsitzende) Karl-Heinz Kunckel durch. Seine eher „staatstragende“ Positionierung verbot eine Annäherung gegenüber der PDS, zumal befürchtet wurde, dass

eine Zusammenarbeit mit der PDS der SPD auch in der Wählergunst hätte schaden können. Diese Linie wurde auch von Kunckels Nachfolgerin im Parteivorsitz, Constanze Krehl, weiter vertreten. Mit ihrem entsprechend personell ausgerichteten Listenvorschlag für die Wahl 2004 erntete sie jedoch eine schwere parteiinterne Niederlage, die sie zum Rücktritt veranlasste. Unter den nachfolgenden Parteivorsitzenden Thomas Jurk (2004–2009) und Martin Dulig (seit 2009) wurde dann ein eher pragmatischer Ansatz gegenüber der LINKEN verfolgt.

Ihrer strukturellen Schwäche zum Trotz, ist die SPD die einzige Partei außer der CDU, die bislang – aufgrund rechnerisch und politisch nicht anders möglicher Mehrheitsbildungen – mehr als nur einmal an der Staatsregierung beteiligt war, nämlich von 2004 bis 2009 sowie erneut seit 2014. Die gleichwohl weiter bestehende strukturelle Problemsituation der sächsischen SPD ist jedoch nur bedingt selbst verschuldet und liegt wohl eher in den generellen politischen Orientierungsmustern vieler Sachsen begründet. Derzeit tritt ein weiteres Problem hinzu: Die Landes-SPD sieht sich ungewollt in einem von der Bundes-SPD ausgehenden Abwärtstrend, dessen wesentliche Ursache in der mitunter geringen programmatischen Trennschärfe gegenüber der jedenfalls im Bund „sozialdemokratisierten“ CDU liegen dürfte. Hinzu kommt erschwerend die personelle Umbruchssituation an der Bundesparteispitze im Sommer 2019, die ihrerseits zugleich eine Folge der SPD-Krise ist. Da die SPD momentan sowohl im Bund als auch in Sachsen Koalitionsregierungen mit der CDU bildet, ist die SPD allein insofern schon gehemmt, sich allzu scharf gegen die CDU zu positionieren. Allerdings versucht sich die Bundes-SPD in jüngster Zeit wieder etwas deutlicher politisch links auszurichten. So wurde im Frühjahr 2019 zum Beispiel ein „solidarisches Grundeinkommen“ diskutiert, das die sächsische SPD dann allerdings bewusst nicht als Forderung in ihr Regierungsprogramm 2019 aufgenommen hat. Generell bleibt der SPD jedoch wenig programmatischer Spielraum zwischen der CDU und der LINKEN. Hinzu kommt, dass die SPD bei ihren derzeitigen Regierungsbeteiligungen ohnehin schon viele ihrer politischen Anliegen durchsetzen konnte. Daher sehen einzelne Beobachter ein Teilproblem der SPD darin, dass sie sich nach dem Erreichen vieler ihrer Ziele – von mehr Demokratie und gesellschaftlicher Modernität (z. B. „Ehe für alle“) bis hin zum Mindestlohn – gerade aufgrund ihrer politischen Erfolge teilweise entbehrlich mache. Solche Einschätzungen weisen die Sozialdemokraten natürlich zu Recht zurück, denn erstens müssten politische Erfolge gegen mögliche „Kehrtwenden“ verteidigt werden, zweitens ergäben sich immer wieder neue Herausforderungen (von landesbezogenen Themen bis hin zur weiteren Entwicklung der Europäischen Union) und drittens bestünden auch beim traditionellen Kernanliegen der SPD, der Herstellung von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit, weiterhin erhebliche Handlungsbedarfe.

#### 4.4. AfD Sachsen



Parteiname und Abkürzung      Alternative für Deutschland, Landesverband Sachsen (AfD)

Gründungsort und -datum      Leipzig, 28. April 2013

Kontaktdaten Landesverband      Alternative für Deutschland  
Landesverband Sachsen  
Ostraallee 35  
01067 Dresden  
Tel.: (0351) 656–76433  
Internet: [www.afdsachsen.de](http://www.afdsachsen.de)

	1990	1994	1999	2004	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtags-wahl (%)						9,7	24,0/26,0 (Umfragen Juni/Juli 2019)	
Sitze im Landtag (Fraktion)						z. Zt. 9 (ursprüngl. 14) (von 126) (0/60)		
Direktmandate						-		
Regierungsbetei-ligung								
Parteimitglieder						818	2.300 (31. 12. 2018)	

### Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen

Organe des Landesverbandes sind der Landesparteitag, die Landeswahlversammlung, der Landesvorstand und das Landeschiedsgericht.

Der **Landesparteitag** ist das oberste Organ des Landesverbandes. Ihm gehören die Mitglieder des Landesvorstandes an sowie von jedem Kreisverband pro fünf dortiger Mitglieder ein Delegierter, jedoch mindestens ein Delegierter.

Der **Landesvorstand** leitet den Landesverband Sachsen. Er besteht aus dem Landesvorsitzenden, dem Generalsekretär, drei stellvertretenden Landesvorsitzenden, dem Schatzmeister, dem stellv. Schatzmeister sowie sechs weiteren Mitgliedern.

Der **Landessenat** (drei Vertreter des Landesvorstands, je zwei Vertreter der Kreisvorstände und je ein Vertreter anerkannter Vereinigungen) berät den Vorstand.

Die Junge Alternative für Deutschland - Landesverband Sachsen (JA Sachsen) ist die Jugendorganisation des Landesverbandes.

Die AfD hat v.a. mit programmatischer Arbeit befasste **Landesfachausschüsse** (LFA) zu folgenden Themen gebildet: Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Außenwirtschaft, Euro, Geld- und Finanzpolitik, Wirtschaft, Steuern und Haushaltspolitik, Familie und Demographie, Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien, Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft & Verbraucherschutz, Gesundheitspolitik, Demokratie und Grundwerte, Europa, Energie, Technik und Infrastruktur, Soziale Sicherungssysteme und Rente, Arbeits- und Sozialpolitik, Zuwanderung, Asyl, Staatsangehörigkeit.

Gesamteinnahmen 2017 (2016)	€ 1.312.560 (€ 874.433)
Gesamtausgaben 2017 (2016)	€ 1.476.017 (€ 649.442)
(Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)	
Parteivorsitzender Generalsekretär Geschäftsführer	Jörg Urban Jan Zwerp Carsten Hütter
Parteivorsitzende seit 2013	Frauke Petry (2013–2017) Siegbert Droese (2017–2018, kommissarisch) Jörg Urban (seit 2018)
Anzahl Kreisverbände (2018)	13 Kreisverbände, die ihrerseits z.T. in Regional- bzw. Ortsgruppen untergliedert sind
Anzahl Regional- und Ortsgruppen (2018)	ca. 30
parteinahe Stiftung Name, Kontaktdaten	(bundesweit:) Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. Unter den Linden 21 10117 Berlin Tel.: (030) 403-669770 Internet: <a href="https://erasmus-stiftung.de/">https://erasmus-stiftung.de/</a> Bislang existiert keine AfD-nahe Stiftung in Sachsen. Zeitweise wurde u.a. erwogen, eine eigene sächsische Landestiftung zu gründen, die nach dem in Dresden geborenen Schriftsteller Theodor Körner benannt werden könnte.

Vorstandsvorsitzende (Bund)	Erika Steinbach
Namensgeber	Desiderius Erasmus von Rotterdam (1466–1536) war ein bedeutender Gelehrter des Renaissance-Humanismus. Als kritischer Denker und Zeitgenosse von Martin Luther war er Autor zahlreicher Bücher, v.a. theologischer Schriften und Satiren.
Landtagsfraktion Kontaktdaten	AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden Tel.: (0351) 493-4208 Internet: <a href="https://afd-fraktion-sachsen.de/">https://afd-fraktion-sachsen.de/</a>
Fraktionsvorsitzende seit 2014	Frauke Petry (2014–2017) Jörg Urban (seit 2017)

Parlamentsarbeit (nach Wahlperioden)	1. WP 1990	2. WP 1994	3. WP 1999	4. WP 2004	5. WP 2009	6. WP 2014
parlamentarische Anträge (einschl. Änderungs-, Dringlichkeits- und Entschließungsanträgen)						620
eingebrachte Gesetzesentwürfe (von Gesamtzahl Gesetzesentwürfe in WP)						24 (210)
Große Anfragen						28
Kleine Anfragen						3.595

(Quelle: Sächsischer Landtag, errechnet nach Angaben in <http://edas.landtag.sachsen.de/> – Parlamentsdokumente – Statistik – Parl. Initiativen. Alle Datenangaben einschl. gemeinsamer/interfraktioneller Initiativen (Doppelzählungen))

Anzahl aktueller Bundestagsabgeordneter	Die AfD Sachsen stellte zunächst 11 der 38 sächsischen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag (Legislaturperiode 2017–2021). Aufgrund eines sächsischen Fraktionsaustritts (F. Petry) sind es derzeit noch 10 Abgeordnete.
Anzahl aktueller Europaabgeordneter	Die AfD Sachsen stellt einen von fünf sächsischen Abgeordneten im 9. Europäischen Parlament (Legislaturperiode 2019–2024): Dr. Maximilian Krah.



**AfD-Landesvorsitzender Jörg Urban**  
(Quelle: AfD Sachsen)



**AfD-Wahlkampf mit Heißluftballon**  
(Quelle: AfD Sachsen)



**AfD-Wahlkampfmobil in Moritzburg 2018** (Quelle: AfD Sachsen)

Keine andere Partei hat in den vergangenen Jahren mehr politische und mediale Aufmerksamkeit erlangt als die AfD, obwohl sie – zunächst im Bund und kurz darauf in Sachsen – erst im Jahr 2013 gegründet wurde. Anfangs bestand das prägende Thema der Partei in ihrer Ablehnung der europäischen Finanz- und Währungspolitik, wofür unter anderem der Partei-Mitbegründer und Bundesvorsitzende Bernd Lucke und der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, thematisch einstanden. Als die „Griechenlandkrise“ im Jahr 2015 gerade abgewendet schien und die AfD an Zuspruch zu verlieren drohte, sorgte die Flüchtlingskrise für ihr neues Hauptthema: die Ablehnung der (anfangs sehr liberalen) Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Gleichzeitig vollzog die Partei einen von vielen als populistisch eingeschätzten Schwenk nach rechts, der seinen ersten Ausdruck in der Abwahl Luckes als Parteisprecher im Juli 2015 fand. Nicht wenige AfD-Anhänger empfinden das Attribut „populistisch“ sogar als ein Kompliment. Währenddessen gewann die sächsische AfD, die bei der Landtagswahl 2014 mit 9,7 Prozent der Zweitstimmen den Einzug in das Parlament erreicht hatte und deren Partei- und Fraktionsvorsitzende Frauke Petry zugleich Sprecherin der Bundes-AfD war, zusehends an Unterstützung der Bevölkerung. Dass sie der Landes-CDU am rechten Rand Konkurrenz machte, gefiel einem Großteil derjenigen Sachsen, die von der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung bzw. der Bundes-CDU enttäuscht waren. Innerhalb von vier Jahren verzeichnete die sächsische AfD eine Zunahme der Mitgliederzahl auf 2.300 (2018), und beim landesweiten Bundestagsergebnis gelang es ihr mit 27,0 Prozent, erstmals bei einer landesweiten Wahl in Sachsen seit 1990 die CDU (26,9 Prozent) auf den zweiten Platz zu verweisen.

Die AfD vertritt eine rechtskonservative und wirtschaftspolitisch meist liberale Programmatik, versucht sich aber gegen rechten Extremismus klar abzugrenzen. Analysten weisen jedoch zumindest hinsichtlich der Anhängerschaft der Partei darauf hin, dass sich ihr sächsischer Wahlerfolg 2017 (u. a. erstmals Gewinn von drei Direktmandaten in den ostsächsischen Bundestagswahlkreisen) nicht allein auf programmatisch von der AfD überzeugte Wähler stützte, sondern zu einem Teil einer Protestwahl gegen die Flüchtlingspolitik der Bundes-CDU und zu einem weiteren Teil dem Wechsel ehemaliger NPD-Wähler zur AfD zu verdanken war. Aber auch innerhalb der Bundes-AfD besteht ein rechtsnationaler Flügel, zu deren Hauptvertretern der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke und – bis zu seinem Parteiaustritt Anfang 2019 – der sachsen-anhaltinische Parteivorsitzende André Poggenburg zähl(t)en. Als sich Frauke Petry gegen diesen Flügel politisch nicht durchsetzen konnte, verließ sie im September 2017 die AfD, um „Die blaue Partei“ zu gründen (vgl. Kapitel 4.10.). Weil ihr vier weitere AfD-Landtagsabgeordnete

folgten, schrumpfte die AfD-Landtagsfraktion von 14 auf 9 Abgeordnete. Neuer sächsischer Partei- und Fraktionsvorsitzender wurde Jörg Urban, der zuvor kurzzeitig Mitglied der Piratenpartei und Geschäftsführer der Grünen Liga Sachsen gewesen war. Beobachter bescheinigen der sächsischen AfD-Fraktion eine durchaus um Konstruktivität bemühte Parlamentsarbeit. Zugleich bedient sich die Fraktion aufällig häufig des Mittels kleiner parlamentarischer Anfragen, was aber – zumal für oppositionelle Fraktionen – generell völlig legitim ist. Parteiintern kam es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, die insbesondere das Verhältnis der Partei zur PEGIDA-Bewegung betrafen. Spätestens seit der Beteiligung von PEGIDA am „Schweigemarsch“ dreier AfD-Landesverbände (einschließlich des sächsischen) in Chemnitz am 1. September 2018 sprachen manche politische Beobachter bereits von einem „Schulterschluss“ der AfD mit der populistischen Bewegung, wogegen sich die Partei allerdings zu Recht verwahrte und auf einen entsprechenden Bundesbeschluss verwies. Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt urteilt allerdings, dass die AfD faktisch und funktional die institutionell verstetigte politische Fortsetzung dessen darstellt, wofür die – sich langsam abschwächende – PEGIDA-Bewegung nur den Auftakt bildete: die Auffüllung einer politischen „Repräsentationslücke“ rechts der CDU. Die AfD hat bereits mehrere Abspaltungen hinnehmen müssen. Zuletzt bedeutete der Parteiaustritt von André Poggenburg und dessen Gründung der Partei „Aufbruch deutscher Patrioten“ Anfang 2019 einen Ausbruch nach weiter „rechts“. Zuvor hatten die Abspaltung des „Lucke-Flügels“ 2015 und des „Petry-Flügels“ 2017 jeweils – einmal unfreiwillig, einmal freiwillig – Ausbrüche nach (relativ) „links“ dargestellt. Umfragewerte legen allerdings nahe, dass die partiinternen Umbrüche der AfD in der Wählergunst bislang noch nicht geschart haben. Auf einige Kritik stießen hingegen Ende 2018 die vermuteten finanziellen Unregelmäßigkeiten einer prominenten Parteivertreterin auf Bundesebene ebenso wie das von der AfD auch in Sachsen betriebene Internet-Portal, wo Lehrer gemeldet werden können, die sich im Unterricht nicht hinreichend „politisch neutral“ positionieren.

Im Frühsommer 2019 präsentierte sich die AfD hinsichtlich ihrer Aussichten für die Landtagswahl sehr zuversichtlich, nachdem sie mit ihrem sächsischen Europawahl-Ergebnis vom 26. Mai 2019 die CDU erneut überflügeln konnte (mit 25,3 gegenüber 23,0 Prozent) und ihr Kandidat für die Görlitzer Oberbürgermeisterwahl trotz einer faktischen Allparteienkoalition der anderen Parteien nur relativ knapp unterlag. Am 5. Juli 2019 entschied dann jedoch der Landeswahlausschuss, dass die AfD bei der Anmeldung ihrer Landesliste einen Formfehler begangen habe (Aufstellung in zwei zeitlich getrennten Versammlungen), weswegen die AfD-Liste jetzt nur noch 18 statt 61 Kandidaten umfasst.

## 4.5. FDP Sachsen

# Freie Demokraten

FDP SACHSEN

Parteiname und Abkürzung	Freie Demokraten Sachsen (FDP), „Die Liberalen“, Landesverband der Freien Demokratischen Partei
Gründungsort und -datum	Dresden, 18. August 1990 (hervorgegangen aus der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), der Deutschen Forumspartei (DFP) und der FDP der DDR)
Kontaktdaten Landesverband	FDP-Landesverband Sachsen Liberales Haus Radeberger Straße 51 01099 Dresden Tel.: (0351) 655–7650 Internet: <a href="http://www.fdp-sachsen.de">www.fdp-sachsen.de</a>



	1990	1994	1999	2004
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	5,3	1,7	1,1	5,9
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b> <b>Direktmandate</b>	9 (von 160) (0/80)			7 (von 124) (0/60)
<b>Regierungsbeteiligung (Ministerien)</b>	-			-
<b>Parteimitglieder</b>	25.363	6.635	3.261	2.550

	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	10,0	3,8	6,0/5,0 (Umfragen Juni/Juli 2019)	
<b>Sitze im Landtag (Fraktion)</b> <b>Direktmandate</b>	14 (von 132) (0/60)			
<b>Regierungsbeteiligung (Ministerien)</b>	Koalition mit CDU 2			
<b>Parteimitglieder</b>	2.749	2.112	2.090 (31.12. 2018)	

## Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen

Organe des Landesverbandes sind der Landesparteitag, die Landesvertreterversammlung und der Landesvorstand. Der **Landesparteitag** setzt sich aus 250 Delegierten der Kreisverbände zusammen. Als höchstes Beschlussgremium der sächsischen Liberalen tagt er zweimal jährlich. Die **Landesvertreterversammlung** (250 Delegierte der Kreisverbände) entscheidet alle fünf Jahre über die Kandidatenlisten für Landtags- und Bundestagswahlen. Der **Landesvorstand** ist das Führungsgremium der Partei. Ihm gehören der Vorsitzende, der Generalsekretär, drei Stellvertreter, ein Schatzmeister und 13 Beisitzer an. Ein weiteres Gremium, der **Landesparteirat**, entscheidet über grundlegende strategische Fragen. Ihm gehören neben dem Landesvorstand jeweils 2 gewählte Vertreter aller 13 Kreisverbände sowie die Vorsitzenden der FDP-Partnerorganisationen an. Derzeit bestehen **Landesfachausschüsse (LFA)** und **Arbeitskreise (AK)** zu folgenden Themenfeldern: LFA Wirtschaft, Gründergeist und Finanzen, LFA Mobilität und Landesentwicklung, LFA Beste Bildung für Sachsen, LFA Wissenschaft, Hochschule, Innovation, LFA Innen- und Rechtspolitik, LFA Kultur, Medien und Sport, LFA Europa und internationale Politik, AK Digitale Gesellschaft, AK Gesundheit und Pflege, AK Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft, AK Handwerkspolitik. Unabhängige **Partnerorganisationen** umfassen: JuliA – Jungliberale Aktion Sachsen, Liberale Arbeitnehmer Sachsen e.V., Liberale Frauen Sachsen, Liberale Senioren Sachsen, Vereinigung Liberaler Juristen e.V. (VLJ), Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker e.V. (VLK)

<b>Gesamteinnahmen 2017 (2016)</b>	€ 746.656 (€ 627.197)
<b>Gesamtausgaben 2017 (2016)</b> <b>(Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)</b>	€ 780.618 (€ 573.293)
<b>Parteivorsitzender Generalsekretär Geschäftsführer</b>	Holger Zastrow Torsten Herbst Thomas Widra
<b>Parteivorsitzende seit 1990</b>	Joachim Günther (1990–1995) Klaus Haupt (1995–1997) Rainer Ortlob (1997–1999) Holger Zastrow (seit 1999)
<b>Anzahl Kreisverbände (2018)</b>	13 Kreisverbände, die ihrerseits in Stadt- und Ortsverbände untergliedert sind
<b>Anzahl Stadt- und Ortsverbände (2018)</b>	77
<b>parteinahe Stiftung Name, Kontaktdata</b>	Wilhelm-Külz-Stiftung (seit 1991) Radeberger Straße 51 01099 Dresden Tel.: (0351) 655 – 76520 Internet: <a href="https://kuelz-stiftung.de/">https://kuelz-stiftung.de/</a>
<b>Vorsitzender des Verwaltungsrates</b>	Benjamin Karabinski

<b>Namensgeber</b>	Wilhelm Külz (1875–1948) (DDP, LDP, DPD) war ein liberaler Politiker während der Weimarer Republik und in der Nachkriegszeit, u.a. 1926–27 Reichsminister des Innern, ab 1931 Oberbürgermeister von Dresden, wurde 1933 suspendiert wg. Verweigerung der Nazi-Flaggenhissung auf dem Rathaus. 1945 war er Mitbegründer der Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), 1947 Wahl zum Vorsitzenden der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) (gemeinsam mit Theodor Heuss).
<b>Landtagsfraktion</b>	- derzeit keine Fraktion -
<b>Fraktionsvorsitzende seit 1990</b>	Günter Kröber (1990–1993) Ludwig Martin Rade (1993–1994) Holger Zastrow (2004–2014)

Parlamentsarbeit Landtagsfraktion (nach Wahlperioden)	1. WP 1990	2. WP 1994	3. WP 1999	4. WP 2004	5. WP 2009	6. WP 2014
parlamentarische Anträge (einschl. Änderungs-, Dringlichkeits- und Entschließungsanträgen)	276			274	226	
eingebrachte Gesetzesentwürfe (+ via Staatsregierung) (von Gesamtzahl Gesetzesentwürfe in WP)	15 (277)			23 (211)	27 (Anteil von) 87 (180)	
<b>Große Anfragen</b>	4			10	3	
<b>Kleine Anfragen</b>	149			1.520	261	

(Quelle: Sächsischer Landtag. Daten für die Wahlperioden 1, 2 und 3 z.T. übernommen aus Demuth/Lemp (Hrsg.) 2006, S.227f; Daten ab 4. Wahlperiode errechnet nach Angaben in <http://edas.landtag.sachsen.de/> – Parlamentsdokumente – Statistik – Parl. Initiativen. Alle Datenangaben einschl. gemeinsamer/interfraktioneller Initiativen (Doppelzählungen))

<b>Anzahl aktueller Bundestagsabgeordneter</b>	Die FDP Sachsen stellt 3 der 38 sächsischen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag (Legislaturperiode 2017–2021).
<b>Anzahl aktueller Europaabgeordneter</b>	keine



Holger Zastrow, FDP-Landesvorsitzender (Quelle: FDP Sachsen)



„Liberales Haus“ im Dresdner Preußischen Viertel, seit 2006 Sitz der Landes-FDP  
(Quelle: FDP Sachsen)

Die politische Entwicklung der sächsischen Liberalen, die außerordentlich gut wissenschaftlich dokumentiert ist (vgl. umfangreiche Darstellung der FDP-Entwicklung in den Monografien von Illing 2015 und Widra 2016), war seit 1990 von einem Auf und Ab geprägt. Die aus der LDPD (bzw. LDP), der Deutschen Forumpartei (DFP) und der FDP der DDR hervorgegangene Partei konnte 1990 mit 5,3 Prozent knapp in den ersten Sächsischen Landtag einziehen, war dann jedoch in der zweiten und dritten Wahlperiode nicht mehr parlamentarisch vertreten. Gleichzeitig schmolz die Mitgliederbasis in den 1990er Jahren stark ab, weil sich viele der aus der DDR-Zeit „übernommenen“ Liberalen politisch umorientierten. Die Mitgliederzahl schrumpfte von über 25.000 im Jahr 1990 auf unter 3.000 im Jahr 2000 – und ist seitdem noch weiter auf knapp 2.100 abgefallen.

Unter dem seit 1999 bis heute amtierenden Parteivorsitzenden Holger Zastrow gelang im Jahr 2004 zunächst der Wiedereinzug ins Parlament (5,9 Prozent), und im Jahr 2009 reichte das bisher beste FDP-Ergebnis von 10,0 Prozent sogar zur Regierungsbeteiligung als Koalitionspartner der CDU unter Ministerpräsident Tillich, wobei die FDP zwei Minister stellte: Sven Morlok wurde Wirtschaftsminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Jürgen Martens wurde Justiz- und Europaminister. Hingegen verzichtete der Partei- und Fraktionsvorsitzende Zastrow auf ein Ministeramt. In der Regierung betrieb die FDP eine ihrer Programmatik entsprechende Politik der Wirtschafts- und speziell Mittelstandsförderung. In der Schulpolitik wurde mit Zustimmung der FDP das von der vorangegangenen CDU/SPD-Koalition auf Betreiben der SPD initiierte Projekt „Gemeinschaftsschulen“ wieder eingestellt. Dafür wurden im Jahr 2013 die sächsischen Mittelschulen in Oberschulen umbenannt.

Bei der Wahl 2014 stürzte die sächsische FDP mit einem Ergebnis von 3,8 Prozent direkt aus der Regierungsverantwortung wieder in die außerparlamentarische Opposition ab. Dabei geriet die Landes-FDP in den Sog eines zeitgleichen politischen Abwärtstrends der Bundes-FDP, obwohl Zastrow stets versucht hat, den Landesverband mit einem strikt marktliberalen und unternehmerische Eigenverantwortung betonenden Kurs von der Bundespartei abzugrenzen. Zastrow konnte sich trotz der Wahlniederlage 2014 – und ungeachtet einiger parteiinterner Diskussionen über mögliche personelle Konsequenzen – weiterhin als FDP-Landesvorsitzender behaupten. In den vergangenen Jahren zeigten einzelne Repräsentanten der sächsischen FDP gegenüber der rechtspopulistischen PEGIDA-Bewegung nicht immer dieselbe kritische Distanz wie gegenüber Parteien links der politischen Mitte, mit denen womöglich künftige Koalitionen einzugehen insbesondere der Landesvorsitzende nachdrücklich ablehnt.

Mit Ingolf Roßberg (2001–2008) und Dirk Hilbert (seit 2015) stellt(e) die FDP

bereits zwei Dresdner Oberbürgermeister in diesem Jahrtausend. Die Landespartei verspürt derzeit wieder einen politischen Aufwärtstrend, seit sie beim sächsischen Ergebnis der Bundestagswahl 2017 mit 8,2 Prozent das beste FDP-Ergebnis aller ostdeutschen Flächenländer erzielte. Gleichwohl deuten aktuelle Umfragewerte darauf hin, dass 2019 der Wiedereinzug der FDP in den Landtag noch nicht gesichert erscheint.

## 4.6. Bündnis 90 / Die Grünen Sachsen



Parteiname und Abkürzung      BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen (Grüne)

Gründungsort und -datum      Zwickau, 27.09.1991 (hervorgegangen aus dem unabhängigen sächsischen Landesverband der Grünen; im Landtag bereits seit Oktober 1990 mit dem Namen Listenvereinigung Forum (Neues Forum-Bündnis-Grüne) vertreten)

Kontaktdaten Landesverband      BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen  
Landesgeschäftsstelle  
Wettiner Platz 10  
01067 Dresden  
Tel. (0351) 494–0108  
Internet: [www.gruene-sachsen.de](http://www.gruene-sachsen.de)

	1990	1994	1999	2004
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	5,6 (Forum)	4,1	2,6	5,1
<b>Sitze im Landtag (Fraktion) Direktmandate</b>	10 (von 160) (0/80)			6 (von 124) (0/60)
<b>Regierungsbeteiligung</b>	-			-
<b>Parteimitglieder</b>	-	1.056	1.052	907

	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
<b>Ergebnis Landtagswahl (%)</b>	6,4	5,7	14,0/12,0 (Umfragen Juni/Juli 2019)	
<b>Sitze im Landtag (Fraktion) Direktmandate</b>	9 (von 132) (0/60)	8 (von 126) (0/60)		
<b>Regierungsbeteiligung</b>	-	-		
<b>Parteimitglieder</b>	1.117	1.373	1.913 (31.12. 2018)	

<b>Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen</b>	<p>Organe des Landesverbandes sind die Landesversammlung, der Parteirat, der Landesvorstand, die Kreiskassiererkonferenz, die Rechnungsprüfungskommission und das Landesschiedsgericht. Als oberstes Gremium besteht die <b>Landesversammlung</b> aus 120 Mitgliedern und übernimmt faktisch die Funktion eines Landesparteitags. Jeder Kreisverband entsendet drei Delegierte, die GRÜNE JUGEND Sachsen entsendet zwei Delegierte. Auf die Kreisverbände werden zusätzlich 79 Delegierte verteilt.</p> <p>Der <b>Landesvorstand</b> führt die laufenden Geschäfte und besteht aus zwei Landesvorstandssprechern (quasi Landesparteivorsitzenden), dem Schatzmeister und bis zu drei weiteren Mitgliedern. Der Landesvorstand muss mindestens zur Hälfte aus weiblichen Personen bestehen, wobei von den beiden Landesvorstandssprechern mindestens eine Person weiblich sein muss.</p> <p>Der <b>Parteirat</b> ist das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Landesversammlungen und besteht aus 16 Mitgliedern. Ihm gehören die beiden SprecherInnen des Landesvorstandes sowie 14 von der Landesversammlung gewählte Personen an.</p> <p>Der Landesverband verfügt derzeit über <b>Landesarbeitsgemeinschaften</b> (LAGs) zu folgenden Bereichen: Bildung, Christinnen und Christen, Demokratie und Recht, Energie und Klima, Europa und Internationales, Geschlechterpolitik, Gewerkschaftsgrün, Haushalt und Finanzen, Hochschule, Kultur, Medien und Netzpolitik, Migration / Integration / Antidiskriminierung, Mobilität und Verkehr, Ökologie und Landwirtschaft, Soziales, Tierschutz, Wirtschaft. Die GRÜNE JUGEND ist eine unabhängige Gliederung des Landesverbandes. Der Landesverband ermöglicht zudem die Beteiligung Freier MitarbeiterInnen und Freier Gruppen.</p>	
<b>Gesamteinnahmen 2017 (2016)</b> <b>Gesamtausgaben 2017 (2016)</b> <b>(Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)</b>	€ 871.471 (€ 627.197) € 807.034 (€ 573.293)	
<b>Landesvorstandssprecher</b> <b>Geschäftsführer</b>	Christin Melcher, Norman Volger  Mathias Weilandt	
<b>Landesvorstandssprecher (quasi Parteivorsitzende) seit 1991</b>	Gunda Röstel (1991–1994) Gerda Vieczens (1994–1996) Kornelia Müller (1996–1999) Anne-Katrin (Pino) Olbrich (1999–2001) (keine Sprecherin 2001–2005) Eva Jähnigen (2005–2010) Claudia Maicher (2010–2014) Christin Bahnert (2014–2016) Christin Melcher (seit 2016)	Heiko Weigel (1991–1994) Karl-Heinz Gerstenberg (1994–2005) Claus Krüger (2005–2007) Rudolf Haas (2007–2009) Volkmar Zschocke (2010–2014) Jürgen Kasek (2014–2018) Norman Volger (seit 2018)
<b>Anzahl Kreisverbände (2018)</b>	13 Kreisverbände, die ihrerseits in Orts-, Stadt- und Regionalverbände untergliedert sind	
<b>Anzahl Orts-, Stadt- und Regionalverbände (2018)</b>	ca. 25	

<b>parteinahe Stiftung Name, Kontaktdaten</b>	Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. (seit 1992) Kraftwerk Mitte 32/Trafohalle 01067 Dresden Tel.: (0351) 850 - 75100 Internet: <a href="http://www.weiterdenken.de">www.weiterdenken.de</a>
<b>Vorsitzende</b>	Anne-Katrin (Pino) Olbrich, Gesine Wegner, Gesine Märtens
<b>Namensgeber</b>	Heinrich Böll (1917–1985) war ein deutscher Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger (1972). In „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ (1974) setzte er sich kritisch mit dem Axel Springer Verlag auseinander. Zu Bölls bekanntesten Werken zählen außerdem „Ansichten eines Clowns“ (1963) und „Ende einer Dienstfahrt“ (1966).
<b>Landtagsfraktion Kontaktdaten</b>	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden Tel.: (0351) 493 - 4800 Internet: <a href="http://www.gruene-fraktion-sachsen.de">www.gruene-fraktion-sachsen.de</a>
<b>Fraktionsvorsitzende seit 1990</b>	Martin Böttger (1990–1992) Michael Weber (1992–1993) Klaus Gaber (1993–1994) Antje Hermenau (2004–2014) Volkmar Zschocke (2014–2018) Wolfram Günther (seit 2018)

Parlamentsarbeit Landtagsfraktion (nach Wahlperioden)	1. WP 1990	2. WP 1994	3. WP 1999	4. WP 2004	5. WP 2009	6. WP 2014
<b>parlamentarische Anträge (einschl. Änderungs-, Dringlichkeits- und Entschließungsanträgen)</b>	442			486	480	426
<b>eingebrachte Gesetzesentwürfe (von Gesamtzahl Gesetzesentwürfe in WP)</b>	32 (277)			24 (211)	26 (180)	29 (210)
<b>Große Anfragen</b>	19			20	14	17
<b>Kleine Anfragen</b>	258			1.750	2.926	3.119

(Quellen: Sächsischer Landtag. Daten für die Wahlperioden 1, 2 und 3 z.T. übernommen aus Demuth/Lempp (Hrsg.) 2006, S.227f; Daten ab 4. Wahlperiode errechnet nach Angaben in <http://edas.landtag.sachsen.de/> – Parlamentsdokumente – Statistik – Parl. Initiativen. Alle Datenangaben einschl. gemeinsamer/interfraktioneller Initiativen (Doppelzählungen).)

Anzahl aktueller Bundestags-abgeordneter	Bündnis 90/Die Grünen Sachsen stellen 2 der 38 sächsischen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag (Legislaturperiode 2017–2021).
Anzahl aktueller Europa-abgeordneter	Bündnis 90/Die Grünen Sachsen stellen eine von fünf sächsischen Abgeordneten im 9. Europäischen Parlament (Legislaturperiode 2019–2024): Anna Cavazzini.

Die aus Teilen der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangenen sächsischen Grünen erreichten zwar 1990 als Listenverbindung „Neues Forum – Bündnis – Grüne (FORUM)“ den Einzug in den Landtag (noch bevor die Landespartei im Jahr 1991 offiziell gegründet wurde), waren dann aber in der zweiten und dritten Wahlperiode dort nicht mehr vertreten und mussten auch in den Jahren seit 2004 stets erneut um ihren Parlamentseinzug bangen, der aber mit Werten zwischen 5,1 und 6,4 Prozent dreimal in Folge knapp erreicht wurde. Der Partei fehlt es an einer breiten Mitgliederbasis vor allem in den ländlichen Räumen, wo der Ökologiegedanke in Sachsen nur relativ schwach parteipolitisch verwurzelt ist, zumal gerade in der Nachwendezeit zunächst materielle wirtschaftliche Belange überwogen. Insofern blieben der Partei lange Zeit als Kernklientel vor allem alternative und studentisch geprägte Großstadtmilieus. Der Mitgliederbestand bewegte sich zwischen 1990 und 2015 auf einem konstant niedrigen Niveau von rund 1.000. Erst in allerletzter Zeit nahm die Mitgliederzahl auf etwa 1.900 im Jahr 2018 deutlich zu, getragen offenbar von der Sympathiewelle, die den Grünen derzeit auf Bundesebene entgegenschlägt, seit sie sich dort – gerade unter dem amtierenden neuen Bundesvorstand – politisch moderater und liberaler zeigen als in der Zeit zuvor. Seit einiger Zeit ist die Partei auch für schwarz-grüne Koalitionen offen (oder für grün-schwarze, wie in Baden-Württemberg seit 2016). In Sachsen war die ehemalige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag seit 2004, Antje Hermenau, mit eben solchem Ansinnen bei einem Landesparteitag nach der Wahl 2014 an der eigenen Partei gescheitert. Zuvor war die Partei insbesondere durch Karl-Heinz Gerstenberg mit geprägt worden, der zwischen 1994 und Januar 2005 durchgängig der männliche Landesvorstandssprecher war. Dieses Amt teilen sich bei Bündnis 90/Die Grünen satzungsgemäß seit 1991 je ein weibliches und ein männliches Mitglied, wobei der weibliche Part zwischen 2001 und Anfang 2005 mangels amtsbereiter Kandidatinnen in zwei der jeweils zweijährigen Wahlperioden unbesetzt blieb.

Seit der Wahl 2014 haben die sächsischen Grünen ihr programmatisches Profil geschärft und weiter ausdifferenziert. Zwar geht es ihnen weiterhin zentral um Belange des Umwelt- und Naturschutzes und darum, dass diese Themen in Sachsen nicht länger „als Spielwiese für Fröscheversteher verlacht“ werden (so die Partei auf ihrer Internet-Homepage), sowie um etliche weitere schon seit langem bear-



**Christin Melcher, Landesvorstandssprecherin Bündnis 90/Die Grünen Sachsen**  
(Foto: Matthias Jobke)



**Norman Volger, Landesvorstandssprecher Bündnis 90/Die Grünen Sachsen**  
(Foto: Matthias Jobke)



**Landesparteitag Bündnis 90/Die Grünen Sachsen in Leipzig 2018**  
(Foto: Henning Croissant)

beitete Politikfelder von der Gleichstellungs- und Genderpolitik bis hin zur Klima- und Energiepolitik. Jetzt aber hat sich die Landespartei auch den Bereichen „Verkehrspolitik“ und „Förderung ländlicher Räume“ verstärkt zugewandt und dazu viel beachtete politische Konzepte erarbeitet. Gleiches trifft auf das Thema „Mietpreisentwicklung in den Städten“ zu, wobei die Grünen das Ziel verfolgen, eine weitere „Gentrifizierung“ zu verhindern, das heißt die Verdrängung alt eingesessener Mieterschichten durch finanziertige neue Mieter nach Luxussanierungen. Die Grünen erhalten auch viel Zuspruch für ihre Forderungen zur Einstellung von mehr Lehrern und Polizisten, obwohl sie mit diesen Anliegen unter den Parteien keineswegs allein dastehen.

## 4.7. NPD Sachsen



Parteiname und Abkürzung Nationaldemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen (NPD)

Gründungsort und -datum Dresden, 02. September 1990

Kontaktdaten Landesverband Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD),  
Landesverband Sachsen  
Geschwister-Scholl-Str. 4  
01591 Riesa  
Tel.: (03525) 875185  
Internet: <https://npd-sachsen.de/>

	1990	1994	1999	2004	2009	2014	2016/2018	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtags- wahl (%)	0,7	-	1,4	9,2	5,6	4,95	1,5 (Umfrage Okt. 2016, = letzte Auswei- sung)	
Sitze im Landtag (Fraktion)				12 (von 124) (0/60)	8 (von 132) (0/60)			
Direktmandate								
Regierungs- beteiligung				-	-			
Parteimitglieder	k.A.	107	1.317	942	930	619	ca. 300 (2018)	

<b>Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen</b>	k.A. Frauenorganisation: Ring Nationaler Frauen (RNF) Jugendorganisation: Junge Nationalisten (JN) (= Name seit 2018; zuvor: Junge Nationaldemokraten) <i>(Anm.: Derzeit ist eine aktuelle Geschäftsordnung der NPD Sachsen offenbar nicht öffentlich verfügbar. Lediglich die Satzung der Bundespartei von 2015 liegt vor.)</i>
Gesamteinnahmen 2016 Gesamtausgaben 2016 (Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)	€ 126.771 € 107.380
Parteivorsitzender und Landesgeschäftsführer	Jens Baur
Parteivorsitzende seit 1990	Jürgen Schön (1990–1993) Torsten Keil (1993–1996) Winfried Petzold (1996–2009) Holger Apfel (2009–2012) Mario Löffler (2012–2013) Holger Szymanski (2013–2015) Jens Baur (seit 2015)
Anzahl Kreisverbände (2018)	9 (nach Fusionen einzelner NPD-Strukturen, u.a. der Kreisverbände Leipzig mit Landkreis Leipzig sowie Chemnitz mit Mittelsachsen im Jahr 2015)
Anzahl Ortsgruppen (2018)	k.A.
<b>parteinahe Stiftung Name, Kontaktdaten</b>	Bildungswerk für Heimat und Nationale Identität e.V. (seit 2005). Der Sitz des Vereins ist Dresden. 2015 stellte das Bildungswerk seine Aktivitäten aber ein und verfügt auch über keinen Internetauftritt mehr. Lediglich die dem Bildungswerk zugeschriebene Publikation eines Magazins „Gegenlicht“ im Jahr 2017 bildete offenbar eine Ausnahme.
Vorsitzender	k.A.
Namensgeber	-
<b>Landtagsfraktion</b>	- derzeit keine Fraktion-
Fraktionsvorsitzende seit 2004	Holger Apfel (2004–2013) Holger Szymanski (2014)

Parlamentsarbeit Landtagsfraktion (nach Wahlperioden)	1. WP 1990	2. WP 1994	3. WP 1999	4. WP 2004	5. WP 2009	6. WP 2014
parlamentarische Anträge (einschl. Änderungs-, Dringlichkeits- und Entschließungsanträgen)				471	274	
eingebrachte Gesetzes- entwürfe (von Gesamtzahl Gesetzes- entwürfe in WP)				10 (211)	5 (180)	
Große Anfragen				10	10	
Kleine Anfragen				2.648	2.828	

(Quelle: Sächsischer Landtag, errechnet nach Angaben in <http://edas.landtag.sachsen.de/> – Parlamentsdokumente – Statistik – Parl. Initiativen. Alle Datenangaben einschl. gemeinsamer/interfraktioneller Initiativen (Doppelzählungen))

Anzahl aktueller Bundestagsabgeordneter	keine
Anzahl aktueller Europaabgeordneter	keine

Der seit 1990 bestehende Landesverband der NPD trat bislang – außer im Jahr 1994 – immer zu den sächsischen Landtagswahlen an. Nachdem die anfänglichen Wahlergebnisse marginal blieben, gelang der Partei 2004 und 2009 zweimal in Folge der Einzug in das Parlament (dies ist ein in Deutschland bislang einmaliger Fall), und im Jahr 2014 wurde ein dritter Parlamentseinzug mit dem Ergebnis von 4,95 Prozent nur sehr knapp verfehlt. Die NPD wird vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft und deshalb observiert. Während die NPD im Landtag vertreten war, wurde sie die längste Zeit vor allem durch ihren damaligen Vorsitzenden Holger Apfel repräsentiert, bevor dieser Ende 2013 die Partei verließ. Im Landtag sorgte die NPD für einige Eklats. Zwei Beispiele unter mehreren: Im Januar 2005 verweigerte sich die NPD einer Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus, und Apfel bezeichnete bei seiner folgenden Parlamentsrede den 8. Mai 1945 als den „Tag der vermeintlichen Befreiung Deutschlands“, während ein weiterer NPD-Abgeordneter hinsichtlich der alliierten Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 von einem „Bomben-Holocaust“ sprach. Und im Juni 2012 provozierte die NPD durch das Tragen von Kleidung der bei Rechtsextremen beliebten Modemarke Thor Steinar die polizeiliche Aufforderung, sich aus dem Landtag zu entfernen. Während ihrer Zeit im sächsischen Landesparlament wurde die NPD von den anderen Fraktionen stets gemieden.

Programmatisch vertritt die sächsische NPD einsteils deutschationale Forderungen und wendet sich gegen Ausländer und „Asylbetrug“, andernteils warb sie auf Wahlplakaten der vergangenen Jahre auch mit sozialpolitischen Themen. Das



**Jens Baur, Landesvorsitzender der NPD Sachsen** (Quelle: NPD Sachsen)



**NPD-Infostand beim Tag der Sachsen 2018, Torgau** (Quelle: NPD Sachsen)

Bundesverfassungsgericht stellte jedoch (bezüglich der Bundes-NPD) fest, zur Parteiprogrammatik gehöre auch die Schaffung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft, die Durchsetzung einer rassistischen Ideologie sowie das Streben nach Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag 2014 ging die politische Bedeutung der sächsischen NPD zurück. Insbesondere seit dem Jahr 2016 wurden nur noch vereinzelte Aktivitäten in Dresden, Meißen und in der Sächsischen Schweiz festgestellt. Derzeit spielt die Partei landesweit keine wichtige Rolle mehr. Nach den Kreistagswahlen 2019 ist die NPD in noch lediglich fünf Kreistagen mit insgesamt sechs Mandatenten vertreten, und im Dresdner Stadtrat sitzen nun keine NPD-Vertreter mehr. Das hängt einsteils mit dem weitgehenden Entzug der Unterstützung seitens rechtsgerichteter Bevölkerungsteile zusammen (der durch das Erstarken von PEGIDA und AfD zumindest mitbedingt ist), andernteils mit parteiinternen Konflikten der NPD.<sup>15</sup> Auf der Homepage der in Riesa ansässigen und nach Schätzungen noch ca. 300 Mitglieder zählenden sächsischen NPD werden heute – abgesehen von Informationen über den Vorstand – nur spärliche Einsichten in das Partieleben vermittelt. Die Partei versucht jedoch, im Jahr 2019 wieder in den Landtag einzuziehen und wirbt dafür auf ihrer Homepage um Unterstützung. Ihr Umfragewert lag allerdings zuletzt bei lediglich 1,5 Prozent. Die Landes-NPD konnte offensichtlich keinen Profit daraus ziehen, dass im Januar 2017 auch das zweite NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte.

Das Gericht begründete die Ablehnung des Verbotsantrages unter anderem mit dem Argument der sogenannten „Potenzialität“: Es mangele der NPD an Gewicht, ihre Ziele durchzusetzen. Nur wenn eine Partei eine realistische Chance habe, ihre extremistischen Ziele zu verwirklichen, stelle sie eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie dar. Derweil laufen politische Bestrebungen, die NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Es wurde bereits eine Ergänzung des Artikels 21 des Grundgesetzes beschlossen, der zufolge Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, von staatlicher Finanzierung auszuschließen sind. Die Entscheidung darüber trifft wiederum das Bundesverfassungsgericht, wenn es in dieser Sache angerufen wird.

---

<sup>15</sup> Statt der NPD gewinnt z.Zt. eher die rechtsextreme Organisation „Der III. Weg“ an Zulauf, die aber nicht als Partei zur Landtagswahl 2019 zugelassen wurde.

## 4.8. Piratenpartei Sachsen



Parteiname und Abkürzung      Piratenpartei Sachsen (Piraten)

Gründungsort und -datum      Dresden, 08. August 2008

Kontaktdaten Landesverband      Piratenpartei Sachsen  
Rothenburger Str. 7  
01099 Dresden  
Tel.: (0351) 4188–65340  
Internet: [piraten-sachsen.de](http://piraten-sachsen.de)

	2009	2014	2018	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtagswahl (%)	1,9	1,1	keine Umfragedaten	
Parteimitglieder	ca. 300	ca. 850	ca. 250	

## Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen

Organe sind der Vorstand, die Landesparteitag, das Landeschiedsgericht.

Der Landesvorstand vertritt den Landesverband nach innen und außen. Er besteht aus mindestens 3 und höchstens 9 Mitgliedern. Der Landesparteitag, das oberste Beschlussorgan, ist die Mitgliederversammlung auf Landesebene und entspricht so den Vorgaben zum Parteitag gemäß § 9 PartG. Der Landesparteitag tagt mindestens einmal jährlich und kann als Präsenzveranstaltung oder über Computernetzwerke als virtueller Landesparteitag (vLMV) durchgeführt werden, im letzteren Fall aber nur ohne Satzungsänderungen und ohne geheime Abstimmungen oder Wahlen.

Gesamteinnahmen 2016	€ 40.333
Gesamtausgaben 2016 (Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)	€ 33.014
Parteivorsitzender Generalsekretär Geschäftsführer	Henry Knut Michael Achim Pochert Steve König
Parteivorsitzende seit 2008	Es gab es schon viele Vorsitzende der sächsischen Piraten, z.B. allein fünf zwischen 2008 und 2010, da die Vorstandsvorsitzenden bei fast jedem Parteitag neu gewählt werden. Erster Vorsitzender war 2008 Matthias Schüttke. Anfang 2019 amtiert Henry Knut Michael.
Anzahl Kreisverbände (2018)	Von zwischenzeitlich 11 Kreisverbänden hat sich mindestens einer (Erzgebirgskreis) offiziell aufgelöst, von den übrigen sind derzeit lediglich vier aktiv (Dresden, Leipzig, Chemnitz, Meißen).
Anzahl Ortsverbände (2018)	1 (Dresden-Neustadt)



Eindruck von einem Landesparteitag der sächsischen Piratenpartei  
(Lizenz: CC-BY Christian 'cpradi' Prade)



Die 2008 sowohl im Bund als auch in Sachsen gegründete Piratenpartei ist eine Bewegungspartei mit einem Netzwerk aus relativ locker verbundenen Aktivisten. Ein zentrales Anliegen der sehr internet-affinen Partei ist die Stärkung der Bürgerrechte und die Durchsetzung von mehr direkter Demokratie. Einiges Aufsehen erregte bundesweit z. B. das Konzept der „Liquid Democracy“, einer Mischform aus indirekter und direkter Demokratie mit fließenden Übergängen.

Weil die Piraten weithin als Protestpartei wahrgenommen wurden, schlug ihnen anfangs viel Sympathie entgegen, die der Partei in den Jahren 2011 und 2012 den Einzug in vier deutsche Landtage und 2014 in das Europäische Parlament sicherte. In Sachsen reichte es bei den Landtagswahlen nur zu Ergebnissen von 1,9 bzw. 1,1 Prozent (2009, 2014), und auch in den anderen Bundesländern sank die Partei mittlerweile wieder auf dieses Niveau ab. Die Schuld für das schnelle Ende der Euphorie liegt nach Einschätzung vieler Beobachter zum großen Teil bei der Partei selbst, die sich gegenüber der Wählerschaft und in den Parlamenten mehrfach politisch ungeschickt verhielt. Dabei erwies sich die wohl für breite Schichten in manchen Punkten zu sperrige und seitens der Partei nicht hinreichend vermittelte Programmatik ebenso als ein Problem wie manch personelle Diskontinuitäten der Partei. Erschwerend kam vermutlich speziell in Sachsen hinzu, dass die Programmatik der Piratenpartei wegen ihrer relativen Linksorientierung nicht auf sehr große Unterstützung gestoßen sein mag. Die Mehrzahl der sächsischen Piraten-Kreisverbände befindet sich bereits seit einigen Jahren in einem Stadium weitgehender Inaktivität, und auch die Mitgliederzahl der sächsischen Piraten ist von einem zwischenzeitlichen Höchstwert von fast 1.000 auf aktuell rund 250 (Anfang 2019) zurückgegangen.

## 4.9. DSU Sachsen



Parteiname und Abkürzung Deutsche Soziale Union, Landesverband Sachsen (DSU)

Gründungsort und -datum Leipzig, 20. Januar 1990

Kontaktdaten Landesverband  
 Deutsche Soziale Union (DSU)  
 Landesverband Sachsen  
 Postfach 10 01 41  
 01651 Meißen  
 Internet (Facebook):  
<https://www.facebook.com/DSU.Sachsen/>

Deutsche Soziale Union (Bundesverband)  
 Dipl.-Ing. Roberto Rink  
 Dorfstraße 43  
 08233 Treuen  
 Tel.: (03741) 413–869  
 Internet: [www.dsu-deutschland.de](http://www.dsu-deutschland.de)

	1990	1994	1999	2004	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtagswahl (%)	3,6	0,6	0,4	0,5	0,2	0,2	keine Umfragedaten	
Parteimitglieder	6.500	4.208	ca. 1.800	k.A.	k.A.	ca. 110	k.A.	

<b>Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen</b>	k.A. Jugendorganisation: Junge Soziale Union (JSU) (Anm.: Eine eigene DSU Sachsen-Homepage befindet sich lt. Angaben der Partei in Überarbeitung. Sobald diese erreichbar ist, werden vermutlich auch wieder ein Programm und eine Satzung zugänglich werden. Vorläufig besteht nur eine Facebook-Seite.)
<b>Gesamteinnahmen 2016</b> <b>Gesamtausgaben 2016</b>	k.A.
<b>Parteivorsitzende seit 1990</b> <b>(Liste unvollständig)</b>	1991 - Roberto Rink (wurde dann 1993 Bundesvorsitzender und amtiert bis heute) 2015 - Joachim Fischer
<b>Anzahl Kreisverbände (2018)</b>	k.A.
<b>Anzahl Ortsverbände (2018)</b>	k.A.



**DSU-Infostand beim Tag der Sachsen 2014 in Großenhain**

Vorsitzender Rink im beigen Hemd (Quelle: DSU Sachsen)

Die Deutsche Soziale Union (DSU) wurde im Januar 1990 in der DDR mit Unterstützung der bayerischen CSU gegründet. Sie vertritt einen nationalkonservativen Kurs und sieht sich politisch rechts von der CDU. Nach ihrem erfolgreichen Abschneiden bei der letzten Volkskammerwahl der DDR gelang ihr jedoch bei den sechs sächsischen Landtagswahlen, bei denen sie immer antrat, kein einziges Mal der

Einzug ins Parlament. 1993 kam es zum Bruch mit der CSU. Derweil schwand nicht nur die Wählerbasis, sondern auch viele Mitglieder wanderten zur CDU und teils zur FDP ab. Im Bewusstsein der eigenen Schwäche als Partei wurden seit Mitte der 1990er Jahre immer wieder strategische Bündnisse mit anderen rechts orientierten Parteien gesucht und meist schnell wieder verworfen, unter anderem mit den Republikanern. Der Parteivorsitzende Rink achtete bislang stets darauf, dass die DSU die Grenze zum Rechtsextremismus nicht überschreitet. Gelegentlich traten aber auch enttäuschte Anhänger anderer Parteien zur DSU über, so u.a. im Jahr 2006 ein amtierender NPD-Landtagsabgeordneter und eine Gruppe Görlitzer NPD-Mitglieder. Bei der Wahl des Chemnitzer Stadtrates 2009 kandidierten DSU-Vertreter auf der – bei der Wahl erfolgreichen – Liste der rechtspopulistischen (und seit 2018 vom Verfassungsschutz beobachteten) „Bürgerbewegung Pro Chemnitz“, die deswegen zeitweilig den Namenszusatz „DSU“ führte. Programmatisch fordert die DSU mehr National- und Wertebewusstsein sowie – insbesondere in den letzten Jahren – eine Umkehr in der Asylpolitik. Zugleich setzt die Partei auch für Umwelt- und Naturschutzziele ein. Derzeit hat die sächsische DSU fast nur noch zwei wahrnehmbare kommunalpolitische Handlungsräume: den Landkreis Meißen (wo jedoch der einzige sächsische DSU-Bürgermeister die Partei im Jahr 2019 zu verlassen gedenkt) und das Vogtland, wo der Bundesverband der DSU unter dem Bundesvorsitzenden – aber auch kommunalpolitisch aktiven – Speditionsunternehmer Roberto Rink in Treuen ansässig ist. Aktuell ist die DSU sowohl im Landkreis Meißen als auch im Vogtland Fraktionsgemeinschaften mit der ihr programmatisch nahestehenden AfD eingegangen. 2019 tritt die DSU erstmals nicht mehr mit einer Landesliste an, bewahrt jedoch ihren Parteistatus per Wahlkreis-Erstimmenkandidatur im Vogtland.

## 4.10. Die blaue Partei #TeamPetry



Parteiname und Abkürzung	Die blaue Partei #Team Petry, ursprünglich auch: Die blaue Partei (Die Blauen)
Gründungsort und -datum	Grimma, 17. September 2017 (Bundespartei); 12. Januar 2019 (Landesverband)
Kontaktdaten Bundesverband	<p>Die blaue Partei #Team Petry            Bundesgeschäftsstelle            Georg-Schumann-Str. 38            04155 Leipzig            Tel.: (0341) 56 11 12 51            Internet: <a href="https://www.blauegruppessachsen.de">https://www.blauegruppessachsen.de</a>            (Anm.: Der Sitz der Bundespartei ist jedoch Berlin.)</p>

	2018 (Daten für Sachsen)	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Umfrage Sept. 2018 (= letzte Ausweisung)	0,4	
Parteimitglieder	ca. 100	
Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen	Organe der Bundespartei sind der Bundesparteitag, der Bundesvorstand und die Europawahlversammlung. (Angaben über den sächsischen Landesverband liegen noch nicht vor.)	
Landes- und Bundesparteivorsitzende Generalsekretär (Sachsen)	Frauke Petry  Uwe Wurlitzer	
(fraktionslose) parlamentarische Vertretung	5 Abgeordnete im 6. Sächsischer Landtag (2014–2019) eine Abgeordnete im 19. Deutschen Bundestag (2017–2021)	
Anzahl Kreis- und Ortsverbände (2018)	keine (aber die fünf sächsischen Landtagsabgeordneten mit blauer Parteizugehörigkeit unterhalten je ein Bürgerbüro)	

**Frauke Petry, Landesvorsitzende der Blauen**

(Quelle: Die blaue Partei #TeamPetry)

Die Gründung der Blauen wurde im September 2017 von Frauke Petry mit initiiert. Petry, die bis dahin sächsische Partei- und Fraktionsvorsitzende der AfD und auch Vorsitzende der Partei auf Bundesebene gewesen war, hatte die AfD zuvor nach einem parteiintern verlorenen Richtungsstreit um eine Personalie verlassen. Petry warf der AfD vor, sich nicht hinlänglich gegenüber politisch nach Rechtsaußen tendierenden Parteiströmungen abzugrenzen. Gemeinsam mit ihr hatten vier weitere Abgeordnete die sächsische AfD-Landtagsfraktion verlassen. Einschließlich Petry sind derzeit fünf fraktionslose Abgeordnete als inoffizielle „Blaue Gruppe“ im Sächsischen Landtag vertreten. Für den Fraktionsstatus hätte es sieben Abgeordneter bedurft. Da Petry seit 2017 zudem auch Bundestagsabgeordnete ist und dieses Mandat in Doppelfunktion ebenfalls weiter ausübt, ist Die blaue Partei also auch im Bundestag mit einer Abgeordneten vertreten. Das Verhältnis der Partei zu der – auch für Interessierte ohne Parteimitgliedschaft offenen – Bewegung „Bürgerforum Blaue Wende“ besteht nach Angaben der Partei darin, dass eine formale Parteiorganisation als verlängerter Arm der Bewegung erforderlich sei, um bei landesweiten Parlamentswahlen kandidieren zu können. Im Januar 2019 wurde ein sächsischer Landesverband der faktisch ohnehin bereits hauptsächlich in

Sachsen ansässigen, aber als Bundespartei mit Sitz in Berlin firmierenden Blauen gegründet. Bislang mangelt es der Partei noch sehr an Mitgliedern und an – in Umfragewerten messbarer – Unterstützung seitens der Bevölkerung. Programmatisch kombiniert Die blaue Partei eine gesellschaftspolitisch konservative und zwar nationalbetonte, sich aber klar vom Extremismus abgrenzende Ausrichtung mit einer eher neoliberalen und teilweise EU-skeptischen wirtschaftspolitischen Positionierung.

Im Januar 2019 konnte sich die Partei im Markenstreit um ihren Namen gerichtlich nicht gegen die AfD durchsetzen, die eine entsprechende Marke vorher angemeldet hatte. Für den tatsächlichen Parteinamen hat dies keine direkten Auswirkungen, da eine Partei nicht zwingend als Marke angemeldet sein muss. Gleichwohl führt die Partei nun auch die Eigenbezeichnung „Die blaue Partei #TeamPetry“.

## 4.11. Freie Wähler Sachsen



Parteiname und Abkürzung	Freie Wähler, Landesvereinigung Sachsen (FW)
Gründungsort und -datum	Konstituierung als Partei am 18. Juni 2011 (zuvor: am 14. November 1992 Gründung des Dachverbands „Landesverband Sachsen der Freien Wähler e.V.“ als Verein in Meerane)
Kontaktdaten Landesverband	Freie Wähler, Landesvereinigung Sachsen Landesgeschäftsstelle Hoyerswerdaer Straße 28 01099 Dresden Telefon: (0351) 841–65775 Internet: <a href="https://www.freiewaehler-sachsen.de/">https://www.freiewaehler-sachsen.de/</a>

	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtagswahl (%)	1,6	4,0 / 3,0 (Umfragen Juni/Juli 2019)	
Parteimitglieder	k.A.	ca. 85 (Jan. 19)	

<b>Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen</b>	besondere Doppelstruktur: Verein (mit vornehmlich institutioneller Mitgliedschaft vieler der knapp 1.000 sächsischen kommunalen Freien Wählervereinigungen) und Partei (um bei Landtagswahlen antreten zu können)
<b>Gesamteinnahmen 2016</b> <b>Gesamtausgaben 2016</b> <b>(Landesverband einschl. Untergliederungseinheiten)</b>	€ 48.431 € 34.157
<b>Parteivorsitzender Geschäftsführerin</b>	Steffen Große (seit 2015, zuvor seit 2012 im Landesvorstand) Antje Hermenau (seit 2019)
<b>Vereinsvorsitzende</b>	1992: Klaus-Dieter Scholz 1997: Peter Ohl seit 2004: Bernd Gerber
<b>Kreisvereinigungen (2018)</b>	10 (für 2019 ist geplant, in allen 13 Kreisen bzw. kreisfreien Städten vertreten zu sein)
<b>Ortsverbände</b>	keine

Die ca. 1.000 sächsischen kommunalen Freien Wählervereinigungen verbinden in der Summe rund 10.000 Mitglieder. Die voneinander unabhängigen Freien Wählervereinigungen sind kommunalpolitisch schon seit langem sehr erfolgreich. 2017 stellten sie nicht nur 49 Prozent der Ortschafts- und 24 Prozent der Stadträte in Sachsen, sondern auch 100 der 423 Bürgermeister. Ihr Erfolg liegt wesentlich darin begründet, dass sie sich ganz der kommunalen politischen Sacharbeit widmen, ohne sich parteipolitisch oder gar „ideologisch“ vereinnahmen zu lassen. Sie positionieren sich fallweise unterschiedlich – einmal grün, dann wieder links, dann konservativ. Außerdem sind sie lokalpolitisch meist mindestens ebenso gut vernetzt und angesehen wie die Vertreter der politischen Parteien. Viele – aber keineswegs alle – der kommunalen Wählervereinigungen sind Mitglied im seit 1992 bestehenden Dachverband „Landesverband Sachsen der Freien Wähler e. V.“, der selbst auch nicht als Partei, sondern ebenfalls als Verein firmiert.

2011 entschloss sich der Dachverband, der parteipolitisch unabhängigen Stimme der Freien Wähler auch auf Landesebene politische Wirkung zu verleihen. Um bei der Landtagswahl 2014 antreten zu dürfen, musste eine Partei (quasi als Parallelorganisation zum Dachverband) gegründet werden. Der Erfolg blieb im Jahr 2014 mit einem Landtagswahlergebnis von 1,6 Prozent spärlich: Der Landtagseinzug wurde deutlich verpasst. Die derzeit lediglich ca. 85 Mitglieder sind für die Funktionspartei „Freie Wähler“ gleichwohl eine unbedenkliche Größe, da – schon angesichts des ursprünglichen Markenkerns „Nie wieder Partei“ – bewusst darauf verzichtet wird, eine möglichst hohe Mitgliederzahl anzustreben.

Beflügelt vom Erfolg der bayerischen Freien Wähler bei der Landtagswahl im Ok-



**Steffen Große, Landesparteivorsitzender  
Freie Wähler Sachsen**  
(Quelle: Freie Wähler Sachsen)



**Freie Wähler-Infostand in Radeberg** (Quelle: Freie Wähler Sachsen)

tober 2018 (11,6% mit anschließender Regierungsbeteiligung), nimmt die Partei 2019 einen neuen Anlauf bei der sächsischen Landtagswahl, und zwar mit einer in doppelter Weise geänderten Strategie:

Erstens ermöglichen die Freien Wähler – als erste Partei Deutschlands – für die Landtagswahl 2019 mitgliederoffene Vorwahlen in den Wahlkreisen. Das heißt, dass sich Bürgerinnen und Bürger – bei hinreichender sachlicher Qualifikation – ohne Parteimitgliedschaft als Wahlkreiskandidaten der Freien Wähler bewerben oder vorschlagen lassen können.

Zweitens werden nicht nur die Anhänger und Kandidaten der kommunalen Freien Wähler zur Wahl der Freien Wähler aufgerufen, sondern zusätzlich zieht die Partei gemeinsam mit der neu gebildeten Sammlungsbewegung „Bürgerbewegung für Sachsen“ in den Wahlkampf, die vom parteilosen Oberbürgermeister von Grimma, Matthias Berger, geleitet wird. Diese unter dem Dach der Freien Wähler landesweit antretende Bürgerbewegung versucht, weitere Bürgerinnen und Bürger – gerade auch solche, die von den Parteien enttäuscht sind – zur politischen Mitarbeit zu motivieren. Ein Anreiz liegt auch hier darin, dass die Mitwirkung möglich ist, ohne dass man dazu Parteimitglied sein muss.

Programmatisch vertreten die im Kern wertkonservativen Freien Wähler Ziele mit vorwiegend kommunalpolitischen Bezügen, die aber auf Landesebene durchzusetzen wären. Dazu zählen unter anderem schulpolitische Forderungen (beispielsweise nach einer Quote für Migrantenkinder) ebenso wie Bestrebungen, Kommunen den Zugang zu Mitteln finanzieller Förderprogramme zu erleichtern.

## 4.12. BüSo Sachsen



Parteiname und Abkürzung Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Landesverband Sachsen (BüSo)

Gründungsort und -datum  
Landesverband: k.A.  
(*Die Partei tritt seit 1999 zu sächs. Landtagswahlen an*)  
Bundesverband: 1992

Kontaktdaten Landesverband  
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)  
Landesverband Sachsen  
Leipziger Str. 224  
01139 Dresden  
Tel.: (0351) 427–8140  
Internet:  
<https://www.bueso.de/sachsen>

	1994	1999	2004	2009	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtagswahl (%)	-	0,1	0,5	0,2	0,2	keine Umfragedaten	
Parteimitglieder	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	ca. 70	

Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen	k.A.
Gesamteinnahmen 2016 Gesamtausgaben 2016	k.A.
Landesvorsitzender	Michael Gründler
Anzahl Kreisverbände (2018)	k.A.
Anzahl Ortsverbände (2018)	k.A.



**Michael Gründler, Vorsitzender BüSo Sachsen**  
(Quelle: BüSo Sachsen)



**BüSo-Infostand 2018** (Quelle: BüSo Sachsen)

Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) vertritt eine außergewöhnliche Programmatik. Sie fordert zum Beispiel angesichts eines drohenden Zusammenbruchs des Weltwirtschafts- und Finanzsystems die Einführung eines Trennbankensystems, das die Geschäftsfelder der Geschäftsbanken von jenen der Investmentbanken strikt trennt. Zur langfristigen Sicherung der Güterzufuhr Deutschlands wird eine eurasische Landbrücke („Neue Seidenstraße“) und eine Kooperation unter anderem mit China propagiert. Dazu wird eine zügige Entwicklung von entsprechender Infrastruktur und von Hochtechnologien gefordert. Ferner strebt die BüSo eine kulturelle Renaissance und eine Bildungspolitik im Sinne Humboldtscher Ideale an. Hingegen wird ein Zusammenhang zwischen menschlich verursachtem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und dem Klimawandel angezweifelt und generell die Ökologiebewegung scharf kritisiert, da sie nur den wirtschaftlich Wohlsituier-ten Vorteile bringe. Hinsichtlich der zukünftigen Energieversorgung setzt die Partei auf Kernenergie und speziell auf Kernfusion. Insgesamt möchte die Partei die ökonomischen und politischen Ideen des im Februar 2019 verstorbenen US-Amerikaners Lyndon LaRouche umsetzen. Dessen Witwe Helga Zepp-LaRouche ist Bundesvorsitzende von BüSo. Sowohl die Bundespartei als auch der sächsische Landesverband fallen allerdings durch eine relative Abgeschlossenheit auf. Einerseits organisiert die Partei zwar (nicht nur) im Vorfeld von Wahlen zahlreiche Infostände. Andererseits jedoch werden im Internet lediglich Kontakt-Telefonnummern und Postfach-Adressen angegeben. Aus Parteikreisen verlautet, dies sei in erster Linie eine Maßnahme des Selbstschutzes angesichts politischer Anfeindungen. Im – auch auf Russisch aufrufbaren – Internet-Auftritt von BüSo ist zwar sehr viel Programmatisches zu erfahren, dafür aber fast nichts über die Gründung des sächsischen Landesverbandes, über die innerparteiliche Entwicklung, die Landessatzung, die Parteitage, die Mitgliederentwicklung und insgesamt über das Parteileben. Die Partei bleibt also – ungeachtet aller Infostände – in mancherlei Hinsicht nicht leicht durchschaubar und tut bislang offenbar auch wenig, diesen Eindruck zu zerstreuen. Braun weist im „Handbuch der deutschen Parteien“ darauf hin, dass die BüSo – wohl vor dem Hintergrund der relativen Verschlossenheit und der besonderen Programmatik – gelegentlich sogar schon „in den Fokus von Sektenexperten“ geraten sei.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Braun 2018, S. 236. Anm.: Der Sektenkontext wird hier lediglich berichtet, aber nicht inhaltlich geteilt.

## 4.13. Tierschutzpartei Sachsen



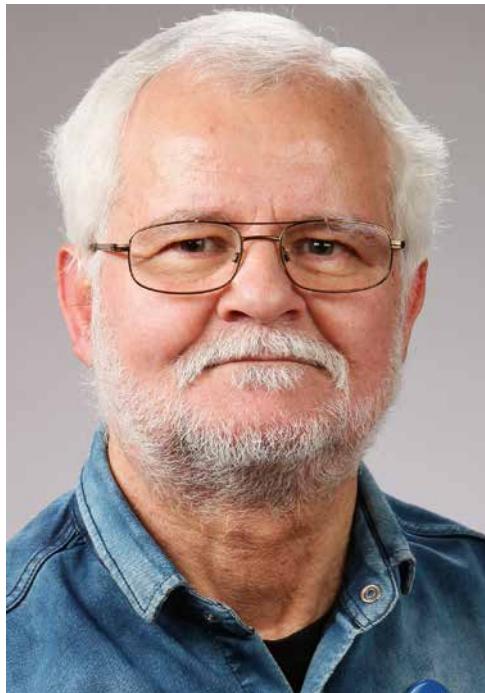
Parteiname und Abkürzung      Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Landesverband Sachsen (Tierschutzpartei)

Gründungsort und -datum      1997

Kontaktdaten Landesverband      Partei Mensch Umwelt Tierschutz – LV Sachsen  
Geschäftsstelle (Vors. Jürgen Wunderlich)  
Wilhelm-Goette-Str. 14  
08529 Plauen im Vogtland  
Tel.: (03741) 383–8688  
Internet: [www.tierschutzpartei.de/partei/struktur/landesverbaende/sachsen/](http://www.tierschutzpartei.de/partei/struktur/landesverbaende/sachsen/)

	1999	2004	2009	2014	2018	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtagswahl (%)	-	1,6	2,1	1,1	keine Umfragedaten	
Parteimitglieder	k.A.	k.A.	k.A.	ca. 30 Aktive	65	

Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen	Die Partei hält jährliche Mitgliederversammlungen ab. Es gilt die Satzung der Bundespartei.
Gesamteinnahmen 2015	20.864
Gesamtausgaben 2015	17.000
Parteivorsitzender	Jürgen Wunderlich
Parteivorsitzende (Anm.: Liste unvollständig)	2014 - Andreas Hantzsch 2017 - Mario Förster 2018 - Jürgen Wunderlich
Anzahl Kreisverbände (2018)	2 – Plauen, Zwickau (seit März 2017)
Anzahl Ortsverbände (2018)	keine



**Jürgen Wunderlich, Landesvorsitzender  
der Tierschutzpartei Sachsen**  
(Quelle: Tierschutzpartei Sachsen)



**Wahlplakat „Massentierhaltung stoppen“  
(Quelle: Tierschutzpartei Sachsen)**

Der 1997 gegründete sächsische Landesverband der Tierschutzpartei ist bislang eine Kleinpartei geblieben, die ganz vornehmlich im Südwesten Sachsens (Vogtland, Zwickau) sowie teilweise in Leipzig und Dresden aktiv ist. Im Verhältnis zu ihrer bislang schmalen Mitgliederbasis erzielte die Partei bei ihren bisherigen drei Landtagskandidaturen beachtliche Ergebnisse, insbesondere bei der Wahl 2009 mit 2,1 Prozent. Die Programmatik ist – dem Parteinamen entsprechend – zu einem großen Teil auf den Tier- und Artenschutz ausgerichtet, so dass von einer „Interessenpartei“ gesprochen werden kann. In Sachen Landwirtschaftspolitik, Ablehnung von Atomenergie und Gentechnik, Ausweitung von Bürgermitbestimmung, kostenloser Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrsmittel etc. lesen sich die Forderungen der Tierschutzpartei fast wie ein Programm der frühen westdeutschen Grünen aus den 1980er Jahren. Allerdings forderte die Tierschutzpartei 2014 unter anderem auch, den Stellenabbau bei der Polizei rückgängig zu machen.

## 4.14. Die PARTEI Sachsen



Parteiname und Abkürzung	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)
Gründungsort und -datum	Riesa, 20. November 2013
Kontaktdaten Landesverband	Die PARTEI, Landesverband Sachsen c/o Andreas Schwöck Alaunstraße 69 01099 Dresden Tel.: k.A. Internet: <a href="https://partei-sachsen.de/">https://partei-sachsen.de/</a>

	2014	2019	01.09.2019 (bitte selbst ergänzen!)
Ergebnis Landtagswahl (%)	0,7	keine Umfrage-daten	
Parteimitglieder	k.A.	k.A.	

## Strukturdaten, Organe, Gremien, Untergliederungen

Organe des Landesverbandes sind der Landesparteitag und der Landesvorstand. Die **Landesparteitage** finden als Mitgliederversammlungen statt. Dabei sind alle Mitglieder des Landesverbandes stimmberechtigt. Wichtigste Aufgabe des **Landesvorstandes** ist die politische Führung des Landesverbandes. Den Landesvorstand bilden neben dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern u.a. auch „der Ministerpräsident und der Landtagspräsident oder deren Stellvertreter, soweit sie der PARTEI, Landesverband Sachsen angehören“ (Satzung). **Jugendorganisation:** Ostbund der HintnerJugend

Gesamteinnahmen 2016  
Gesamtausgaben 2016  
(Landesverband einschl.  
Untergliederungseinheiten)

€ 8.919  
€ 9.018

Parteivorsitzender  
Geschäftsführer  
Generalsekretär

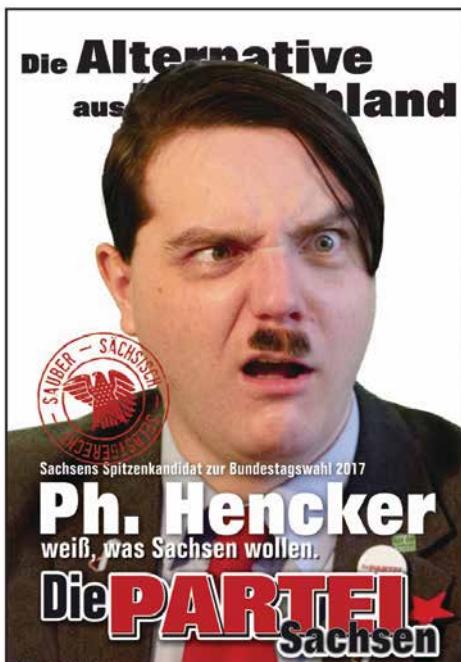
Steffen Retzlaff (seit 2013)  
Sebastian Cedel und Paul Vogel  
Max Aschenbach

Anzahl Kreisverbände  
(2018)

13

Anzahl Ortsverbände  
(2018)

12



Wahlplakat Philipp Hencker, Spitzenkandidat der PARTEI Sachsen zur Bundestagswahl 2017  
(Quelle: Die PARTEI Sachsen)



Wahlplakat „Schlamm“ (2017)  
(Quelle: Die PARTEI Sachsen)

Die PARTEI hat überwiegend jüngere Mitglieder und bedient sich – als eine im Bund 2004 von der Satirezeitschrift „Titanic“ initiierte Organisation – auch in Sachsen der Stilmittel der kreativen politischen Persiflage, Ironie und Satire, weswegen sie meist als „Spaßpartei“ eingeschätzt wird. Die Anfangsbuchstaben des langen vollen Parteinamens bilden wiederum das Wort „Partei“. Der 2013 gegründete sächsische Landesverband trat 2014 als Landesliste und mit zwei Direktkandidaten erstmals zur Landtagswahl an und erreichte 0,7 Prozent der Stimmen. Die PARTEI ist seit 2014 im Europäischen Parlament vertreten. Das programmatische Profil der PARTEI setzt sich aus einem Mix von sozialpolitischen, grünen und nur satirisch gemeinten Forderungen zusammen. Zu letzteren gehörten unter anderem die Forderung eines Schnarchverbots im Dresdner Stadtrat sowie bei der Landtagswahl 2014 die Idee, den Nationalpark Sächsische Schweiz künftig als Wildgehege „Glatzenpark“ zu vermarkten. Bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2015 sorgte die PARTEI durch die Kandidatur von Lara Liqueur (Pseudonym des Travestie-Künstlers Lars Stosch) für Aufsehen. Über die landesweite Mitgliederzahl der PARTEI liegen keine Angaben vor, jedoch sollen es allein in einem ihrer Schwerpunktgebiete, der Dresdner Neustadt, rund 150 sein. Die PARTEI verfügt über keine Landesgeschäftsstelle und gibt daher offiziell nur eine „c/o“-Adresse als Sitz und keine Telefonnummer an, da das Parteileben nach Angabe des Landesvorsitzenden zu großen Teilen „in privaten Wohnzimmern“ stattfinde.

## 5. Ausblick

In diesem Band wurde der Frage nachgegangen, wie sich die sächsische Parteiengesellschaft in der derzeitigen Phase des Umbruchs und teilweisen Vertrauensentzugs darstellt und entwickelt. Eine kurze Zusammenfassung verbietet sich angesichts der thematischen Komplexität. Die Entwicklung des sächsischen Parteiensystems ist offen. Die Ergebnisse schreiben ohnehin die Bürgerinnen und Bürger als Wählerinnen und Wähler in immer wieder neuen Kapiteln.

Insofern erscheint auch der Versuch eines Ausblicks riskant. Um sich einen wieder steigenden Zuspruch der Bevölkerung zu sichern, müssten die Parteien wohl versuchen, die Bürger neu für sich zu gewinnen und politisch „mitzunehmen“. Es müssten überzeugende und zugleich realistische Zukunftsvisionen entwickelt werden, für welche die Menschen dann auch bereit wären sich zu engagieren. Hilfreich wären vermutlich auch solche Politiken, die – materiell wie symbolisch – den Stolz und die Würde der Gemeinschaft sichern und auf diese Weise die „Seele der Sachsen streicheln“ und Identität stiften. Im Idealfall sollten solche Politiken mit ebenso glaubwürdigen wie charismatischen Führungspersonalangeboten verbunden werden. Auch eine größtmögliche Gesellschaftsnähe und noch vielfältigere Basisvernetzung der sächsischen Parteien wäre wünschenswert.

Das Problem bei alledem ist: Es besteht ein ziemlicher Mangel an zugleich zündenden und machbaren Ideen ebenso wie an personellen Ressourcen. Allerdings ist das Funktionieren der Vermittlungsleistungen zwischen Gesellschaft und Politik keineswegs allein eine Bringschuld der Parteien (die ja selbst Teile der Gesellschaft sind), sondern auch die Bevölkerung insgesamt hat eine – durch bedachtes Handeln jedes und jeder einzelnen einzulösende – Eigenverantwortung für gesellschaftliche und politische Stabilität, die in ihrem ureigenen Interesse liegt. Möglicherweise können in der Zukunft auch ganz neue demokratische Strukturen – unter anderem im digitalen Bereich – die Vermittlungsfunktionen der Parteien sinnvoll ergänzen, ohne diese – und mithin die repräsentative Demokratie – gleich zuersetzen.

Zwei Zukunftsszenarien sollen den Band beschließen, eine pessimistische und eine optimistische. Die pessimistische Variante besteht in einer nicht gänzlich auszuschließenden Abwärtsspirale der Volksparteien und einer folglich immer größeren Zersplitterung des Parteiensystems. Unter diesen Bedingungen würden stabile Regierungsbildungen immer schwieriger, und der Eindruck der Bürger würde noch weiter zunehmen, dass die Parteien ihren Funktionen nicht mehr gerecht werden könnten. In solch einem Klima wäre der nächste Schritt dann vermutlich

der Ruf nach einer autoritären politischen Führung (vgl. ähnlich Feldkirchen 2019, S. 25 f.).

Das optimistische Szenario stützt sich auf Daten der World Values Survey („Welt-Werte-Erhebung“, zit. n. Mingels 2019) und besagt, dass es einer widerstandsfähigen liberalen Demokratie gelingen kann, sich – neben dem bereits gegebenen hohen Maß an politischer und wirtschaftlicher Freiheit – auch eine breite Zustimmung zu emanzipativen Werten in der Bevölkerung zu sichern. Weltweit vollziehe sich dieser Wandel bereits langsam immer weiter, bedingt nicht zuletzt durch den wachsenden Bildungs- und Informationszugang von immer mehr Menschen. Hingegen sei der Anteil der „illiberalen Demokraten“ (gemeint sind eher ältere, männliche, bildungsferne, ländliche und für populistische Kampagnen leicht erreichbare soziale Schichten) weltweit rückläufig, so der Politikwissenschaftler Christian Welzel (zit. n. Mingels 2019, S. 52). Wenn es den politischen Parteien und der Politik auch in Sachsen durch entsprechende Responsivität und Führungsleistungen gelänge, zumindest für einen stabilen Ausgleich im Spannungsverhältnis zwischen offener und geschlossener Gesellschaft, zwischen Zentrum und Peripherie zu sorgen, um so verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, könnte der weiteren Entwicklung der Parteien in Sachsen – und der repräsentativen Demokratie insgesamt – mit einiger Gelassenheit entgegengeblickt werden. Undenkbar ist dies nicht.

## 6. Literaturverzeichnis

(Sofern nicht anders vermerkt, erfolgte der Aufruf der Internet-Quellen jeweils im Januar 2019.)

- Aleemann, Ulrich von/Erbentraut, Philipp/Walther, Jens, 2018: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 5., aktualis. u. überarb. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (Hrsg.), 1989: The Civic Culture Revisited. Newbury Park: Sage.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney, 1989 (orig. 1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. New Edition. Newbury Park: Sage.
- Amann, Melanie, et al., 2019: Parteien: Der Crash-Test. S. 38–40 in: Der Spiegel Nr. 01/2019 v. 29.12.2018.
- Arnold, Felix/Freier, Ronny/Koch, Martin, 2015: Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung? S. 804–814 in: DIW Wochenbericht Nr. 37/2015. Internet: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.513464.de/15-37.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.513464.de/15-37.pdf) (Aufruf Mai 2016).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2019: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh: Bertelsmann. Internet: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher\\_Zusammenhalt/ST-LW\\_Studie\\_Schwindendes\\_Vertrauen\\_in\\_Politik\\_und\\_Parteien\\_2019.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf); verlinkt von: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien/> (Aufruf Februar 2019).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2017a: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Sachsen 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Internet: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher\\_Zusammenhalt/ST-LW\\_Profil\\_Sachsen\\_Zusammenhalt\\_2017.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Profil_Sachsen_Zusammenhalt_2017.pdf).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2017b: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Internet: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW\\_Studie\\_Zusammenhalt\\_in\\_Deutschland\\_2017.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf).
- Binninger, Annette, 2018: Zwei Drittel der Sachsen zufrieden mit der Regierung. S. 1–2 in: Sächsische Zeitung v. 15./16. Dezember 2018.
- Braun, Stefan, 2018: Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo). S. 234–235 in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc, 2012: Parteienswettbewerb in den deutschen Bundesländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brümmer, Ulrich, 2006: Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Decker, Frank, 2018a: Parteidemokratie im Wandel. S. 3–39 in: ders./Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank, 2018b: Politische Parteien: Begriff und Typologien. In: Parteien in Deutschland. Online-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung. Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42045/begriff-und-typologien>.
- Decker, Frank, 2016: Parteidemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie. Aktual. Aufl., Baden-Baden: Nomos.
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), 2018: Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.), 2016: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag. Internet: [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/2016\\_Mitte\\_Studie.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2016_Mitte_Studie.pdf) (Aufruf August 2018).
- Demuth, Christian/Lempp, Jakob (Hrsg.), 2006: Parteien in Sachsen. Berlin /Dresden: BeBra Wissenschaft.
- Deutscher Bundestag, 2019, 19. Wahlperiode, Drucksache Nr. 19/7000 v. 14.01.2019: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2017, 1. Teil: Bundestagsparteien. Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/070/1907000.pdf>.
- Deutscher Bundestag, 2018, 19. Wahlperiode, Drucksache Nr. 19/2300 v. 25.05.2018: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2016, 1. Teil: Bundestagsparteien. Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/023/1902300.pdf>, 2. Teil: Übrige anspruchsberechtigte Parteien. Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/030/1903070.pdf> (Aufruf Dezember 2018).
- Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat PM 3 (Parteienfinanzierung, Landesparlamente), 2017: Die staatliche Parteienfinanzierung. Stand: 20. Oktober 2017. Internet: [https://www.bundestag.de/blob/189364/00049e50b907e0dd5145cfab1d0631f/staatl\\_partei\\_finanzen-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/189364/00049e50b907e0dd5145cfab1d0631f/staatl_partei_finanzen-data.pdf) (Aufruf Februar 2019).
- Easton, David, 1965: A Systems Analysis Of Political Life. New York u. a.: Wiley.
- Feldkirchen, Marcus, 2019: Das Ende der Disruption. S. 25–27 in: Der Spiegel Nr. 01/2019 v. 29.12.2018.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse (Hrsg.), 2017: Strategiedebatten der deutschen Parteien Oktober 2017. Internet: <https://www.fes.de/internationale-politik-analyse/monitor-soziale-demokratie/strategiedebatten-global/strategiedebatten-deutschland-oktober-2017/>.
- Geiges, Lars /Marg, Stine /Walter, Franz, 2015: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: Transcript.
- Gensing, Patrick, 2018: Sachsen, Hochburg des Rechtsextremismus. ARD-Faktenfinder. (nur Internet) <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus-sachsen-101.html> (Aufruf August 2018).

- Hermann, Michael / Leutert, Heiri, 2001: Zur Zeit. Die Zeitschrift zur politischen Bildung. Bern: Schulverlag blmv. Internet: [https://www.zur-zeit.ch/seiten/politik\\_mat\\_9.php](https://www.zur-zeit.ch/seiten/politik_mat_9.php).
- Hermann, Michael / Leutert, Heiri, 2003: Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz. Zürich: vdf Hochschulverlag.  
Vorschau im Internet: [https://books.google.de/books/about/Atlas\\_der\\_politischen\\_Landschaften.html?id=h37EYnpaswEC&printsec=frontcover&source=kp\\_read\\_button&redir\\_esc=y#v=onepage&q&f=false](https://books.google.de/books/about/Atlas_der_politischen_Landschaften.html?id=h37EYnpaswEC&printsec=frontcover&source=kp_read_button&redir_esc=y#v=onepage&q&f=false).
- Hermenau, Antje, 2019: Ansichten aus der Mitte Europas. Wie Sachsen die Welt sehen. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Hirschman, Albert O., 1970: Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Declines in Firms, Organizations, and States. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.
- Illing, Falk, 2015: Die sächsische FDP seit 1990. Auf dem Weg zur etablierten Partei? Wiesbaden: Springer VS.
- Jahr, David, 2014: Leipzig wählt (Internet-Blog): Internet:  
<http://www.leipzigwaehlt.de/wahlen/landtagswahl-2014/wahlprogramme-im-vergleich/> (Aufruf Februar 2019).
- Jesse, Eckhard, 2016: Regionale politische Kultur in Sachsen. Befunde eines sächsischen Weges. S. 189–209 in: Werz, Nikolaus / Koschkar, Martin (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Wiesbaden: Springer VS.
- Jesse, Eckhard, 2015: Die sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014. Zäsur für das Parteiensystem nach der zweiten nicht großen „Großen Koalition“? S. 3–20 in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Bd. 46, Heft 1.
- Jesse, Eckhard / Schubert, Thomas / Thieme, Tom, 2014: Politik in Sachsen. Wiesbaden: Springer VS.
- Jun, Uwe, 2015: Parteien und Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 328. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kleffner, Heike / Meisner, Matthias (Hrsg.), 2017: Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin: Ch. Links.
- König, Pascal D., 2017: Von Demokraten und Populisten. Eine Analyse der Verbreitung unterschiedlicher Erwartungen an die Demokratie in Deutschland. S. 1–28 in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), 27. Jg., Nr. 1.
- Köpping, Petra, 2018: Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten. Berlin: Ch. Links.
- Kost, Andreas / Rellecke, Werner / Weber, Reinhold (Hrsg.), 2010: Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. (Becksche Reihe, Bd. 1956), München: Beck.
- Lange, Hendrik, 2018: Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD. Wiesbaden: Springer VS.
- Leick, Romain, 2019: Klassenkampf: Die da draußen gegen die da drinnen. S. 101–105 in: Der Spiegel Nr. 01/2019 v. 29.12.2018.

- Lühmann, Michael, 2015: Der Sächsische Biblebelt. Über die CDU, AfD und die politische Kultur in Sachsen. S. 196–199 in: Hensel, Alexander (Hrsg.): Parteien, Protest und Populismus. Jahrbuch 2014 des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Stuttgart: Ibidem.
- Mannewitz, Tom, 2015: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung. Baden-Baden: Nomos.
- Mannewitz, Tom, 2013: Kein Ost-West-Gegensatz. Regionale Unterschiede der deutschen politischen Kultur. S. 205–215 in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 62. Jg., Nr. 3.
- Manow, Philip, 2018: Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Edition Suhrkamp.
- Mayer, Sabrina Jasmin, 2017: Die Parteiidentifikation. Eine Konstruktvalidierung neuer Maße auf Basis des Ansatzes sozialer Identität. Wiesbaden: Springer VS.
- Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2018. Dresden: MIDEM. Internet: [https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD\\_MIDEM\\_Jahresbericht2018\\_WEB\\_RZ\\_2.pdf](https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf) (Aufruf November 2018).
- Mingels, Guido, 2019: Gewissensfragen an die Welt. S. 51–53 in: Der Spiegel Nr. 01/2019 v. 29.12.2018.
- Müller, Jan-Werner, 2016: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Neugebauer, Gero, 2008: Das Parteiensystem Sachsen. S. 387–408 in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, Oskar, 2018: Parteimitglieder in Deutschland, Version 2018. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, Berlin: Freie Universität Berlin, S. 22. Internet: [https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/22698/P-PMIT18\\_Nr\\_29.pdf?sequence=1&isAllowed=y&save=y](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/22698/P-PMIT18_Nr_29.pdf?sequence=1&isAllowed=y&save=y).
- Niedermayer, Oskar, 2017: Parteimitglieder nach Bundesländern. In: Parteien in Deutschland. Online-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung. Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>.
- Niedermayer, Oskar, 2014: Voraussetzungen, Rechte und Pflichten von Parteien in Deutschland. Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/197278/voraussetzungen-rechte-und-pflichten>.
- Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus, 2013: Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Patzelt, Werner J., 2017: Ein gescheiterter Staat? Sächsische Besonderheiten. S. 39–45 in: Dannenberg, Lars-Arne/Donath, Matthias (Hrsg.): Ist Sachsen anders? Nachdenken über Heimat und Identität, Demokratie und Politik. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (zugl. Sächsische Heimatblätter, Sonderausgabe 1/2017).

- Patzelt, Werner J., 2015: Parteien und Demokratie in Sachsen 1990 bis 2015. S. 345–359  
in: Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt, 61. Jg., Heft 4.
- Patzelt, Werner J./Klose, Joachim, 2016: PEGIDA. Warnsignale aus Dresden. Dresden: Thelem.
- Pehle, Heinrich, 2018: Die Finanzierung der Parteien in Deutschland. In: Parteien in Deutschland. Online-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung. Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42042/finanzierung>.
- Pickel, Gert, 2018: Politische und gesellschaftliche Trends in Mitteldeutschland im Spiegel dreier Umfragen. Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Der neue Sachsen-Monitor im mitteldeutschen Kontext“, VHS Leipzig, 19. November 2018.
- Richter, Frank, 2019: Gehört Sachsen noch zu Deutschland? Meine Erfahrungen in einer fragilen Demokratie. Berlin: Ullstein.
- Richter, Frank, 2018: Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet. Berlin: Ullstein.
- Sachsen-Anhalt-Monitor 2018, Internet: [https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MK/LPB/Dateien\\_Relaunch\\_2015/Text/PDF/SAM/SAM\\_2018\\_Druckversion\\_Onlineausgabe\\_22052018.pdf](https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien_Relaunch_2015/Text/PDF/SAM/SAM_2018_Druckversion_Onlineausgabe_22052018.pdf).
- Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.), 2018: Sachsen-Monitor 2018. Befragung der Bevölkerung des Freistaates Sachsen. Ergebnisbericht, Ergebnisgrafiken, Tabellenband. Dresden: dimap im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei. Internet: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html> (Aufruf November 2018).
- Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.), 2017: Sachsen-Monitor 2017. Befragung der Bevölkerung des Freistaates Sachsen. Ergebnisgrafiken. Dresden: dimap im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei (*unveröffentlicht*).
- Sächsischer Kultursenat (Hrsg.), 2017: Nach dem Sturm? Politische Kultur in Sachsen. Sechster Kulturbericht des Sächsischen Kultursenats. Dresden: Sächsischer Kultursenat. <http://www.kdfs.de/do/373.0.pdf> (Aufruf August 2018).
- Sächsisches Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), 2018: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017. Dresden: Sächsisches Staatsministerium des Innern. Internet: [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VSB2017\\_web.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VSB2017_web.pdf) (Aufruf Dezember 2018).
- Schlinkert, Reinhard/Raffelhäuschen, Bernd, 2018: Deutsche Post Glücksatlas 2018. München: Penguin. Internet: <https://www.glaecksatlas.de>.
- Schmeitzner, Mike/Rudloff, Michael, 1997: Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877–1997. Dresden: SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.
- Schubert, Klaus/Keil, Johannes, 2018: Demokratie in Deutschland. Münster: Aschendorff.
- Springer, Franziska, 2019: Immer mehr Sachsen haben ein Parteibuch. S. 1 in: Sächsische Zeitung v. 10. Januar 2019.

- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), 2018: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2018. 27. Aufl., Kamenz: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (sowie div. weitere Jahressausgaben).
- Stern Nr. 43/2016 v. 20.10.2016: Sachsen, ein Trauerspiel. Zwischen Justizkandalen und Fremdenhass – ein Report über das dunkelste Bundesland (S. 24–38).
- Strøm, Kaare, 1990: A Behavioral Theory of Competitive Political Parties, S. 535–598 in: American Journal of Political Science, 34. Jg., Nr. 2.
- Thüringen-Monitor 2018, Internet: [https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user\\_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/thuringen-monitor\\_2018\\_mit\\_anhang.pdf](https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/thuringen-monitor_2018_mit_anhang.pdf) (Aufruf Dezember 2018).
- Träger, Hendrik, 2018: Sachsens „blaues Wunder“ bei der Bundestagswahl 2017. S. 195–216 in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 65. Jg., Heft 2.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven, 2015: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS.
- Werz, Nikolaus / Koschkar, Martin, 2016: Einleitung: Regionale politische Kultur im Vergleich. S. 1–20 in: Dies. (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Wiesbaden: Springer VS.
- Widra, Thomas, 2016: Die Geschichte des sächsischen Liberalismus und der freien demokratischen Partei. 150 Jahre liberale Parteien in Sachsen. Dresden: Wilhelm-Külz-Stiftung.
- Online-Buchauszug (Einleitung): [https://kuelz-stiftung.de/cms/wp-content/uploads/2016/04/Auszug-aus-dem-Buch\\_Geschichte-des-s%C3%A4chsischen-Liberalismus.pdf](https://kuelz-stiftung.de/cms/wp-content/uploads/2016/04/Auszug-aus-dem-Buch_Geschichte-des-s%C3%A4chsischen-Liberalismus.pdf) (Aufruf November 2018).
- Wolff, Nikolaus von, 2018: Altes Land und neue Wege. Perspektiven des Strukturwandels in Sachsen. Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Dresden / Chemnitz: Chromaland.

## Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz, PartG) vom 24.07.1967 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2730).

Internet: [https://www.bundestag.de/blob/189336/2d8fc37801c04ccfe153686a39e477e3/pg\\_pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/189336/2d8fc37801c04ccfe153686a39e477e3/pg_pdf-data.pdf) (Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH; Aufruf Februar 2019).

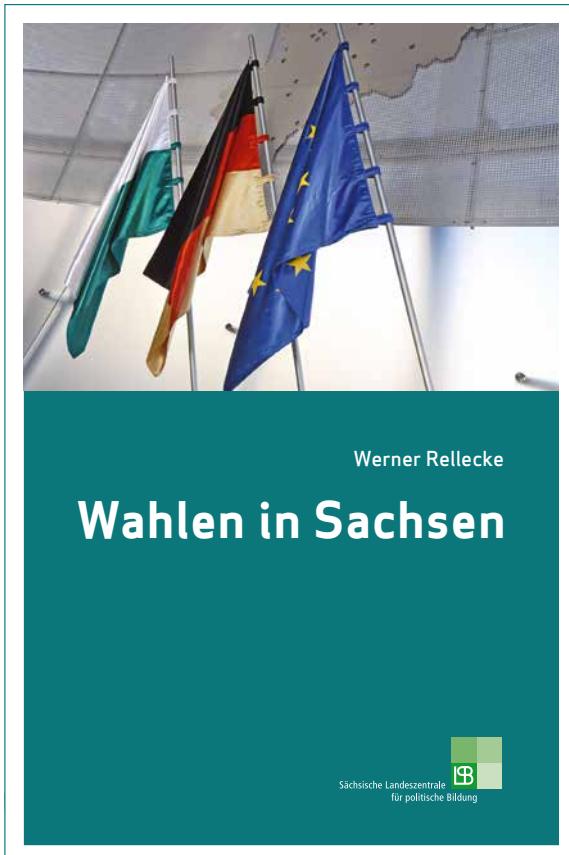
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) vom 23.05.1949 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347).

Internet: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/GG.pdf> (Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH; Aufruf Februar 2019).

Sächsisches Wahlgesetz (SächsWahlG) vom 05.08.1993 in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.2003 (SächsGVBl. S. 525), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 09.07.2014 (SächsGVBl. S. 376). Internet: [https://www.revosax.sachsen.de/vorschift\\_gesamt/2876/26933.pdf](https://www.revosax.sachsen.de/vorschift_gesamt/2876/26933.pdf) (Aufruf Februar 2019).



**Außerdem bei der SLpB erhältlich:**



Werner Rellecke  
**Wahlen in Sachsen**  
2019, 96 S., 11 Tab.,  
12 Grafiken, 18 Abb.  
Best.-Nr. 202

Wählen ist einfach, auch wenn es manchem schwer fällt.  
Und Wählen sind kompliziert, obwohl sie einfach wirken.

Diese Handreichung bietet grundlegende Informationen über  
die allgemeinen politischen Wahlen im Freistaat Sachsen.  
Der Schwerpunkt liegt auf den Kommunal- und Landtagswahlen.

Wer besitzt welches Wahlrecht?  
Was ist eine Wahlbenachrichtigung?  
Wieviele Stimmen hat jeder Wähler?  
Werden Parteien gewählt oder Personen?  
Welche Aufgaben haben Gemeinden und Kreise?  
Wie funktioniert die Sitzverteilung im Sächsischen Landtag und  
Deutschen Bundestag?  
Wie funktioniert das Europäische Parlament?  
Antworten liefert diese Broschüre, ergänzt durch Grafiken, Tabellen  
und weitere Informationen.

Notizen

Notizen

**Dieser Band bietet Grundinformationen über die politischen Parteien in Sachsen sowie eine aktuelle Bestandsaufnahme der sächsischen Parteienlandschaft, die momentan nicht nur einem normalen Wandel, sondern einer besonderen Vertrauenskrise ausgesetzt ist. Zunächst werden die Funktionen, Strukturen und Programme der sächsischen Parteien sowie deren Verankerung in der Gesellschaft diskutiert. Eine faktenreiche Vorstellung von 14 sächsischen Parteien in Einzelporträts schließt sich an.**

**Dr. Joachim Amm ist seit 2016 Referent bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Er war zuvor von 1994 bis 2003 als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden und anschließend bis 2015 als Lehrer für Gemeinschaftskunde und Englisch an verschiedenen sächsischen Schulen tätig.**